SCHWARZ-WEISS BUCH

1985

Dokumentation Hainburg

NATIONALPARK DONAU-AUEN GmbH
2304 Orth/Donau, Schlossplatz 1
Telefon 02212 / 3450 Fax 17
nationalpark@donauauen.at

JG-NPPL-045

Josef Hesoun
Herbert Pöttschacher

SCHWARZ-WEISSBUCH
DOKUMENTATION HAINBURG

Wien, 1985

NATIONALPARK DONAU-AUEN GmbH
2304 Orth/Donau, Schlossplatz 1
Telefon 02212 / 3450 Fax 17
nationalpark@donauauen.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Dipl. Ing. Herbert Pöttschacher, 1060 Wien, Windmühlgasse 28.

Für den Inhalt verantwortlich:
Dipl. Ing. Herbert Pöttschacher, 1060 Wien, Windmühlgasse 28.

Hersteller:
Offsetdruck L. Konlechner, 3150 Wilhelmsburg, Traisenauer Straße 1.

DOKUMENTATION HAINBURG

NATIONALPARK DONAU-AUEN GmbH
2304 Orth/Donau, Schlossplatz 1
Telefon 02212 / 3450 Fax 17
nationalpark@donauauen.at

Inhaltsverzeichnis

0. VORWORT 5

1. VON DER BÜRGERINITIATIVE ZUR AUBESETZUNG 7
1.1 Die Sorgen der Anrainer 7
1.2 Auf Konfrontationskurs 11
1.3 Die Emotionalisierung beginnt 14
1.4 „Aktionsgemeinschaft bläst zum Sturm gegen das Kraftwerk Hainburg" 17
1.5 Der Konrad-Lorenz-Kult 19
1.6 Die Vorbereitungen laufen an 21
1.7 Die Aubesetzung 25

2. AM BEISPIEL HAINBURG: MEDIENPOLITIK & POLITIK DER MEDIEN 31
2.1 Auf Sensationssuche 31
2.2 Die „Hainburg-Kampagne" 32
2.3 „Die Schlacht um Hainburg" – Beispiel für eine Kriegsberichterstattung 39
2.4 Die Motive 43

3. PRO & CONTRA HAINBURG – AUSSAGEN, MEINUNGEN UND STELLUNGNAHMEN 45
3.1 Die Kraftwerksstandorte 45
3.2 Hainburg oder Wien 52
3.3 Die rechtlichen Verfahren 57
3.4 Die Aussagen von Parteien und Interessenvertretungen zu Hainburg 65
3.5 Die politischen Aktivitäten während und nach der Aubesetzung 77

4. ANHANG 84
4.1 Chronologische Darstellung 84
4.2 Meinungsumfragen – Hainburg 86

0. VORWORT

Die Ereignisse um das Donaukraftwerk Hainburg stehen noch immer im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Gerade die tiefe Betroffenheit auf Seiten der Kraftwerksbefürworter zeigt, daß es notwendig ist, jene Ursachen und Bedingungen offen darzulegen, die zu dieser Situation führen konnten.

Eine chronologische Betrachtungsweise soll mittels Zeitungsausschnitten und Medienberichterstattung erfolgen; dabei kann nachvollzogen werden, wie die Diskussion über das Kraftwerksprojekt geführt wurde, nämlich durch voreilige Schlußfolgerungen, unsachlich und gefühlsbetont.

Für viele ist es bis heute unklar, wie aus Sorgen von Anrainern um einen kleinen Teil ihres Lebensraumes, ihrer Umwelt, eine gegen bestehendes Recht gerichtete Massenbewegung werden konnte. Wie Personen und Institutionen einen Konfrontationskurs einleiteten, wie gering die Bereitschaft zum Dialog war und welche Organisationen aus welchem Interesse auch immer sich beteiligten, soll anhand von Zitaten dokumentiert werden.

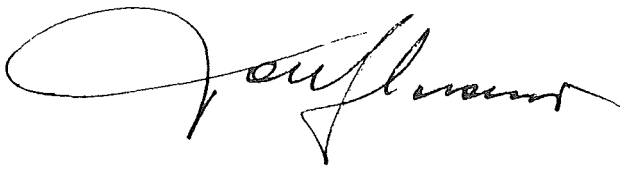
Daß dieser Konflikt eskalieren konnte, ist weitgehend den Medien zuzuschreiben. Gerade die Voreingenommenheit und die Vorurteile waren Ursache eines irrationalen Verhältnisses zu Wirtschafts-, Sach- und Umweltfragen.

Das „Machen" von „positiven" Leitfiguren, die Diffamierung von Personen und Berufsgruppen wie auch die bewußte Emotionalisierung kennzeichneten die Informationspolitik einiger Tageszeitungen.

Gerade im Spiegel der Pressemeldungen läßt sich die Vielzahl von diametralen Aussagen aufzeigen. Diese Widersprüchlichkeit bezieht sich auch auf Aussagen von Politikern und deren Haltung pro und contra das Projekt.

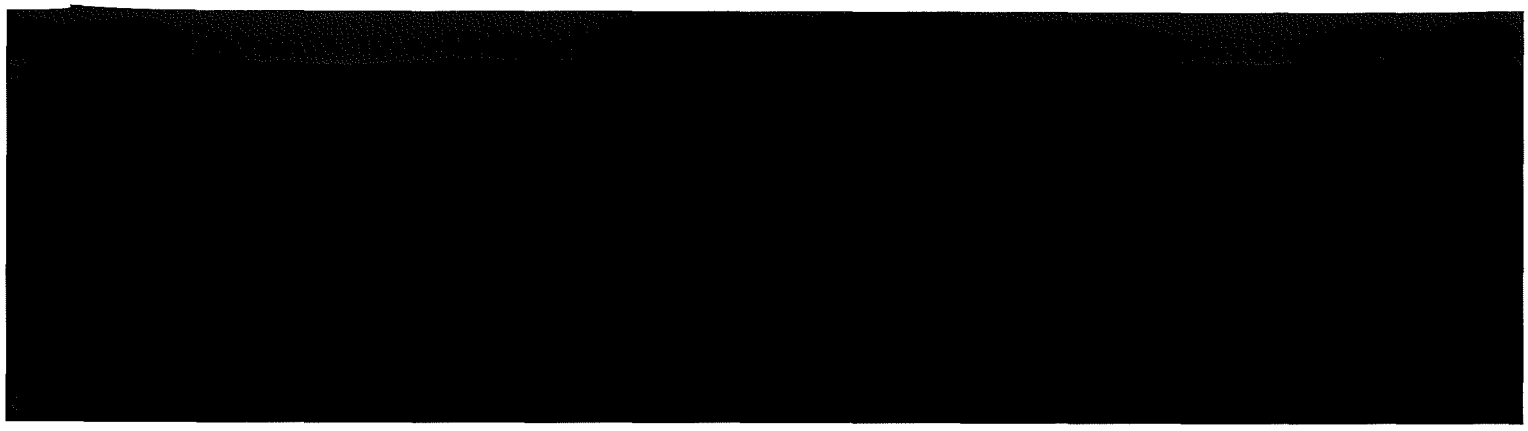
Da viele Argumente nach dem Prinzip „wer lauter und öfter schreit, der bekommt recht" in der Öffentlichkeit dargestellt wurden, ist es sinnvoll, auch die Widersprüchlichkeit von wissenschaftlichen Aussagen aufzuzeigen.

Diese Broschüre soll keine Argumentationshilfe für den Kraftwerksbau sein. Sie soll das Verstehen um die Ereignisse in Hainburg erleichtern. Sie soll den Denkprozeß, den Bundeskanzler Dr. Sinowatz anregte, unterstützen und fördern. Es soll niemand an den Pranger gestellt werden. Es soll sich aber der Leser anhand der Zitate und Aussagen eine Meinung über Personen und Institutionen bilden können. Er soll sich vor allem eine kritische Distanz zu jenen erhalten, die für ihre parteipolitischen Ambitionen die Eskalation um das Kraftwerk Hainburg brauchten.



Josef Hesoun
Abgeordneter zum Nationalrat,
Präsident der NÖ. Arbeiterkammer

DIng. Herbert Pöttschacher
Leiter der Abteilung
Volkswirtschaft der NÖ. Arbeiterkammer



Groteske bei Hainburg / Heftige Diskussion um das Kraftwerksprojekt

Donaubrücke muß sechs Meter gehoben werden!

Von Willi Grotte und Franz Eder

Die erst acht Jahre alte Donaubrücke bei Hainburg ... Riesenkosten um ...

Dazu kommt der scheinbare ... Bürgerstreich, daß mit ... von 75 ...

Energie. Die Ge... nen unüberbrüc... Die DOKW... ginn 1985, ... bauweise dr... Milliarden S... Energieerzeugu... wattstunden ...

Donaukraftwerk Hainburg bedroht Aulandschaft

30.000 Unterschriften für Dammverlegung

Trotz großer Beteiligung ruhig und überwiegend sachlich verlief am Wochenende in Hainburg die Diskussion über das geplante Donaukraftwerk, dem – wie berichtet – rund 800 Hek... besten Auwaldes geopfert ...rden müßten. In einer Resolu... der 30.000 Unterschriften ...elegt sind, fordern die Na...hützer eine Umplanung des ...verksprojektes.

... Erhaltung des Auwaldes ... in Mitteleu... ...welt. Der ... Stau...

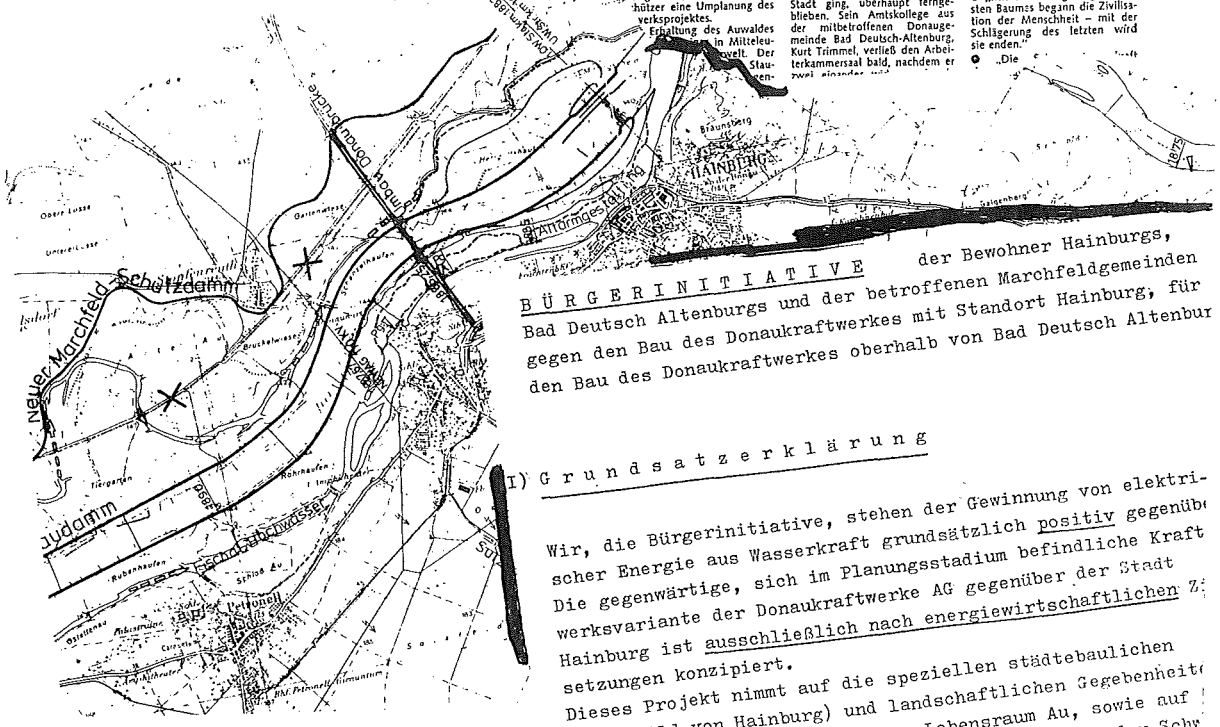
Naturschützer, würde sich auch die 75 Millionen Schilling teure Hebung der Hainburger Donaubrücke um sechs Meter erübrigen.

Der Grimm der Naturschützer richtet sich gegen Lokalpolitiker. Hainburgs Bürgermeister Hubert Rein war der Versammlung, in der es ja um die Zukunft der Stadt ging, überhaupt ferngeblieben. Sein Amtskollege aus der mitbetroffenen Donaugemeinde Bad Deutsch-Altenburg, Kurt Trimmel, verließ den Arbeiterkammersaal bald, nachdem er zwei einander ...

der an die Interessen des Großteils der Bevölkerung zu denken noch an die Belange des Naturschutzes: „Die Gemeinden sind stark verschuldet, und der Kraftwerksbau brächte viel Geld."

Gefühlsbetonte, aber doch schlagkräftige Aussagen der Naturschützer:

- „Mit der Schlägerung des ersten Baumes begann die Zivilisation der Menschheit – mit der Schlägerung des letzten wird sie enden."
- „Die ...



BÜRGERINITIATIVE der Bewohner Hainburgs, Bad Deutsch Altenburgs und der betroffenen Marchfeldgemeinden gegen den Bau des Donaukraftwerkes mit Standort Hainburg, für den Bau des Donaukraftwerkes oberhalb von Bad Deutsch Altenbur

I) Grundsatzerklärung

Wir, die Bürgerinitiative, stehen der Gewinnung von elektrischer Energie aus Wasserkraft grundsätzlich positiv gegenüb... Die gegenwärtige, sich im Planungsstadium befindliche Kraftwerksvariante der Donaukraftwerke AG gegenüber der Stadt Hainburg ist ausschließlich nach energiewirtschaftlichen Z... setzungen konzipiert.

Dieses Projekt nimmt auf die speziellen städtebaulichen (Stadtbild von Hainburg) und landschaftlichen Gegebenheit... der Ungarischen Pforte, auf den Lebensraum Au, sowie auf ... Kurort B.D.Altenburg keine Rücksicht (Gefährdung der Schw... quellen, ca. 10,4 m hoher Damm durch den Kurpark).

... Meinung, daß nur eine – auf die besondere

„Die Ökologie droht zur Ideologie zu werden."
P. M. Lingens

1. VON DER BÜRGERINITIATIVE ZUR AUBESETZUNG

1.1 Die Sorgen der Anrainer

Im Jahre 1980 trat eine *„Bürgerinitiative der Bewohner Hainburgs, Bad Deutsch-Altenburgs und der betroffenen Marchfeldgemeinden"* an die Öffentlichkeit. Aus heutiger Sicht ist die Grundsatzerklärung[1] von besonderem Interesse, weil zum Beispiel zu Beginn festgehalten wurde:

*„Wir, die Bürgerinitiative, stehen der Gewinnung von elektrischer Energie aus Wasserkraft grundsätzlich **positiv** gegenüber."*

Die Ablehnung richtete sich anfangs gegen einen Projektentwurf unbekannten Ursprungs, denn das tatsächliche Projekt wurde letztlich erst drei Jahre später - nämlich am 17. Mai 1983 - beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingereicht.

Die Kritik der Bürgerinitiative war also auf eine Kraftwerksvariante gerichtet, die nie offiziell oder auch inoffiziell vorgestellt wurde, da die geologischen und hydrologischen Untersuchungen der DOKW zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen waren.

Die Bürgerinitiative hat aus nachstehenden Gründen eine Kraftwerksvariante oberhalb von Bad Deutsch-Altenburg vorgeschlagen, einen Standort, der in der Folge noch heftige Widersprüche hervorrufen sollte.

Die Forderung der Bürgerinitiative war, *„daß nur eine - auf die besondere historische, ökologische, land-, forst- und fremdenverkehrswirtschaftliche Struktur dieses Raumes - abgestimmte Variante verwirklicht werden sollte".*

Bereits im September 1980 unterstützten 30.000[2] die Resolution zur Umplanung eines Kraftwerksprojektes und zur Errichtung eines Naturparks im Bereich Donau-March-Auen.

Im Rahmen eines Seminars *„Donaulandschaft und Kraftwerksbau im Raum Wien"* am 30. Jänner 1981 an der Universität für Bodenkultur wurde aus wissenschaftlicher Sicht festgestellt, daß *„die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialoges zwischen Technikern und Umweltschützern anerkannt wird, dessen Praxis schwierig zu sein scheint."*[3]

Die Veranstalter stellten resümierend fest: *„Wir hatten aber vorher offensichtlich zu optimistische Vorstellungen von Schwierigkeiten, die Botaniker, Limnologen, Zoologen haben, ihr Wissen um unbedingt erhaltenswerte Faktoren eines Ökosystems in konkrete Vorschläge an einen planenden Ingenieur umzusetzen."*

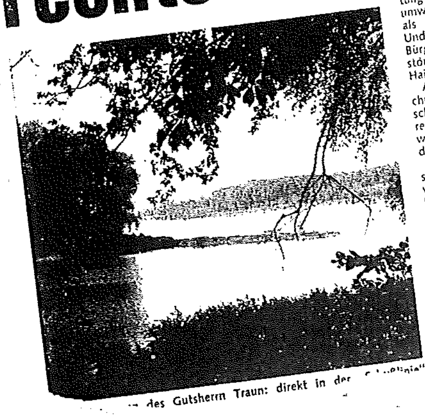
1) Grundsatzerklärung der Bürgerinitiative gegen den Kraftwerksbau bei Hainburg, für den Kraftwerksbau oberhalb von Bad Deutsch-Altenburg.
2) Kurier vom 30. September 1981.
3) BOKU-Blätter, Zeitschrift der ÖH, Universität für Bodenkultur, Wien, Nr. 3/4, Juni 1981.

Wissenschaft deckt sich mit dem Bürgervorschlag:

KURIER 5. 11. 1982

Donaukraftwerk in die rechte Au?

Eine Studie des Österreichischen Instituts für Raumplanung heizt den Kraftwerkspoker um Hainburg gewaltig an. Das Papier zeigt von sechs möglichen Kraftwerksstandorten jenen auf, der unter ... rechten Donauufer. ... Fachleuten ermittelte günstigste Standort ... haarscharf mit dem standort der Hainb... initiative. Dazu ist zu ... daß dieser landscha... de Standort für die ...



... des Gutsherrn Traun: direkt in der ...

Gefahr für Heilquellen Deutsch-Altenburg?

Begehren gegen Zerstörung der Auen

„Fünf vor zwölf", wie er sagt, stellt sich der Kurdirektor von Bad Deutsch-Altenburg, Herbert Vogl, ein im politi-... „Boden" ein Donaukraftwerk mitten in den Ur-Auen nördlich von Hainburg. Dazu würde der Stromverlauf ... eingepreßtes" Fremdwasser ruiniert werden. Das wäre das Ende Deutsch-Altenburgs.

... che Folgen ... für den ..., die jetzt ... burg mün- ... durch den ... Damm zum ... Staustufe ... len – der ... mehr oder ... die Damm- ... ort müßte ... reichen – ... er attrakti-

MITTWOCH, 23. FEBRUAR 1983

Bürgergruppe will Projekt Hainburg verhindern

Die Gegner des Donaukraftwerkes bei Hainburg haben Verstärkung erhalten. Jetzt formiert sich im Marchfeld eine Bürgerinitiative rund um den Studenten Wolfgang Macho, 21, aus Mannsdorf an der Donau. Machos Forderung: Wien soll das letzte Glied der Kraftwerk... der Donau ...

Landwirtschaft machte Einwände geltend

Nationalpark Ost – schon reduziert

Die Landwirtschaft hegt offenbar starke Aversionen gegen ... Projekt des Nationalparkes Ost: Das war beim Seminar der ...schülerschaft zum Thema „Die Situation der Aulandschaft der Donau" herauszuhören. Die Planungsarbeiten ... Projekt sind aber dennoch im Gang, bestätigt vom Amt der niederösterreichischen Lan-... dann wurde, noch zu ... Czettels, das Problem ... behandelt. ... Einwände der ...

Dort soll in den Jahren 1985 bis 1986 das bisher größte Kraftwerk in finanziell günstiger Trockenbauweise entstehen. Das würde eine Rodung von 800 Hektar Auwald notwendig machen. Doch die schlechte Grundwassersituation im Marchfeld könnte den ... Kopfzerbrechen machen. ... beim Bundesministerium für ... und Forstwirtschaft liegt ... ein Antrag, den sog. „Marchfeldkanal" zum ... Wasserbauprojekt ... Donauwasser ... bringen.

... Würden keine weiteren Eingriffe an der Donau unterhalb von Wien vorgenommen werden, die Annahme des Unterbleibens eines Kraftwerkbaues also, so würde sich dieser Lebensraum mehr und mehr von jenem Zustand entfernen, aufgrund dessen er für uns wertvoll, erhaltenswert und lebenswichtig ist. Eine befriedigende Lösung kann nur so gefunden werden, daß die Be-

Darum geht's

jetzt → in Hainburg.

Neuer Standort für Kraftwerk Hainburg?

Einen neuen Standort für das geplante Donaukraftwerk Hainburg fordern jetzt die niederösterreichischen Naturschützer ... nauauen zu ... Kraftw... meter ... henen, in ... „Schwalbe... Dieser Vorsch... der Umweltschützer wird auch von der SP Niederösterreich unterstützt.

„Der Prozeß geht weiter und gefährdet nicht nur die Weizensteppe des Marchfeldes, sondern die Auen selbst."

Entschieden wurde auch von Wasserbautechnikern [4] darauf hingewiesen, daß bei Errichtung einer Kraftwerkskette allein aus wasserbaulichen Gründen auf das erste Laufkraftwerk weitere folgen müssen; und weiters *„würden keine weiteren Eingriffe an der Donau unterhalb von Wien vorgenommen werden, die Annahme des Unterbleibens eines Kraftwerkbaues also, so würde sich dieser Lebensraum mehr und mehr von jenem Zustand entfernen, aufgrund dessen er für uns wertvoll, erhaltenswert und lebenswichtig ist".*

Zusammenfassend kann festgestellt werden, *„nahezu alle Referenten (wie z. B. Prof. Wendelberger, DIng. H. Margl, Prof. Löffler, Prof. Festetics, Hofrat Czwiertina u.a.m.) bekannten sich zur Errichtung von Wasserkraftwerken, forderten jedoch eine größere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Au".*[5]

Im Mai 1981 wurde von Seiten der Bürgerbewegung erstmals die Einleitung eines Volksbegehrens gegen die Zerstörung der Donau-March-Auen überlegt.[6]

Noch im Jahre 1982[7] stellte der Leiter des Institutes für Umweltwissenschaften und Naturschutz, Dozent Bernd Lötsch, zum Absinken des Grundwasserspiegels im Marchfeld und zur natürlichen Vertiefung der Stromsohle fest: *„Der Prozeß geht weiter und gefährdet nicht nur die Weizensteppe des Marchfeldes, sondern die Auen selbst."*

1982 wurde eine Broschüre *„Darum geht's"* an jeden Haushalt versandt; Hauptziel der Bürgerinitiative war noch immer die Verhinderung des Standortes Hainburg.

Eine Studie von der Planungsgemeinschaft Ost in Auftrag gegeben, stellte neben Hainburg und Bad Deutsch-Altenburg einen weiteren Standort, nämlich Petronell, zur Diskussion.[8] Präzisiert wurde dieser Vorschlag durch niederösterreichische Naturschützer, das Kraftwerk soll im Bereich der sogenannten *„Schwalbeninsel"* errichtet werden.[9]

Die Gegner des Donaukraftwerkes Hainburg traten im Februar des Jahres 1983 verstärkt an die Öffentlichkeit.[10]
„Jetzt formiert sich im Marchfeld eine Bürgerinitiative, Ihre Forderung: Wien soll das letzte Glied der Kraftwerkskette an der Donau sein. Das Projekt Hainburg sei überflüssig und ökologisch nicht vertretbar."

Weiters wurde der Grundstein für eine künftige Kooperation der beiden Bürgerinitiativen Hainburg und Marchfeld gelegt.

Am 28. April 1983 stellte der Direktor der DOKW, Kobilka, zum Kraftwerk Hainburg fest, daß aufgrund umfangreicher geologischer und hydrologischer Untersuchungen der Standort Hainburg der günstigste ist.[11]

4) Redl, G., Überlegungen zum Donaukraftwerk östlich von Wien, 1980, BOKU.Blätter, Nr.3/4, Juni 1981.
5) AZ vom 5. Februar 1981.
6) Kurier vom 7. Mai 1981.
7) Extrablatt Nr. 5, Mai 1982.
8) Kurier vom 5. November 1982.
9) Kronen-Zeitung vom 30. November 1982.
10) Kurier vom 23. Februar 1983.
11) Pressekonferenz der DOKW vom 28. April 1983.

SAMSTAG, 30. JULI 1983

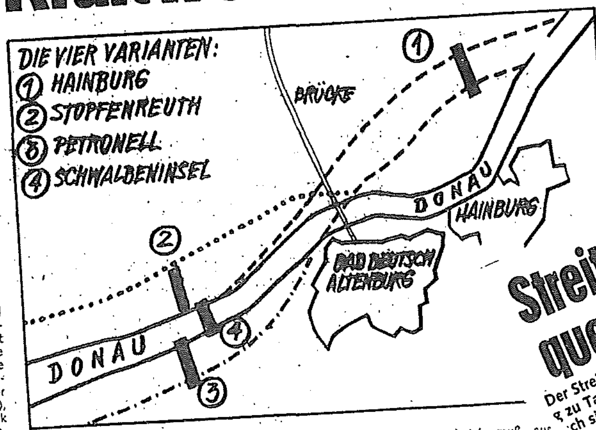
Die Donau muß in jedem Fall umgeleitet werden

Das sind die vier Projekte für ein Kraftwerk in der Au

Die vier Kraftwerksprojekte im Raum Hainburg-Petronell haben eines gemeinsam: Wird eines davon gebaut, muß in jedem Fall die Donau umgeleitet werden. Das trifft auch für den Standort „Schwalbeninsel" zu, für den sich ...tzt Landwirtschaftsmini... Halden erwärmt. Der ...'ER stellt die ver...enen Kraftwerks...n im Augebiet

...wird auf jeden Fall ...tleidenschaft ge... ob der Standort ... ob man die ...kenbauweise ...er Offen...rist der ...DOKW), ...ematik ...Hain...

...ung ist ...austufe ...ndwirt... Halden ...n Was... Gesund...



Krisengipfel um Hainburg

Schon am Dienstag wird sich eine illustre ...

Karl Wagner, beziffert den tatsächlichen Verlust mit über 1000 Hektar. Denn – so rechnet er vor – die notwendigen 25 Kilometer langen Dämme erfordern einen Rodungsstreifen ...

Erdreich muß aus ... technischen Gründen und um der natürlichen Eintiefung vorzugreifen, ausgehoben werden, begründet DOKW-Schmidt. WWF-Wagner vermutet, daß es ...eine Anhebung des Ge... handelt, um maximal ...gewinnen zu können. ... Schmidt fielen bei Hain... 19 Millionen Kubikmeter ...ub an, die wiederverwend...ar wären. Bei den Standorten Stopfenreuth und Petronell betrage der Aushub 40 Millionen Kubikmeter, bei der Variante Schwalbeninsel 45 bis 50 Millionen. Dafür müßten Sonderdeponen ...gerichtet werden, die ...er auf Kosten des Au...ngen. ...nale Schonung der Au" ...en die Minister. ...iesem geographischen ...es kein Nebeneinan...nomie und Ökolo...rt Wagner und ...rianten würden

Donaukraftw... Hainburg:

Die Initiativen verstärken

Schwechat/Hainburg. Die jüng... ...der DoKW, ins... ...vor ... sich für die Bürgerinitiative ... Initiative auf ... verläßt und ... die ...

...ene Kraft... ...auf DO... ...vorübergehen... ...zu rechnen. Vor... ...hend – das heißt im Au... ...450 Jahre, denn

thema

Gastkommentar von Josef Kobilka

Direktor Baurat h. c. Dipl.-Ing. Josef Kobilka ist Vorstandsmitglied der Österreichischen Donaukraftwerke AG. Er verteidigt den Standpunkt seines Unternehmens.

*

Warum ein Kraftwerk im Raume Hainburg? Weil dieser ... gegenüber allen ... prüften ... der ...

...re Verpflichtung, den Dingen im wahrsten Sinne des Wortes „auf den Grund" zu gehen; eigentlich: bis zu ihrem Untergrund! Also der karstzerklüftete Kalkstock, aus welchem die Heilquellen von Deutsch-Altenburg kommen, erstreckt sich vom Kirchberg unter dem Kurpark und ab... ...nter dem Donaubett ... Norden. Zum ...Heilquellen muß ...einwandfrei ...ezu die ...in das ...verlegt ...es mög...ungen in ...starken ...) anzu... ...fachlich ...Bürger ...n, daß ...Projek... ...eute der ...ach einen ...aus – ... –, falsch ist. ...Standortentscheidung ...stützt sich auf wissenschaftliche Vorarbeiten in diesem Gebiet, mehrjährige geophysikalische Messungen, Auf...

...e Nutzung, ... dieser Selbst...

Streit um Kraftwerke quer durch Parteien

Der Streit um Kraftwerksbauten und Energiesituation wird von ...g zu Tag heftiger und geht bereits quer durch die Parteien. So ...ch sich Mock-Stellvertreterin Marga Hubinek gegen die Stau...urg aus, während Mock selbst grundsätzlich für der ...nur eine sorgfä... ...geprüfte Wahl des Standortes ...sbegehre...

Warum ein Kraftwerk bei Hainburg?

Eine Stauhaltung im Raume Hainburg würde die katastrophale Entwicklung nicht nur stoppen – es könnte sogar eine gezielte Anhebung bereits zu tief abgesunkener Grundwasserstände erfolgen. Die Verbesserung dieser Grundwasserstände ist aber nicht nur für die Landeskultur höchst notwendig, sondern auch für den unmittelbar angrenzenden Auwald. Schon jetzt sind gebietsweise jährlich etwa 10% dieser „unberührten, urtümlichen Biotope" von der Austrock... ...sinkende Was...

Gastautor Josef Kobilka

...eines ...al

WIENER ZEITUNG 3

NATURSCHUTZBERICHT 1979 – 1981

In den Donau-March-Thaya-Auen soll ein Nationalpark entstehen, was nicht allzu schwierig sein kann, zumal allen Nutzungsansprüchen einschließlich des Kra...

DOKUMENTATION

Sonntag, 5. Juni 1983

Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz

Abgegeben zur XVI. Gesetzgebungsperiode vor dem Nationalrat am 31. Mai 1983

1.2 Auf Konfrontationskurs

Im Mai 1983 unterstützte der World Wild Life Fund die Bürgerinitiative und damit zeichnete sich eine härtere Argumentationslinie ab. Dozent Bernd Lötsch stellte zum Kraftwerk Hainburg fest: *„Die Umweltverbände lehnen alle Großkraftwerke ab, weil der Stromverbrauch stagniert"* und weitere *„Diskussionen um den Standort des Kraftwerkes seien sinnlos, da keine Variante die Erhaltung der Auen gewährleistet."*[12]

Wie widersprüchlich die Aussagen über die möglichen Nutzungskompromisse zwischen Kraftwerk und Nationalpark dargestellt wurden, kann auch am Beispiel eines der schärfsten Kraftwerksgegner, nämlich Hofrat Czwiertnia, gezeigt werden, der noch 1982 im Nö. Naturschutzbericht festgestellt hat: *„In den Donau-March-Thaya-Auen soll ein Nationalpark entstehen, was nicht allzu schwierig sein kann, zumal allen Nutzungsansprüchen einschließlich des Kraftwerksbaues grundsätzlich Rechnung getragen werden kann."*

Die Österreichische Ärztekammer schloß sich den Gegnern des Kraftwerkes Hainburg an.[13] Erstmals wurde in dieser Stellungnahme auf eine Bedrohung der Trinkwasserversorgung hingewiesen, die zu einem Hauptpunkt der Emotionalisierung des Kraftwerksbaues wurde.

Am 19. Mai 1983 stellte die DOKW den Antrag bei der Obersten Wasserrechtsbehörde im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, das Kraftwerk Hainburg zum bevorzugten Wasserbau zu erklären.

12) Kronen-Zeitung vom 15. Mai 1983.
13) APA-Meldung vom 15. Mai 1983.
14) Ring Nö. Zeitungen, Rundschau für die Bezirke Schwechat, Bruck, Hainburg, vom 8. Juni 1983.

In der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 wurde zum Kraftwerk Hainburg festgestellt:

„Der Ausbau der Wasserkräfte, die wichtigste Basis unserer Stromversorgung, wird unter Wahrung des Natur- und Umweltschutzes weitergeführt werden. Unter Beachtung dieses Grundsatzes soll auch der Ausbau der Donau durch Inangriffnahme des Kraftwerkes im Raume von Hainburg fortgesetzt werden."

Nachdem die vereinten Bürgerinitiativen nunmehr jeden Kraftwerksstandort ablehnten, wurde zu der weiteren Vorgangsweise festgestellt: *„Die Erfahrungen bei Dürnrohr haben gezeigt, daß eine Initiative nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie möglichst viele Kräfte - auch unterschiedlicher Art - einbezieht."*[14]

„Angesichts dieser Situation haben sich jetzt alle Bürgerinitiativen in einer Krisensitzung zu einem gemeinsamen Vorgehen in Sachen Staustufe Hainburg entschlossen."[15]

Im Zuge des niederösterreichischen Wahlkampfes nahmen die *„Grünparteien"* - VGÖ und AL - zu Hainburg Stellung. *„So treten die Grünen überhaupt gegen jeden weiteren Ausbau der Wasserkraft an der Donau ein, während die Alternativen sich zu einem bedingten 'Ja' zur Staustufe Hainburg durchringen können"* unter Bedingung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit und der Parteienstellung für Bürgerinitiativen.[16]

Einen Monat später nannte auch die Alternative Liste die Verhinderung des Kraftwerkes Hainburg als einen Schwerpunkt für die Nö. Landtagswahl.[17]

15) Kurier vom 15. Juni 1983.
16) Wochenpresse Nr. 28, vom 12. Juli 1983.
17) AZ vom 9. August 1983.

Wenn der Sachzwang Pause macht

Umweltschützer Lötsch
Dichtere Stöpsel

werden, um diesem Teil der Donau ein neues Bett zu graben, das Maschinenhaus als Herz der Anlage trockenen Fußes zu bauen und schließlich das Wasser ins neue Bett zu leiten. „Kraftwerke haben wir reichlich", erklärt Österreichs Umweltpapst Bernd Lötsch kämpferisch, „Auen von dieser Art haben wir nur mehr eine einzige. Ich biete einen Kompromiß an: Reden wir in dreißig Jahren wieder darüber, damit wir unseren Enkeln auch noch etwas zum Verbauen überlassen."

Die Vereinten Initiativen ...

VEREINIGTE INITIATIVEN ZUR RETTUNG DER DONAU-MARCH-AUEN
p.A. Wolfgang Macho, 2304 Mannsdorf/Donau Nr.77

M E M O R A N D U M
anläßlich des Sondergipfels zum Thema 'Kraftwerksbau bei Hainburg'
am 2.August 1983

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann !

Die Vereinigten Initiativen verfolgen mit großer Besorgnis die in den Medien wiedergegebenen Äußerungen der Politiker in bezug auf das geplante Kraftwerk. Während zur Zeit die drohende Gefährdung der letzten urtümlichen Aulandschaft Mitteleuropas zwar von niemandem mehr geleugnet wird – tatsächlich wäre nicht nur ein Teil des Waldes durch Rodung, sondern langfristig die gesamte Au be-
droht – bl... eine Reihe von Argumenten der Kraftwerksbefürworter bislang noch
kennzeichnete Staatsfeinde
den Auftrag zu sprochen:
Beamten nicht
schon ein nitiativen haben die Situation der österreichischen Strom-
gar Natu der zugänglichen Unterlagen gewissenhaft geprüft und sind zu
ten ...? en, daß das Kraftwerk Hainburg

VIRTSCHAFTLICHER SICHT WEDER JETZT NOCH IN NAHER ZUKUNFT
n

ST SCHLECHTEN MARKTSITUATION FÜR STROMEXPORTE IN ABSEH-
BEL ARBEITEN KÖNNTE

richtung der Staustufe Hainburg sei ein
Ernsthafte Hindernisse für den Europa-
chau; das Kraftwerk Rührsdorf wurde aber
rogramm (Zeitraum 1982/83 bis 1991/92)

der Grundwasserspiegel im March-
ngfristiger Bedeutung dar, die
als durch dieses Kraftwerk

Den Kraftwerksgegnern schloß sich die österreichische Frauenbewegung der ÖVP an.[18)]

In einer Stellungnahme des *„World Wild Life Fund - rettet die Au"* (WWF) wurde postuliert, daß es keinen Kompromiß bezüglich eines Kraftwerksstandortes geben kann. *„Es wäre besser, zuerst weniger Energie zu verschwenden und das Kraftwerk vorerst nicht zu bauen. Wenn man es in 20 Jahren immer noch braucht, dann kann man wieder darüber reden."* Nachsatz: *„Dann braucht man es sicher nicht."*[19)]

Ähnlich argumentierte Dozent Bernd Lötsch, wenn er meinte, *„Ich biete einen Kompromiß an: Reden wir in 30 Jahren wieder darüber, damit wir unseren Enkeln auch noch etwas zum Verbauen lassen."*[20)]

Die Vereinten Grünen Österreichs nahmen die Diskussion über das Donaukraftwerk Hainburg zum Anlaß, durch eine Boots-Sternfahrt im niederösterreichischen Landtagskampf aktiv zu werden. Gezielte Falschmeldungen, wie z. B. *„bereits im August (1983) sollen die Schlägerungen einsetzen!"* und Drohungen *„Wir sind auch bereit, zu schärferen Maßnahmen (Anketten an Bäume etc.) zu greifen"*, zeigten bereits damals die geringe Bereitschaft zum Dialog.[21)]

Am 2. August 1983 fand ein Sondergipfel, veranstaltet von den *„Vereinigten Initiativen zur Rettung der Doanu-March-Auen"* zum Thema *„Kraftwerksbau bei Hainburg"* statt. Dabei wurde ein Memorandum verabschiedet, in dem sich die härtere Argumentationslinie fortsetzte, die von folgenden Schlußfolgerungen ausging:

- Aus energiewirtschaftlicher Sicht wird das Kraftwerk Hainburg weder jetzt noch in naher Zukunft gebraucht.

- Wegen der äußerst schlechten Marktsituation für Stromexporte könnte das Kraftwerk Hainburg in absehbarer Zeit nicht rentabel arbeiten.[22)]

Im Gegensatz dazu stellte die Österreichische Bundesregierung im Energiekonzept 1984 fest: *„Elektrische Energie stellt durch ihre weitgehend verlustfreien Umwandlungsmöglichkeiten den wertvollsten Energieträger dar und ist in vielen Bereichen nicht substituierbar. Die künftige Entwicklung der Nachfrage wird auch weiterhin die Bereitstellung zusätzlicher Erzeugungskapazitäten bedingen."*

Zur Eintiefung des Strombettes der Donau wurde festgestellt, daß diese Fragen von mittel- bis langfristiger Bedeutung sind. Die Tatsache der Eintiefung wurde nicht bestritten, aber als Problem verniedlicht. Interessant ist dabei, daß die Vereinigten Initiativen im Rahmen von Gutachtervorschlägen für das Fachgebiet *„Strombau - Schiffahrt"* Professor Kresser von der TU-Wien nannten, jenen Gutachter, der von Bundesminister Haiden 1984 mit der Untersuchung über die Eintiefunstendenz der Donau beauftragt wurde, und dessen Ergebnisse danach von den Kraftwerksgegnern angezweifelt wurden.[23)]

18) Wiener Zeitung vom 14. Juli 1983.
19) Kurier vom 30. Juli 1983.
20) Profil Nr. 31 vom 1. August 1983.
21) Flugblatt der „Vereinten Grünen Österreichs".
22) Memorandum anläßlich des Sondergipfels zum Thema „Kraftwerksbau bei Hainburg" am 2. August 1983.
23) Vorschläge für Gutachten, Juli 1983.

1.3 Die Emotionalisierung beginnt

Anfang September 1983 meldete sich erstmals der Nobelpreisträger Professor Konrad Lorenz zu Wort, mit der Feststellung *„Er werde die Aulandschaft wie ein Löwe verteidigen"*[24] und danach visionär *„Ich sehe in der trockengelegten Au schon Fabriken aus dem Boden wachsen und Schlote rauchen"*. Damit wird die Kampagne emotionalisiert und geht einem neuen Höhepunkt entgegen.

Noch wenige Jahre vorher meinte Professor Konrad Lorenz im Vorwort zum Buch *„Grüne Wildnis am großen Strom": „Der Weiterbestand der Au wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es möglich sein wird, sie vom Rückstauraum der Kraftwerke aus regelmäßig zu überfluten, damit ihre wichtigste ökologische Voraussetzung erhalten bleibt."*
In Fischamend haben zwei Studenten eine Protestbewegung ins Leben gerufen und sich den *„Vereinigten Bürgerinitiativen"* angeschlossen.[25]

„Muß der Auwald sterben?" steht als bange Frage am Ende des Buches. Wenn man dem bedenkenlosen Ausverkauf dieses Lebensraumes nicht bald Einhalt gebietet, ist es allerdings unschwer abzusehen, wie lange es noch dauern wird, bis er zerstört ist und nur eine wehmütige Erinnerung an ihn bleibt. Der Weiterbestand der Au wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es möglich sein wird, sie vom Rückstauraum der Kraftwerke aus regelmäßig zu überfluten, damit ihre wichtigste ökologische Voraussetzung erhalten bleibt.

Eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen zum Thema Hainburg lief beinahe nach folgendem Muster ab. Die eine Seite bemühte sich, ihre Sachargumente verständlich darzulegen, *„die Kraftwerksgegner"* - so der *„Kurier"* - *„könnten nicht mit Informationen*

dienen. Sie ließen entweder überhaupt nur ihren Emotionen freien Lauf oder operierten mit geradezu haarsträubend falschen Argumenten und nachweislich unrichtigem Zahlenmaterial."[26]

Wie schwer der Dialog zu führen war, zeigte sich vor allem darin, daß, obwohl im September 1983 noch eine Reihe von Gutachten nicht fertiggestellt war, die Wortführer der Gegner, wie z. B. Dr. Peter Weish, ihre Kompromißlosigkeit unter Beweis stellten. *„Wir haben das Für und Wider lange abgewogen. Es geht hier um ein Kraftwerk, das nicht notwendig ist."*[27]

Eine neue Argumentationslinie der Kraftwerksgegner betraf die rechtliche Seite des Kraftwerksprojektes. In einer Resolution an den niederösterreichischen Landeshauptmann Siegfried Ludwig wurde ein Rechtsbruch unterstellt. Dieser Meinung schlossen sich folgende Organisationen an, die sich in einer Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg zusammengefunden haben.[28]

Lorenz gegen Kraftwerk Hainburg
Er will die Aulandschaft „wie ein Löwe verteidigen"
Er werde die Aulandschaften an der Donau bei Hainburg gegen eine „wildgewordene und wertblinde Industrie" wie einen Löwen verteidigen. Das kündigte Nobelpreisträger Prof. DDr. Konrad Lorenz anläßlich einer Tagung des World Wildlife Fund an. Totalausverkauf der einzigartigen Naturlandschaft: „Ich sehe in der trockengelegten Au schon Fabriken aus dem Boden wachsen und Schlote rauchen." Man dürfe den Menschen die Natur nicht überall wegnehmen, denn sonst führe dieser „Abbr... dazu, daß ...

24) Wiener Zeitung vom 6. September 1983.
25) Kronen-Zeitung vom 14. September 1983.
26) Kurier vom 21. September 1983.
27) Kronen-Zeitung vom 21. September 1983.
28) Resolution an Landeshauptmann Siegfried Ludwig, 17. November 1983.

Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz
Österreichischer Naturschutzbund (alle Landesgruppen)
World Wild Life Fund Österreich, Schweiz, Deutschland, International Union for the Conservation of Nature
Bürgerinitiative Hainburg
Bürgerinitiative Marchfeld zur Rettung der Auen
Bürgerinitiative AU-WEH Fischamend
Bürgerinitiative Kamptal
Österreichische Hochschülerschaft
Global 2000
Greenpeace
Österreichischer Kunstsenat
Alpenverein, Sektion Niederösterreich
Österreichische Naturschutzjugend (alle Landesgruppen)
Friends of the Earth
Institut für Energie- und Umweltforschung
Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner
Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke
Arbeitsgemeinschaft Besser Leben
Zoologisch-Botanische Gesellschaft

29) Kronen-Zeitung vom 30. November 1983.
30) APA-Meldung, 9. Dezember 1983.
31) APA-Meldung, 11. Dezember 1983.
32) APA-Meldung, 13. Dezember 1983.
33) APA-Meldung, 15. Dezember 1983.
34) APA-Meldung, 19. Dezember 1983.

„Wir müssen mit aller demokratischer Gewalt verhindern, daß dieses Kraftwerk gebaut wird!", stellte DDr. Günther Nenning im Rahmen einer Ausstellungseröffnung an der Universität Wien fest.[29]

Zu einer Internationalisierung des Konfliktes trug der Besuch des Schweizer Millionärs und Naturschützers Franz Weber bei. Auf Einladung der Aktionsgemeinschaft sowie auf einen *„Hilferuf von Dozent Bernd Lötsch"* kündigte der Schweizer eine internationale Großoffensive an,[30] *„wobei ihn der Widerstand der Bevölkerung in der Region optimistisch gestimmt habe."*[31]

Die Skala der Kraftwerksgegner wurde im Dezember 1983 um einige Facetten reicher. Der Präsident des Österreichischen Kunstsenates, Professor Roland Rainer, einer der Wiener Stadtplaner der Sechzigerjahre und tatkräftiger Unterstützer der Idee der Satellitenstädte, stellte die kulturelle Verantwortung in Frage,[32] Professor Bernhard Raschauer wiederum die Rechtsmäßigkeit der erforderlichen Bescheide[33] und die Naturfreunde den Nachweis für die energiewirtschaftliche Notwendigkeit.[34]

franz weber, retter der robbenbabies und zahlreicher bedrohter naturgebiete in aller welt kommt nach wien.

kraftwerk hainburg ist ökologische katastrophe
utl.: schweizer naturschutzer und grunder der vereinten tierna-
nen in wien = dayer, stellt in diesem zusammenhang fest, dass die energiewirt-
der generalsekretaer der naturfreunde, reinhard
schaft bisher den nachweis fuer die energiewirtschaftliche notwen-
digkeit des kraftwerksbaus schuldig geblieben ist.

AK ZU HAINBURG

(PAK) Die verfahrensrechtlichen Fragen sowie die politischen Kampagnen um den Bau des Kraftwerkes Hainburg dürfen nicht auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten ausgetragen werden.

industrie begruesst hainburg-gutachten=

no: nationalpark wird vorbereitet 1
utl: donaukraftwerk rothelstein als voraussetzung

Am 22. Dezember 1983 erklärte Bundesminister Günther Haiden das Kraftwerk Hainburg zum bevorzugten Wasserbau.

Diese Entscheidung zog unterschiedliche Reaktionen nach sich.

Die Aktionsgemeinschaft, die nach eigenen Angaben[35] von ca. 20 Organisationen - darunter die Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz (ÖGNU), der unter anderem ÖAMTC und ARBÖ angehören - unterstützt wird, zeigte sich von der Entscheidung enttäuscht, viele andere Organisationen und Interessenvertretungen begüßten die Entscheidung.

Nach Erklärung zum bevorzugten Wasserbau wurde die Planungsgemeinschaft Ost, der die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland angehören, aktiv bei der Standortsuche. So wurde als Alternativprojekt die Variante *„Röthelstein"* in die Diskussion geworfen. Mit wenig Erfolg, denn nach Meinung der *„Vereinten Grünen Österreichs"* schädige diese Variante ebenfalls die Donauauen und zum zweiten gäbe es angesichts der Stromüberproduktion in Österreich bis auf weiteres keinen Bedarf an neuen Kraftwerken.[36]

35) APA-Meldung, 29. Jänner 1984.
36) APA-Meldung, 29. Jänner 1984.

Kraftwerksgegner boten Adel auf

Prinzen-Rolle für die Hainburger Au

WIEN (AZ). Die Hainburg-G... sich jetzt Schützenhilfe bei Prinz Philip: ... n als Präsident des World Wildlife Fu... der Prinz unter Berufung auf ei... dafür aus, das Kraftwerk ... schaftsministerium bezweife...

Kreisky: Hainburg ist unser Bier!

Aktionsgemeinschaft gegen Hainburg „bläst zum Sturm"

Die Aktionsgemeinschaft gegen ... Donaukraftwerk Hain...

Das Projekt

Donaukraftwerk Hainburg

Strom aus dem Strom oder Land am Strome

donaukraftwerk hainburg: grune drohen jetzt mit volksaufstand

utl.: inge rauscher: politiker haben uns verraten =

w i e n , 29.3. (apa) - sollte das donaukraftwerk hainburg entgegen dem willen von 150.000 unterzeichnern und noch mehr sympatisanten doch gebaut werden, dann werde es zu einem volksaufstand kommen, drohte heute, donnerstag, inge rauscher von den vereinten grunen

1.4 „Aktionsgemeinschaft bläst zum Sturm gegen das Kraftwerk Hainburg"

Unter diesem Titel sind die Kraftwerksgegner *„nun zum Großangriff gegen den Bau angetreten"*. In einem Rechtsgutachten im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz, deren Präsident der heutige Unterrichtsminister Dr. Herbert Moritz war, forderten die Juristen Pernthaler und Weber jene Personen - die Parteienstellung besitzen - zu Amtshaftungen, Entschädigungsklagen und Strafanzeigen auf.[37)]

Eine Informationsbroschüre *„Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg"* wurde von der Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk an Interessierte verteilt; finanziert - oder genauer - gefördert wurde diese Publikation ebenfalls von der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz.[38)]

Neben der Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten wurde aber auch versucht, die im Naturschutzverfahren befaßten Behörden zu beeinflussen; so eine Anzeige des in Auftrag des WWF handelnden Rechtsanwaltes Dr. Rudolf Gürtler *„gegen unbekannte Täter wegen Verdachtes der Gefährdung der körperlichen Sicherheit, der Täuschung, des Betruges, der Fälschung eines Beweismittels, des Mißbrauches der Amtsgewalt . . . "*[39)]

Die internationalisierung des Konfliktes wurde bewußt weiter vorangetrieben. Der Deutsche Naturschutzring appellierte an seine Landesleute, *„Österreich als Urlaubsland zu boykottieren, falls die Betonier- und Energiemafia wirklich die letzte Aulandschaft Europas vernichten sollte"*.[40)] Gleichzeitig protestierte der Schweizer Umweltschützer Franz Weber im Namen der Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg beim Europarat in Straßburg.[41)]

apa 096-ch
chronik / umwelt
deutsche naturschutzer drohen osterreich mit touristenboykott 1
utl.: bau von kraftwerk hainburg soll verhindert werden =
m u n c h e n, 21. 3. (apa) - die gegner des kraftwerkbaus bei hainburg haben heute, mittwoch, massive schutzenhilfe aus dem ausland erhalten. der deutsche naturschutzring (dnr) und der deutsche bund fur vogelschutz (dbv) haben in einem gemeinsamen aufruf in munchen an ihre landsleute appelliert, osterreich als urlaubsland zu boykottieren, falls die betonier- und energiemafia - so die deutschen naturschutzer wortlich - wirklich die letzte aulandschaft europas vernichten sollte. ++++

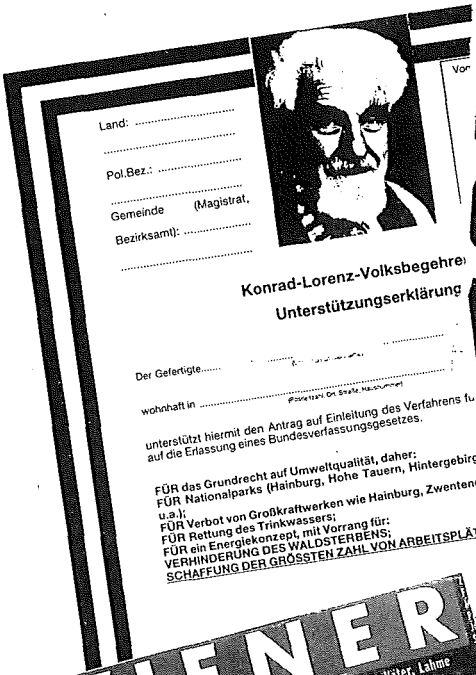
Auch unverhohlene Drohungen wurden laut. So stellte Inge Rauscher von den *„Vereinten Grünen"* fest, *„sollte das Donaukraftwerk Hainburg entgegen den Willen von 150.000 Unterzeichneten und noch mehr Sympathisanten doch gebaut werden, dann werde es zum Volksaufstand kommen"*.[42)]

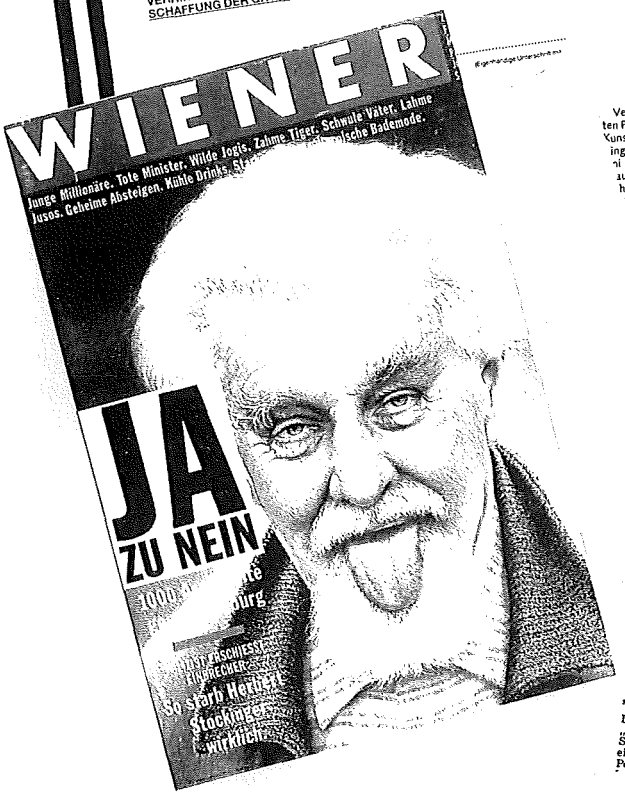
Prinz Philip, der Präsident des WWF, stellte bei einem Besuch der Donauauen klar: *„Die Lösung des Problems liegt in den Händen Österreichs"*[43)] und weiters *„Wenn Hainburg kommt, schadet das Österreich"*.[44)]

37) APA-Meldung, 31. Jänner 1984.
38) Das Projekt „Donaukraftwerk Hainburg", Wien, Februar 1984.
39) Nö. Landeskorrespondenz, 7. Februar 1984.
40) APA-Meldung, 21. März 1984.
41) APA-Meldung, 22. März 1984.
42) APA-Meldung, 29. März 1984.
43) APA-Meldung, 3. Mai 1984.
44) Kurier vom 4. Mai 1984.

Für die Rettung der Donau-Au bei Hainburg:

Konrad Lorenz tritt an die Spitze eines VOLKSBEGEHRENS!





„Tiere" kündigten Volksbegehren an

Verkleidet als Tiere erklärten Prominente aus Politik und Kunst (darunter Günther Nenning als Rothirsch, Peter Turrini als Rotbauchunke, Jörg Mauthe als Schwarzstorch, Hubert Hmar Karas als Kormoran,

● Umweltschutz soll vielen Arbeit geben

Schon nächste Woche soll nun doch ein Um-

„Jetzt muß sich scheiden, wer in reich regiert, nicht die E-Wirt und ihre Verk klärte Fr

„Günther Nenning präsentierte sich als für die Au kämpfender „roter Hirsch"

Aktivitäten gegen KW Hainburg

„Pressekonferenz der Tiere" — Konrad Lorenz an der Spitze eines Volksbegehrens

DDr. Günther Nenning, als Platz- und „Rothirsch" verkleidet, Wiens VP-Stadtrat Jörg Mauthe im Federgewand eines Schwarzstorches, Sch Peter Turrini als Ro

DDr. Günther Nenning am Beginn der Pressekonferenz der Öste haft

plätzen im Rahmen eines umwelt- und bürgerfreundlichen Energiekonzeptes die Verankerung eines Grund- auf Umweltqualität in der chischen

1.5 Der Konrad-Lorenz-Kult

Mit der Gründung eines überparteilichen Volksbegehrens für die Rettung der Donau-Auen und gegen den Bau des Kraftwerkes starteten die Hainburg-Gegner eine neue Initiative. An der Spitze des Volksbegehrens steht ein Personenkomitee, dem prominente Wissenschaftler, Politiker, Künstler und Publizisten angehören. Der Nobelpreisträger Konrad Lorenz gab diesem Volksbegehren seinen Namen.[45)]

Eine *„Pressekonferenz der Tiere"* war der Auftakt des Volksbegehrens, dessen Hauptforderungen *„der Verzicht auf das Kraftwerk unterhalb Wiens, die Untersagung der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf, die Einrichtung von Nationalparks in Österreich"* waren.[46)]
Diesem Komitee gehören an: Günther Nenning, Jörg Mauthe, Othmar Karas, Freda Meissner- Blau, Peter Turini u.v.a.
Eine Reihe von Organisationen unterstützten dieses Volksbegehren, wie die Österreichische Hochschülerschaft nach mehrheitlichem Beschluß[47)], die freiheitliche Jugend der Steiermark, die *„Vereinten Grünen Österreichs"*, die Wiener ÖVP und die Junge Volkspartei[48)] sowie Alternative Liste Österreichs.[49)]

Eine am 17. Mai 1984 von einem Aktionskomitee für den Kraftwerksbau Hainburg durchgeführte Kundgebung, an der 50.000 Arbeitnehmer teilnahmen, löste eine Vielfalt von Reaktionen aus; sie reichten von einem Gesprächsangebot der Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens[50)] bis zu Abqualifizierungen durch Umweltorganisationen, wie z. B. dem Naturschutzbund, der meinte, *„diese Demonstration bezahlter Macht habe kein neues Argument für den Bau des Kraftwerkes Hainburg gebracht."*[51)]

Wie sehr die Emotionalisierung im Mai 1984 bereits fortgeschritten war, zeigte selbst eine Aussendung des gegen den Kraftwerksbau eingestellten Präsidiums der ÖGNU, in der der heutige Bundesminister Herbert Moritz die Gegner des Kraftwerkes aufrief, *„den Konflikt zum Hainburg nicht in der Form eines Glaubenskrieges auszutragen."*[52)]

Bundespräsident Kirchschläger mahnte bei der Eröffnung des Donaukraftwerkes Greifenstein: *„Wir freuen uns darüber, daß frei diskutiert werden kann. Hüten wir uns aber vor einem Religionskrieg und davor, nur mehr die Gefühle sprechen zu lassen."*[53)]

Wie sehr jedoch den Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens eine Emotionalisierung am Herzen lag, zeigten die Veranstaltungen; so z. B. ein Hainburger Burgfest, dessen Höhepunkt der *„Schwur von Hainburg"* war, der auszugsweise wiedergegeben wird: *„Wir werden nicht lockerlassen, bis die letzten Reste der Natur- und Kulturlandschaft gerettet sind. Wir wollen diesem Lande Hoffnung geben, anstelle grauer und fader Politik wollen wir lebendige, phantasievolle direkte Demokratie."*[54)]

45) Kronen-Zeitung vom 6. Mai 1984.
46) Wiener Zeitung vom 8. Mai 1984.
47) APA-Meldung, 15. Mai 1984.
48) APA-Meldunng, 16. Mai 1984.
49) APA-Meldung, 19. Mai 1984.
50) APA-Meldung, 18. Mai 1984.
51) APA-Meldung, 19. Mai 1984.
52) APA-Meldung, 23. Mai 1984.
53) APA-Meldung, 22. Mai 1984.
54) APA-Meldung, 30. Mai 1984.

Der Konflikt um das Kraftwerk Hainburg weitete sich im Juni 1984 auf die Expertenebene aus. Einer der Amtsgutachter, Professor Otto Koenig, sah sich aufgrund seiner positiven Einstellung zum Kraftwerksbau heftigsten Angriffen ausgesetzt; *„er wird mit Schmähbriefen überschüttet und mit anonymen Anrufen bedroht"*.[55]

Die Palette der Kraftwerksgegner wurde um eine Aktion *„Künstler für die Auen"* bereichert. Ihr *„Nein"* zum Kraftwerksbau wurde in Veranstaltungen, z. B. dem *„Antibetonfest"*, bei dem eine Jugendgruppe *„Antibeton"* auftrat[56], einer breiten Öffentlichkeit nahegebracht.

Im Juni 1984 wurden in einem WWF-Magazin bereits spätere Ereignisse vorweggenommen. Unter der Schlagzeile *„Schlacht um Hainburg"* wurde *„Befriedigung über die zunehmende Opposition in allen Schichten der österreichischen Öffentlichkeit"* festgestellt.[57]

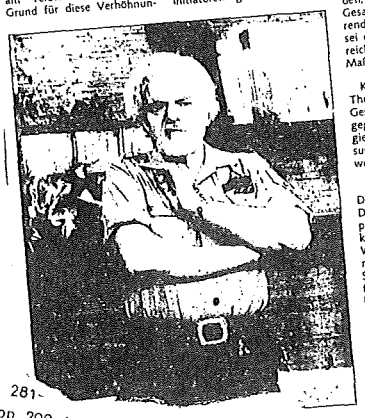
55) Kurier vom 5. Juni 1984.
56) Kronen-Zeitung vom 13. Juni 1984.
57) APA-Meldung, 20. Juni 1984.

Telefonischer Terror gegen den Hainburg-Gutachter Otto Koenig

Kraftwerksbefürworter organisierten Expertenstreitgespräch

Einer der Hainburg-Amtsgutachter, Otto Koenig vom Wilhelminenberg, sieht sich in jüngster Zeit heftigsten Angriffen ausgesetzt. Er wird mit Schmähbriefen überschüttet und mit anonymen Anrufen am Telefon bedroht. Den Grund für diese Verhöhnungen sieht Koenig in einem verkürzt wiedergegebenen Ausspruch, er betrachte das Konrad-Lorenz-Volksbegehren als „Spielwiese für ein paar Revoluzzer".

Koenig meint nun, er habe damit nicht die ihm bekannten Initiatoren gemeint. „Deren Forderungen habe ich vie mehr in meinem Gutachten a legitimes Engagement de klassischen Naturschutzes voll akzeptiert." Da sich aber in letzter Zeit die ökologische Lage dramatisch verändert habe und es heute bereits um Probleme eines übergreifen den, die lebensbedrohende Gesamtsituation einkalkulie renden Umweltschutzes geht, sei es notwendig, viel weiter reichende und vielschichtigere Maßnahmen anzustreben.



Koenig beklagt, daß es zum Thema Hainburg kein einziges Gespräch zwischen Fachleuter gegeben hat, worin über diver gierende Naturschutzaufta sungen ernsthaft diskutie worden wäre.

Den Versuch einer solc Diskussion gibt es h Dienstag, in den Wiener phiensälen. Auf Einladung kraftwerksbefürwortenden Wirtschafts- und Arbeitr mervertreter sollen aus Sicht von Experten die vielf tigen Einflüsse des Kraftwer baues auf Wirtschaft, Arbeit markt und Umwelt aufgezeig werden. Die energiepolitische Notwendigkeit des Kraftwer kes, die Auswirkungen des Kraftwerkes auf die Au, auf das Grundwasser sowie auf die Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg werden dabei zur Diskussion stehen.

apa 281

knapp 200 leisteten den schwur von hainburg 2 apa/30.5. ++++

der schwur, der von den veranstaltungsteilnehmern auf der burg in hainburg geleistet wurde, hat folgenden wortlaut:

wir versprechen, dass wir nicht locker lassen werden, bis die hainburger auen gerettet sind.

alle: wir versprechen. wir versprechen: in diesem lande mussen endlich nationalparks errichtet werden, in den auen der donau, march, thaya und uberall, wo es gilt, naturschonheit zu bewahren.

alle: wir versprechen. wir versprechen: es geht nicht nur um hainburg. wir wollen in das ganze land hinausgehen und das ganze land aufwecken. wir wollen eine wende in der umwelt- und energiepolitik.

echen. wir versprechen: wir werden nicht locker
zten reste von natur- und kulturlandschaft

wir versprechen
nd pflanzen k
schopfung wi
hen. wir vers

Giftwortwaffen

Otto Koenig, Amtsgutachter und Befürworter des Kraftwerkes Hainburg, erhält anonyme Drohbriefe und wird mit Telefonanrufen belästigt. Ein schäbiges Verhalten.

Und unverzeihlich auch dann, wenn man Koenigs Ausspruch, wonach nur ein paar Revoluzzer gegen den Bau seien, nicht klug nennen kann.

Diese Bemerkung sei lediglich in einem Zweiergespräch gefallen, schwächt Koenig ab, wie sie das Temperament manchmal herausspühe. Dennoch: gesagt ist gesagt.

In seiner TV-Sendung „Rendezvous mit Tier und Mensch" wirbt Koenig unterschwellig mit geschickten Hinweisen für den Bau. Den Gegnern steht dieses Medium nicht zur Verfügung, und das ist kein fairer Kampf.

Wenn also Hainburg allmählich Frontgebiet wird, sollte doch der Einsatz von Giftwortwaffen verboten sein.

M. M.

1.6 Die Vorbereitungen laufen an

Am 23. Juni 1984 wurde die Ablehnung der naturschutzrechtlichen Bewilligung durch die Bezirkshauptmannschaften bekannt. Landesrat Dr. Ernest Brezovsky, der nun in zweiter Instanz zu entscheiden hatte, rückte in den Mittelpunkt der Kritik.

Von Seiten des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens wurde der Vorwurf erhoben: *„Es ist unerträglich, daß eine so wesentliche Entscheidung in die Hände eines einzelnen Politikers gelegt wird".*[58] Von DDr. Günther Nenning wurde die Forderung erhoben, daß der niederösterreichische Landtag in dem Verfahren eingeschaltet werden muß. *„Was dieser konkret tun könnte, wußte Nenning allerdings auch nicht zu sagen."*[59]

Eine Initiative *„Gewerkschafter gegen Hainburg"* stellte den Vorrang einer ökologischen Orientierung in den Vordergrund, *„zu den Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens will die Initiative eine kritische Aktionseinheit herstellen".*[60]

Unter der Schlagzeile *„Deutscher Naturschutzbund beteiligt sich am Kampf um Donauauen"* wurde im Juli 1984 gemeinsam mit dem WWF an *„grenzüberschreitenden Strategien für den Auwaldschutz"* gearbeitet.[61]

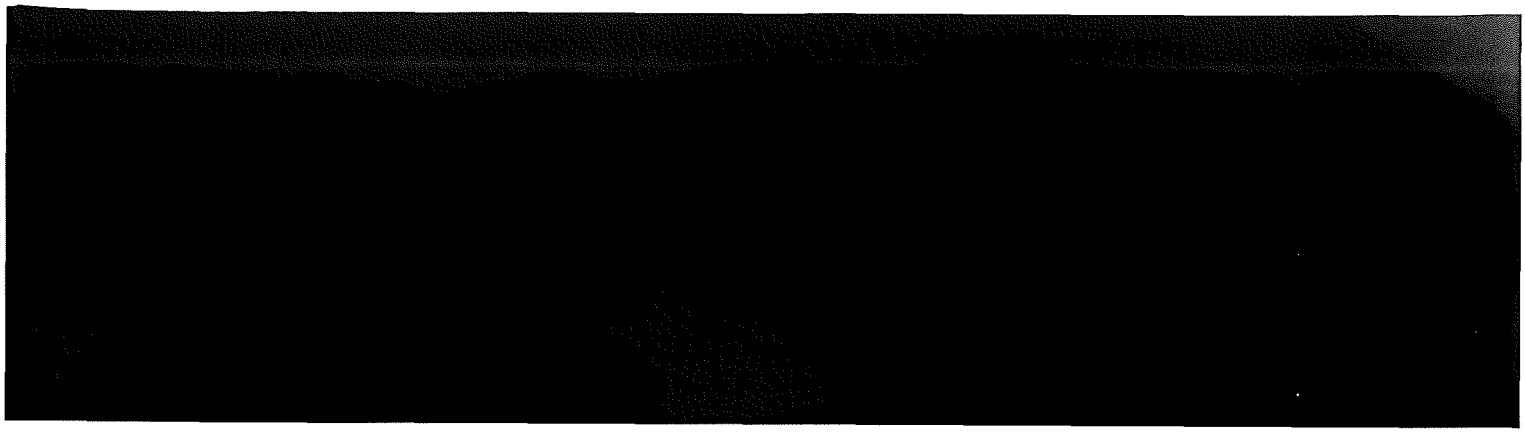
Obwohl im Juli die Verfahren auf Bundes- und Landesebene für das Kraftwerk noch nicht abgeschlossen waren und damit keine Rodungsbewilligung erteilt worden war, wurden von Seiten der Verantwortlichen des Konrad- Lorenz-Volksbegehrens gezielte Verdächtigungen zur weiteren Verunsicherung der Öffentlichkeit ausgesprochen, wie z. B. Einladung zu Zusammenkünften, *„um im Falle eines überfallsartigen Beginnes der Schlägerung in der Hainburger-Au Gegenmaßnahmen zu beraten".*[62]

Im Rahmen einer Pressekonferenz, an der DDr. Günther Nenning teilnahm, wurde neben den bereits oftmals wiederholten Forderungen bekanntgegeben, *„wenn ein überfallsartiger illegaler Baubeginn stattfindet, dann nehmen wir das Grundrecht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit auf geeignete Weise wahr, sei es in der Au oder sonst wo".*[63]

Ein weiterer Höhepunkt der Hainburg-Diskussion war durch die auszugsweise Veröffentlichung der Naturschutzgutachten gegeben. Die kategorische Reaktion der Kraftwerksgegner war, *„wer auch immer versucht, den Bau des Kraftwerkes Hainburg innerhalb der bestehenden Gesetzeslage zu ermöglichen, stellt sich außerhalb des Rechtsstaates".*[64]

Im September 1984 wurde ein Koordinationstreffen des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens abgehalten. Dabei wurde *„eindeutig der friedliche Akzent aller möglichen Maßnahmen betont. Sollte es zum Baubeschluß Hainburg kommen, so seien Aktionen des friedlichen Widerstandes, wie Anbinden an zu rodende Bäume, zu erwarten".*[65] DDr. Nenning dazu: *„Wir haben uns alle schon einen Baum ausgesucht, an dem wir uns anketten werden".*[66]

58) APA-Meldung, 25. Juni 1984.
59) APA-Meldung, 27. Juni 1984.
60) APA-Meldung, 3. Juli 1984.
61) APA-Meldung, 4. Juli 1984.
62) APA-Meldung, 11. Juli 1984.
63) APA-Meldung, 18. Juli 1984.
64) APA-Meldung, 31. Juli 1984.
65) APA-Meldung, 8. September 1984.
66) Kronen-Zeitung vom 9. September 1984.



Trotz schwerster rechtlicher Bedenken die Rodung bewilligt:

Ein Eiserner Vorhang um die Baustelle Hainburg

Wien. – Das Ergebnis des „Konrad-Lorenz-Volksbegehrens für eine bessere Umwelt" wird nicht abgewartet, Holzfäller und Bulldozer dürfen die letzte Au...

● Es liegt kein ...bewilligung der zuständi... ...eister vor, was ...g ist. ...t. sind die

In Schulen beginnt Unterschriftenaktion:

Jugendvolksbegehren für den Umweltschutz

Mit einem eigenen „Jugend-Volksbegehren für Arbeit und Umwelt" will das Personenkomitee des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens die Unterschriftensammlung nach der Sommerpause wieder in Schwung bringen. Auch die Wähler von morgen, die noch nicht stimmberechtigt sind, wollen ihre Sorge wegen der Umweltzerstörung durch eine Petition an den Nationalrat ausdrück...

Besetzung des NÖ-Landhauses

Rund ...

...and. Selbst ... ...vatus...erbens, einer tödlichen ... Österreichs, feilschen sie um Tempo... zögern wirksame Gegenmaßnahmen ... Jahre hinaus und gehen vor jedem Auf- ... zeigt, wie ... dieses mit dem Naturschutzgesetz ist. In den

„Widerstand wird Pflicht"

Freda Meissner-Blau über die Gründe, warum sie Landesrat Ernest Brezovszky einen „Umweltverbrecher" nannte.

...chrei der Auto-, Öl- und Straßenlobby in ...e Knie.

Die einzige Gegenmacht, die die Umweltkatastrophe aufzuhalten vermag, ist eine aufgeklärte, aktive und verantwortungsbewußte Öffentlichkeit. Frauen, die weder von Macht verblendet noch von Wahlterminen hypnotisiert sind, können einen großen Beitrag dazu leisten.

...arum ich Landesrat Ernest Bre...szky einen Gesetzesbrecher und ...erbrecher" genannt habe? Gewiß ... ihn persönlich zu kränken. ...e ich ihn gar nicht, und ... überzeugt, daß er nur der ... von Mächtigeren ist. Das ...genblick an offensicht... ...terreichische Landtag ... ihm allein die Ent... ...einbarkeit der Er... ...s mit dem nieder... ...schutzgesetz zu ..., daß er als SPÖ-Partei- und Regie... ...würde, was immer ...nd die angesehensten ...gegen zu sagen haben.

... bei der Ungeheuer...

feierlich zum Landschaftsschutzgebiet deklarierten Donau-March-Auen soll dem großen Strom ein fünf Kilometer langes neues Bett gegraben, sollen Dutzende Kilometer lange Begleitdämme für den Stau-

Gastautorin Meissner-Blau:
„Erfüllungsgehilfe von Mächtigeren"

... ...altige ...

... bewiesen ... verbrech... dert we... Es b... ches V... Gerich... wenn ... kann d... und vo... terlag... Druc... Bewe... öffe... I... zov... er s... wi...

o wenn ein uberfallsartiger und illegaler baubeginn stattfindet, dann wird die gemeinsame plattform der hainburg-gegner das verfassungsrechtliche grundrecht auf meinungs- und versammlungsfreiheit auf geeignete weise wahrnehmen - sei es in der au oder anderswo.

a v i s o an die reddaktionen

das personenkomitee hat befreundete natur- und umweltschutzgruppen fur kommenden samstag, 14.00 uhr nach wien 7., museumstrasse 5, eingeladen, um im falle eines uberfallsartigen beginns der schlagerung in der hainburger au gegenmassnahmen zu beraten. am 21. juli soll auf dem donauschiff tancsics eine schwimmende konferenz aller hainburggegner stattfinden. (schluss aviso)
apa 086 1984-07-11/11:19

zum erstgenannten punkt sagte einer der massgebenden mitglieder des personenkomitees, dr. gunther nenning, niemand wolle die kompetenz des zustandigen landesrats übergehen, aber in einer so wichtigen frage wie hainburg musste der landtag des bundeslandes niederosterreich eingeschaltet werden. was dieser konkret tun konnte, wusste nenning allerdings auch nicht zu sagen.

deutscher naturschutzbund beteiligt sich an kampf um donau-auen =

wien (ap) der deutsche naturschutzbund will sich am kampf um die rettung der an der donau gelegenen letzten auwalder europas beteiligen. sie waren im falle des umstrittenen baus des donau-kraftwerkes bei hainburg unterhalb von wien gefahrdet. wie der world wildlife fonds (wwf) osterreich am dienstag in wien mitteilte, wird eine delegation des deutschen naturschutzbundes am donnerstag in der osterreichischen hauptstadt erwartet, um an der erarbeitung grenzuberschreitender strategien fur den auwaldschutz teilzunehmen.

Ein weiteres Beispiel für die geringe Dialogbereitschaft war der kompromißlose Standpunkt, der während einer Pressekonferenz der Kraftwerksgegner geäußert wurde, *„ein Monsterkraftwerk wie Hainburg und eine lebensfähige Au seien miteinander unvereinbar, es gebe nur ein entweder - oder".*[67]

Im Rahmen eines Umweltsymposiums an der Universität Wien suchte der Rechtsanwalt Dr. Mayerhofer bereits nach Rechtfertigung für künftige Ereignisse. Er meinte: *„Es wurde das Polizeirecht zunehmend benutzt, um Bürger zu kriminalisieren, die ihr Recht zum zivilen Ungehorsam und zur Notwehr gegen die drohende Vernichtung des Planeten in Anspruch nehmen".*[68]

Ab Oktober 1984 wurde eine neue Initiative für das Volksbegehren gestartet. Prominente Künstler, Sportler und Politiker bekannten sich in der *„Kronen-Zeitung"* zum Inhalt des Konrad-Lorenz-Volkbegehrens.

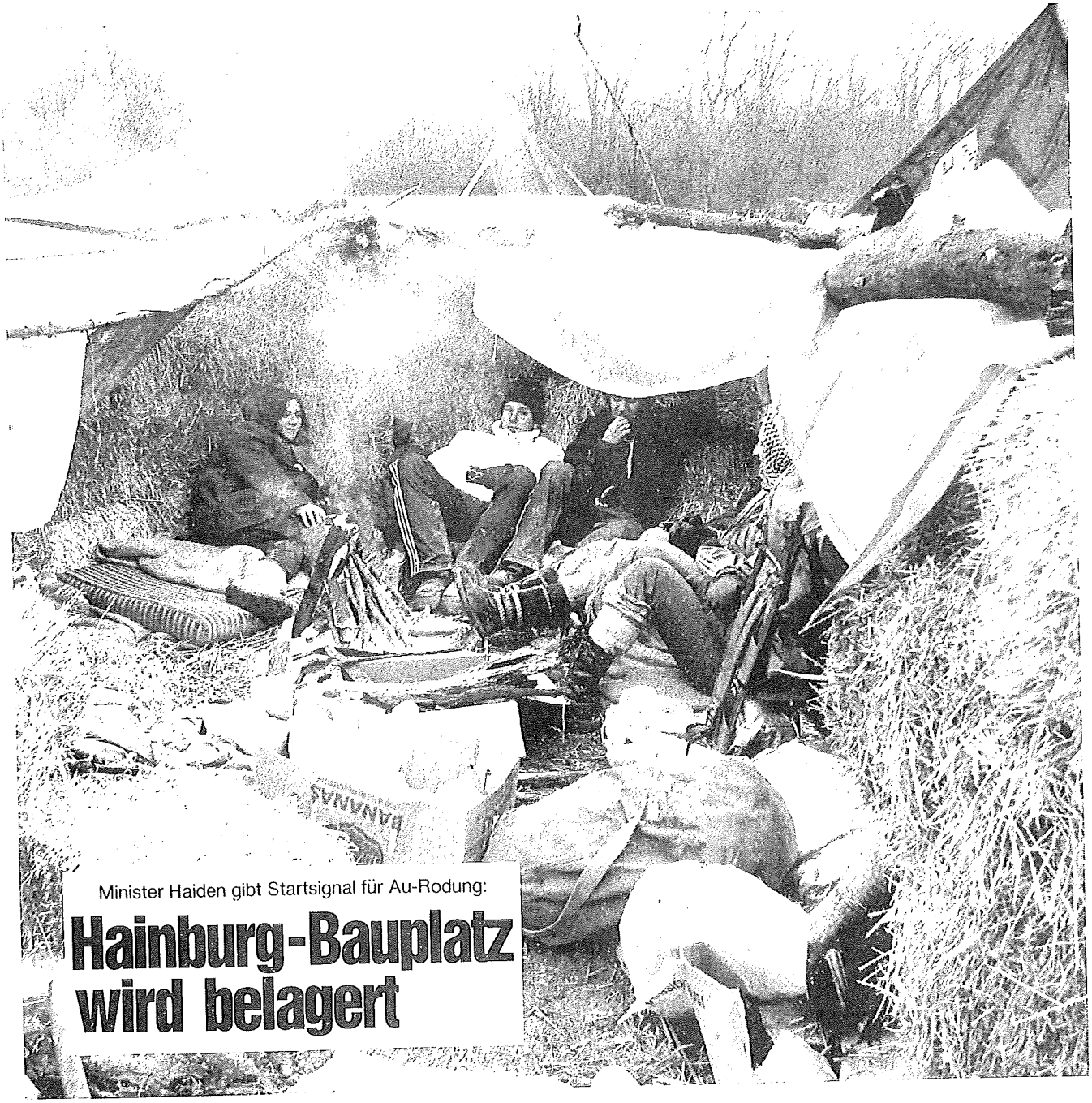
Am 26. November 1984 erteilte der niederösterreichische Landesrat Dr. Brezovsky den Donaukraftwerken die naturschutzrechtliche Bewilligung zur Errichtung des Donaukraftwerkes Hainburg.

Am darauffolgenden Tag war das niederösterreichische Landhaus Schauplatz einer Protestdemonstration. 300 Vertreter von Umweltschutzgruppierungen besetzten das Landhaus und deponierten lautstark: *„Die Betonierer haben noch lange nicht gewonnen".*[69]
Namens des WWF wurde die Beschreitung des Rechtsweges mit allen Konsequenzen bis zum Obersten Gerichtshof angekündigt. Die Initiatoren des Volksbegehrens überreichten Innenminister Karl Blecha die Unterschriftenformulare und stellten den Antrag zur Einleitung des Volksbegehrens.

Wie sehr man sich bereits von Seiten der Kraftwerksgegner Wochen vorher mit Aktionen, wie einer Aubesetzung, beschäftigt hat, zeigte der in der Öffentlichkeit geäußerte Verdacht von einem der Volksbegehrens-Initiatoren, Gerhard Heiligenbrunner, *„die Errichtung eines Wildzaunes könne in erster Linie den Zweck haben, Demonstranten vom Rodungsgebiet fern zu halten",*[70] der *„Kronen-Zeitung"*-Titel dazu: *„Eiserner Vorhang um Baustelle Hainburg".*[71]

Radikale Töne schlug der Schweizer Naturschützer Franz Weber an: *„Hainburg müsse um jeden Preis verhindert werden"* und *„dieses kriminelle Projekt darf nicht gebaut werden".*[72]
Deutsche Umweltschutzorganisationen drohten mit einem Boykott des Urlaubslandes Österreich.[73]
Die provokante Parole der Kraftwerksgegner lautete: *„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht".*[74]

67) APA-Meldung, 13. September 1984.
68) APA-Meldung, 4. Oktober 1984.
69) Kronen-Zeitung vom 28. November 1984.
69) Kronen-Zeitung vom 28. November 1984.
70) APA-Meldung, 30. November 1984.
71) Kronen-Zeitung vom 6. Dezember 1984.
72) APA-Meldung, 3. Dezember 1984.
73) APA-Meldung, 5. Dezember 1984.
74) Wochen-Presse vom 4. Dezember 1984.



Minister Haiden gibt Startsignal für Au-Rodung:

Hainburg-Bauplatz wird belagert

1.7 Die Aubesetzung

Am 5. Dezember 1984 erteilte Landwirtschaftsminister Günther Haiden die wasserrechtliche Bewilligung für das Donaukraftwerk Hainburg.

Dieser Bescheid war auslösendes Moment für eine Fülle von Aktionen, Diffamierungen und Verleumdungen.

Bereits am 6. Dezember 1984 brachen erste Demonstranten in die Stopfenreuther-Au auf; einer der Initiatoren: *„Ich fürchte, daß es zu Konfrontationen kommen wird wie bei der Aufstellung der Pershing II-Raketen in der BRD".*[75]
Von Seiten der Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens wurde in einer Presseaussendung vom 6. Dezember 1984 bereits von *„sofortiger Rodung, Wildzaunaufstellung und Polizeieinsatz"* berichtet. Diese unrichtigen Behauptungen sollten die Mobilisierung der Umweltschützer herbeiführen. Parolen, wie *„wir werden uns aber nicht aus der Au vertreiben lassen",* [76] trugen zur Emotionalisierung bei.

Am 8. Dezember 1984 fand ein Sternmarsch der Kraftwerksgegner statt. In diversen Ansprachen erklärte DDr. Nenning: *„Die Hainburg-Gegner müßten nun verstärkt den Kampf aufnehmen",* Dozent Lötsch: *„Wir stehen auf der Schwelle zum totalitären Staat",* und Fritz Zaun von der ALÖ rief zu einem *„breiten Widerstand"*[77] auf.

Am 10. Dezember 1984 wurden die Rodungsarbeiten durch Demonstranten behindert. Die Au-Besetzung dauerte bis zur Ausrufung einer einjährigen Denkpause durch Bundeskanzler Sinowatz am 4. Jänner 1985 an. Ohne auf die Details der Au-Besetzer einzugehen, sollte an Hand von Medienberichten eine Charakteristik der Au-Besetzer gegeben werden.

Gerhard Heilingbrunner vom Büro des Volksbegehrens: „Wir haben einen Konflikt nie gewünscht – aber ich fürchte, daß es zu Konfrontationen kommen wird wie bei der Aufstellung der Pershing-II-Raketen in der BRD."

Am 10. Dezember 1984 rief die österreichische Hochschülerschaft alle Studierenden zu einem Hörerstreik auf, um sich an den gewaltfreien Au-Rettungsaktionen zu beteiligen.[78]

Im Rahmen einer parlamentarischen Debatte stellte der FP-Abgeordnete Walter Grabher-Meyer fest: *„Etliche dieser Leute wollen die demokratische Verfassung unterminieren. Man dürfe aber nicht alle Umweltschützer in einen Topf werfen".*[79]

Der Klubobmann der SPÖ-Niederösterreich, Hermann Lechner, warnte eindringlich vor einer *„unheiligen Allianz zwischen rechten und linken Extremisten, zwischen Berufsrevolutionären und Unverbesserlichen."*[79]

75) Kurier vom 6. Dezember 1984.
76) APA-Meldung, 6. Dezember 1984.
77) APA-Meldung, 8. Dezember 1984.
78) APA-Meldung, 10. Dezember 1984.
79) APA-Meldung, 11. Dezember 1984.

Tausende kamen in die Hainburger Au zu einem friedlichen Aufstand gegen das Diktat der Macht

Lassen uns nicht unterkriegen!

Lit 1000.– Din 90.– Dr 90.– DM 2.– sfr 1.90

Montag, 10. Dez. 1984 / Nr. 8816, S 5.–

Neue Kronen Zeitung
UNABHÄNGIG

Wien 19, Muthgasse 2, Telefon 36 01-0

SPORT

Alpine versagen – Felder triumphiert

Während Österreichs große Skigemeinde über das Versagen der Alpinen (noch immer keine Plazierung unter den ersten drei eines Weltcuprennens!) rätselt, triumphieren die Springer: In Thunder Bay (Kanada) gewann der 22jährige Tiroler Andreas Felder überlegen das erste Weltcupspringen, Ernst Vettori wur-

Land[illegible] inland-Pfalz amtierte: „Bei allen örtlichen und regionalen Unterschieden kann man heute sagen, daß in allen Landesverbänden und bundesweit bei den Grünen sich diejenigen Kräfte durchgesetzt haben, die letztlich eine andere Republik wollen. Um eine ökologische Politik im Interesse aller geht es diesen Leuten nicht."

Bündnis JES-Aktionsgemeinschaft zerbrochen

Hainburg-Aktionen der ÖH spalten nun auch Studenten

WIEN. Ein Krach wegen Hainburg hat Dienstag das ÖH-Bündnis zwischen der JES und der Aktionsgemeinschaft [illegible]

POLIT[illegible]

Blecha: Aubesetzer schickten Halbwüchsige gegen Exekutive vorau[illegible]

Widerstand nicht mehr „passiv"

[illegible] sind Montag vom passiven, ge- den passiven Widerstand [illegible] und sind [illegible] offensiven

Nach ÖGB-Gipfel: Solidaritätsaktionen statt Demonstration in der Au

Sinowatz verurteilt „Kinderkreuzzug"

WIEN (AZ). Ein Gewerkschaftsgipfel hat Dienstag nach einer mehrstündigen Sitzung die für heute Mittwoch geplante Demonstration in der Hainburger Au abgesagt. Man will aber daß d[illegible]

Unter dem Titel *„Ausländische Demonstranten in die Hainburger-Au"* wurde in einer offiziellen Aussendung des Innenministeriums festgehalten: *„Seit Beginn der illegalen Demonstrationen halte sich eine größere Anzahl ausländischer Teilnehmer im Augebiet auf. Heute (12. Dezember 1984) seien weitere drei Autobusse mit bundesdeutschem Kennzeichen und 180 Passagieren im Demonstrationsgebiet eingetroffen".*[80]

Die Studentenvertretung der pädagogischen Akademie des Bundes in Wien hatte als Protest gegen Rodungen in der Au einen vorläufigen unbegrenzten Vorlesungs- und Seminar-Boykott beschlossen.[80]

„In den Vormittagsstunden des 13. Dezember 1984 trafen rund 20 Autobusse mit weiteren Naturschützern ein, darunter auch zwei Schulklassen, nachmittags kamen 250 Schüler aus Wiener Gymnasien."[81] „Vorlesungen werden in die Au verlegt."[82]

Katholische und evangelische Jugendorganisationen sowie Funktionäre der *„gewerkschaftlichen Einheit"* solidarisierten sich mit den Aubesetzern.[83]

Der FP-Abgeordnete Friedrich Probst erklärte zu den Hainburg-Demonstranten: *„Es handle sich nicht nur um einige wenige ferngesteuerte Querulanten, sondern um tausende Idealisten jeden Alters und jeder Berufsgruppe".*[83]

Die Industriellenvereinigung sprach in einer Aussendung von *„grün-alternativer Militanz"* und von *„bekannten Aktionsmustern eines neuen 'Grün-Militarismus'."*[83]

Freda Meissner-Blau über die Au-Besetzer: *„Wir sind kein Politzentral-Komitee, wir sind keine Partei, sondern eine spontane Bewegung".*[83]

Am 17. Dezember 1984 nahm Innenminister Karl Blecha in einem Interview zu den Au-Besetzern Stellung, neben *„Halbwüchsigen"* wurde *„eine namhafte Zahl von Kraftfahrzeugen mit italienischem Kennzeichen festgestellt, es seien sehr umfangreiche Hilfssendungen aus der Schweiz eingetroffen und vom Anfang an befanden sich auch deutsche Staatsbürger unter den Demonstranten".*[84]

Im Rahmen einer Betriebsrätekonferenz in Hainburg wurde von AK-Präsident Josef Hesoun auf *„eine unheilige Allianz"* hingewiesen, *„in der sich auch Kommunisten und eine offenbar von Lybiens Staatschef Gaddafi finanzierte Zeitschrift stark machten".*[84]

Ein Sprecher des Innenministeriums verglich die Taktik der Demonstranten mit der *„Khomeini-Strategie"*, weil Halbwüchsige gegen die Sicherheitskräfte vorgeschickt werden.[84]

Bundeskanzler Sinowatz stellte nach einer Ministerratssitzung am 18. Dezember 1984 zu der Aubesetzung klar, *„daß die Vorgangsweise der Besetzer, Okkupanten und Belagerer in der Au nicht nur gesetzwidrig ist, sondern von den Drahtziehern militärisch vorbereitet und durchgezogen wird".*
Er sprach in diesem Zusammenhang von einem *„Kinderkreuzzug"* und verurteilte die *„Teilnahme radikaler ausländischer Gruppen"* auf das schärfste.[85]

80) APA-Meldung, 12. Dezember 1984.
81) Kronen-Zeitung vom 14. Dezember 1984.
82) Kronen-Zeitung vom 12. Dezember 1984.
83) APA-Meldung, 13. Dezember 1984.
84) APA-Meldung, 17. Dezember 1984.
84) APA-Meldung, 17. Dezember 1984.
85) APA-Meldung, 18. Dezember 1984.

WARUM NICHT KADHAFI?

Von der Presse und anderen Freiheiten

Klar und deutlich: MOZ hat Unterstützung aus Libyen bekommen – zur Absicherung des Starts.

Wir glauben, daß eines der wesentlichen Merkmale der neuen grün-alternativen Bewegung Ehrlichkeit und Offenheit ist. Dazu stehen wir.

Mir als einem der Gesellschafter und Geschäftsführer unseres Verlages war von Anfang an klar, daß sich in Österreich kein Startkapital für ein inhaltlich und gestalterisch anspruchsvolles Grünmagazin auftreiben

Wir glauben nicht an das Medienmonster Kadhafi

läßt. Eine abwartende bis ablehnende Haltung durch die Alt-Parteien war zu erwarten. Nachdem die Alt-Parteien in den letzten Jahrzehnten den Staat aufgefressen haben und man in unserem Land keinen Schritt tun kann, ohne auf die Parteimoloche zu stoßen, war für uns eines klar: Uns legt niemand die Rutsch'n für Inserate, wir müssen hart und zäh um Leser kämpfen, damit wir ein Faktor werden in Österreich, an dem niemand vorbei kann, auch nicht die Werbewirtschaft. Wir haben nicht nur Geld genommen, im Gegenteil, wir haben sogar darum ersucht, denn eine österreichische Quelle hätte uns nie diese Unabhängigkeit gewähren können. Denn die versteinerten Alt-Parteien kontrollieren in diesem Land so gut wie alles: Banken, Genossenschaften, Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, ja selbst

„Eine Breitseite gegen die Grünen und MOZ" (Kurier vom 21. 10. 84)

VON SEPP AUER, GESCHÄFTSFÜHRER

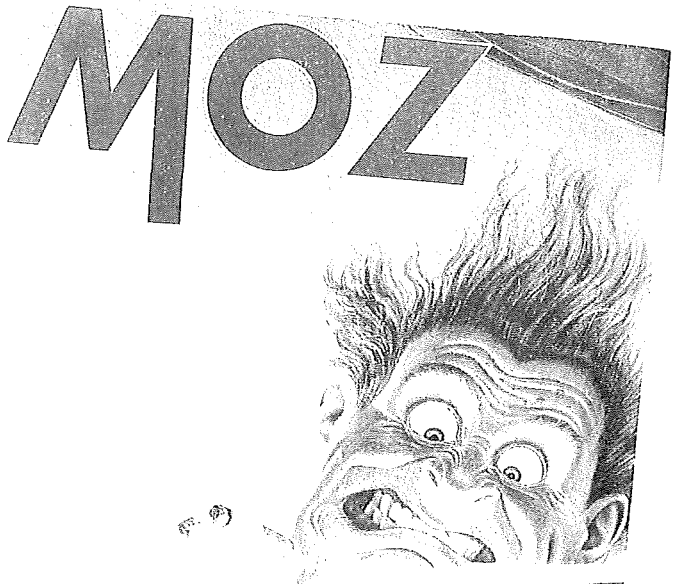
ge Anmerkungen setzen, weil wir nicht an das Medienmonster Kadhafi glauben:

1. Libyen war von 1911 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine italienische Kolonie. Libyer wurden von ihren Feldern und aus ihren Häusern vertrieben, um italienischen Siedlern Platz zu machen. In den italienischen Konzentrationslagern in der Wüste starben – die genaue Zahl wird sich nie feststellen lassen – hunderttausende Libyer, wobei die damalige Gesamtbevölke-

Die Gr
die lib
woller

rung
lag.
Hol

2.
w
i



Schüller tritt aus Protest zurück

Nö. Sicherheitsdirektor will wegen Hainburger Au vorzeitig in Pension gehen

Dr. Emil Schüller, Sicherheitsdirektor für das Bundesland Niederösterreich, hat seinen Rücktritt angekündigt und in einer gestern beim Innenministerium und der niederösterreichischen

rungen der Sicherheitsexekutive mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen. Er habe „Verständnis für den Groll des Sicherheitsdirektors, wenn plötzlich der niederösterreichi-

daß einige „gewaltfrei" agierende Anstürmer ein

davontragen".

Landeshauptmann

wig, der das Pe

ters bereits a

In einem Rundfunk-Interview erklärte Innenminister Karl Blecha: *„Es seien nicht nur idealistische junge Naturschützer, sondern extreme Gruppen - Vertreter der rechtsextremistischen Szene und auch anarchistischer Gruppen - festgestellt worden."*[86]

Im Bericht an den Nationalrat gab Bundeskanzler Sinowatz folgende Situationsbeschreibung zum 19. Dezember 1984 ab: *„Die Ereignisse haben Gegner und Befürworter des projektierten Kraftwerksbaues überrascht und allseits Betroffenheit verursacht: Entwicklungen, wie wir sie bisher nur aus dem Ausland kannten, waren plötzlich auch in Österreich möglich geworden".*[87]

Abschließend die Beurteilung des niederösterreichischen Sicherheitsdirektors, Dr. Emil Schüller:[88] er spricht von den *„Auschützern als bescheidene Minderheit"* und zitiert dann den deutschen grünen Aktivisten, Horst Paulitz: *„Bei allen örtlichen und regionalen Unterschieden kann man heute sagen, daß in allen Landesverbänden und bundesweit bei den Grünen sich diejenigen Kräfte durchgesetzt haben, die letztlich eine andere Republik wollen. Um eine ökologische Politik im Interesse aller geht es diesen Leuten nicht".*

86) APA-Meldung, 19. Dezember 1984.
87) Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat vom 23. Jänner 1985.
88) Mitteilung des Sicherheitsdirektors von Niederösterreich vom 10. Jänner 1985.

AK-Präsident Hesoun besuchte mit einer Delegation von Betriebsräten die Arbeiter des Rodungstrupps.

KURIER fordert: Minister Haiden soll endlich klare Entscheidung gegen das Projekt fällen

Warum das Donau-Kraftwerk Hainburg nicht gebaut werden darf

Durch Kraftwerksbau droht Umweltbombe

3 Tonnen Arsen sollen in die Hainburger Au!

Beim Bau des Kraftwerkes Hainburg würde soviel Arsen in den Donauauen abgelagert werden, daß man damit nahezu die gesam-

...chützer von Hainburg ...

Zuerst wurden sie in der Au von Genda...

Führender Spezialist widerlegt Argumente der Hainburg-Planer:

Auwälder werden zugrunde gehen, Grundwasserspiegel wird sinken!

...nge Expe...n nicht einig sind

...rmauer gegen 15 Meter ...asserstand in der Stadt

Hainburg in Kürze unter der Donau?

KURIER

Hainburg: Keine Hygienegutachten Würde der Stausee Seuchenherd?

Es wurden schon Millionen für das Bewilligungsverfahren des ...

Die Umweltschützer ... Angst. Vom Bau des Kraftwerkes Hainburg ist eine idyllische Dschungellandschaft bedroht, die man von

Will Wirtschaftspolitik ohne Naturzerstörung – Inge Rauscher

Dammhöhe: 153.2m

Stauziel: 152.0m

PETER KUNZE

ZUSAMMENHÄNGE

Alarmsignal die Donau stirbt!

Kraftwerksprojekt schiebt die Donau 650 Meter von Hainburg weg!

Jetzt ist's klar: Europas letzter Au-Urwald stirbt

Schwere Bedenken gegen Hainburg im Stadtsenat

Die Angst um Wiens Trinkwasser steigt

Die Angst vor den Auswirkungen des Kraftwerkes Hainburg auf das Wiener Trinkwasser wird immer größer! Dienstag einigten sich die SPÖ und die ÖVP in der Wie-...

Bevölkerung im Marchfeld weiß nicht, wie sie bei Überschwemmungen geschützt wird:

„Wir leben in Angst vor der Flut"

Unruhe und Angst vor künftigen Überschwemmungen hat das umstrittene Kraftwerksprojekt bei Hainburg auch in der Bevölkerung der donaunahen Marchfeld...

**„Liefern Sie die Bilder,
ich liefere den Krieg."**

W. R. Hearst[89]

2. AM BEISPIEL HAINBURG: MEDIENPOLITIK & POLITIK DER MEDIEN

Die Haltung der Medien, insbesondere der beiden größten österreichischen Tageszeitungen - *„Kurier"* und *„Kronen-Zeitung"* - zum Kraftwerk Hainburg war durch ein hohes Maß an Parteilichkeit und Emotionalisierung geprägt. Die ausschließlich subjektive Darstellung des Sachverhaltes unter dem Deckmantel einer objektiven bzw. unabhängigen Berichterstattung und die Führungsrolle bei der Hainurg-Kampagne hatten ein in Österreich noch nie dagewesenes Ausmaß, die Bevölkerung zu beeinflussen, angenommen.
Eine Auswahl an Zeitungsartikeln soll diese Feststellung illustrieren. Von Falschmeldungen bis zu vordergründigen persönlichen Kommentaren, von Stimmungsbildern aus der Au bis zur Kriegsberichterstattung reichte die Palette der Hainburg-Berichte. Die Hintergründe und Motive dieser Zeitungskampagne blieben bisher im verborgenen. Die kritische Distanz mancher Journalisten zur Hainburg-Berichterstattung wie auch eine Reihe von Vermutungen über das aus wirtschaftlichen Überlegungen erfolgte Engagement der Zeitungen sollen Anhaltspunkte zur Meinungsbildung sein, denn *„mit der veröffentlichten Meinung kann man vielleicht eine Weile manipulieren - eine öffentliche Meinung wird deshalb noch lange nicht daraus".*[90]

89) Hearst, William Randolph, amerik. Zeitungsverleger, 1863 - 1951, besaß als reichster Zeitungsverleger der Welt etwa 38 Zeitungen und Magazine. Er steigerte den Absatz durch sensationelle Aufmachung, gewandte Werbung, Anstellung hochbezahlter Journalisten (Brockhaus).

2.1 Auf Sensationssuche

Die Berichterstattung über das Kraftwerksprojekt Hainburg reicht bis in das Jahr 1980 zurück. Unter dem Titel *„Groteske bei Hainburg"* wurde vom *„Kurier"* die Fehlplanung bei der Donaubrücke angeprangert, die bei dem Bau des Kraftwerkes um 6 m angehoben werden muß. Es wurde aber bereits damals festgestellt: *„Es geht aber um mehr als die Brücke: um die Rettung des Auwaldes."*[91] Neben dem Auwald in Stopfenreuth galt auch dem Ortsbild von Hainburg die Sorge des *„Kuriers"*. Unter dem Titel *„Hainburg in Kürze unter der Donau?"*[92] wurde folgende Zukunftsvision vorgestellt: *„. . . . , dann wird die alte Stadt Hainburg hinter Ufermauern verschwinden, die ihr die Sonne verdunkeln: bis zu 20 m!"*

Aufgrund eines Dementis der DOKW berief sich der *„Kurier"* einige Zeit später auf sein ursprüngliches Argument:[93] *„Jetzt ist's klar: Europas letzter Au-Urwald stirbt."* Dieses Engagement des *„Kuriers"* ist nicht verwunderlich, da in den letzten Jahren die Tageszeitungen auf einen Gleichklang in ihren Tagesthemen Bedacht genommen hatten. Nachdem sich die *„Kronen-Zeitung"* massiv gegen die *„Verbauung des Kamptales"* eingesetzt hatte, mußte auch der *„Kurier"* seinen Lesern ein Umweltthema anbieten.

Da in den Jahren 1981 und 1982 noch keine konkreten Projektunterlagen vorhanden waren, war es verlockend, in Form eines Sensationsjournalismus, Spekulationen und Mutmaßungen über das Kraftwerk Hainburg anzubieten.

90) Welt der Arbeit Nr. 2, Februar 1985.
91) Kurier vom 27. September 1980.
92) Kurier vom 3. April 1981.
93) Kurier vom 21. April 1981.

Dazu zählten die Fragen der Trinkwasserversorgung, des Grundwasserspiegels wie auch die Bewertung des Auwaldes.

Die volle Sympathie der Journalisten galt der Bürgerinitiative, die im Gegensatz zu einem Großunternehmen, wie der DOKW, mit gefühlsbetonten Argumenten dargestellt wurde. 1982 berichtete der *„Kurier"* dazu: *„Nur einige wenige Denkende unter uns technikbesessenen Selbstmördern wollen all dies der Nachwelt erhalten . . . "*[94]

War bis Mitte 1983 der *„Kurier"* beinahe das alleinige Sprachrohr der Kraftwerksgegner, so schaltete sich im Juli 1983 die *„Kronen-Zeitung"* massiv in die *„Hainburg-Berichterstattung"* ein; mit Schlagzeilen, wie *„Donaukraftwerk bei Hainburg wird zur politischen Bombe!"*[95] und *„Warum brauchen wir überhaupt das Kraftwerk Hainburg?"*[96], wurde eine intensive Kampagne gegen Hainburg eingeleitet. Beinahe täglich wurde über das Kraftwerk wenig sachlich, dafür aber umso emotioneller, berichtet.

Mitleid und Sympathie mit Kraftwerksgegnern wurden vor allem durch persönlich gefärbte Aussagen - *„wir haben alle große Angst"*[97] oder *„3 Tonnen Arsen sollen in die Hainburger-Au. Damit könnte man die österreichische Bevölkerung fast vollständig ausrotten . . . . "*[98] - einem breiten Leserpublikum nahegebracht, die Richtigkeit der Aussagen war dabei zweitrangig.

Diese massive Unterstützung der Kraftwerksgegner durch die *„Kronen-Zeitung"* hatte zur Folge, daß auch der *„Kurier"* noch klarer zum Kraftwerk Hainburg Stellung nehmen mußte.

Im Juli wurde deshalb eine Artikelserie[99] gestartet mit dem Titel *„Warum das Donaukraftwerk Hainburg nicht gebaut werden darf"*. Die zentrale Forderung lautete: *„Minister Haiden, sagen Sie nein zu Hainburg."*
Auch von den *„Kronen-Zeitung"*-Verantwortlichen wurde daraufhin die Hainburg-Kampagne intensiviert. Ab August 1983 reichte ihre Zeitung nicht mehr aus, um das Umweltbewußtsein der Österreicher zu fördern und ihr eigenes zu dokumentieren. Auf 90 großflächigen Plakaten (Ausmaß: 15,12 x 2,38 m) wurde der Slogan *„Rettet die Donau"*, unterschrieben *„Neue Kronen-Zeitung"*, zu einem Startschuß für eine der größten Zeitungskampagnen in Österreich.[100]

2.2 Die „Hainburg-Kampagne"

Die Charakteristik dieser Kampagne war, daß sie, vor allem auf eine vereinfachte Darstellung der Probleme ausgerichtet, für Nuancen in der Berichterstattung keinen Platz gefunden hat. Ebenso wie die Sachlichkeit zu kurz kam, wurden die Personen, die zu Hainburg Stellung bezogen, kategorisiert: *„Wer gegen Hainburg ist, ist friedfertig, human und weiß um den Wert der Natur. Wer dafür ist, will das Land verbetonieren. Kraftwerksbauer haben 'Lobbies'. Grüne haben schlicht und einfach Recht."*[101]

94) Kurier vom 13. August 1982.
95) Kronen-Zeitung vom 16. Juli 1983.
96) Kronen-Zeitung vom 24. Juli 1983.
97) Kronen-Zeitung vom 26. Juli 1983.
98) Kronen-Zeitung vom 5. August 1983.
99) Kurier vom 28. Juli 1983.
100) Profil Nr. 13 vom 16. August 1984.
101) Profil Nr. 46 vom 14. November 1983.

> Aber derzeit sind manche Grüne dabei, aus ihrem Anliegen die umgekehrte Weltanschauung zu machen: Wer gegen Hainburg ist, ist friedfertig, human und weiß um den Wert der Natur. Wer dafür ist, will das Land verbetonieren.
>
> Kraftwerksbauer haben „Lobbies". Grüne haben schlicht und einfach recht.

Die *„Kronen-Zeitung"* als *„Zentralorgan"* der Kraftwerksgegner trug auch zur *„Ideologisierung"* des Konfliktes bei. Eine Leseprobe dieser Hetzkampagne:[102] *„Umdenken - bevor die Donau stirbt. Humus statt Haß, Bäume statt Beton. Wozu zweifellos gehört, daß die Angst um Arbeitsplätze von Demagogen nicht mehr mißbraucht wird . . . Somit bekommt die Entscheidung gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg grundsätzliche Bedeutung. Weil wir doch alle nicht wollen, daß die Zukunft bereits Vergangenheit ist. Und das Leben für unsere Kinder zur Hölle wird."*

Neben den täglichen Zeitungsberichten sorgte die *„Kronen-Zeitung"* auch für finanzielle Unterstützung; ein Helnwein-Bild mit dem Motiv eines Ertrinkenden wurde für Plakate und Aufkleber verwendet. Der Reinerlös wurde der Bürgerinitiative und dem *„World Wild Life Fund"* zur Verfügung gestellt. Die *„Kronen-Zeitung"* versuchte, ihr Engagement so rechtzufertigen: *„Wir von der Kronen-Zeitung sind der Auffassung: Im Sinne der Chancengleichheit ist den vielen Millionen Werbemitteln der E-Wirtschaft etwas entgegenzusetzen. Mit dem Geld sollen dringende organisatorische Ausgaben und vor allem die Kosten für Informationsmaterial bestritten werden."*[103]

Daß die *„Kronen-Zeitung"* auch gegenüber Eigenlob empfänglich gewesen war und in ihrem Engagement zur Selbstgefälligkeit geneigt hat, zeigte, daß sie z. B. Hainburg-Gegnern folgenden Satz in den Mund gelegt hat: *„Mit dem Helnwein-Plakat der 'Krone' bekommen wir weit mehr Unterstützung."*[104]

> **Wir von der „Kronen Zeitung" sind der Auffassung: Im Sinne der Chancengleichheit ist den vielen Millionen Werbemitteln der E-Wirtschaft etwas entgegenzusetzen. Denn bisher mußten die Idealisten der Bürgerinitativen alle Ausgaben aus ihrer eigenen Tasche bestreiten. Erst seit das Thema „Donaukraftwerk Hainburg" zum politischen Dauerbrenner wurde, fließen auch etwas Spenden aus der Bevölkerung.**

Ein weiteres Merkmal dieser Kampagne war die Unsachlichkeit und der Widerspruch der Aussagen, die einzig dazu dienten, dem Leser gegen das Kraftwerk Hainburg zu emotionalisieren. Die *„Kronen-Zeitung"* berichtete am 26. Juli 1983 unter dem Titel *„Wenn das Kraftwerk gebaut wird, steht Wasser in unseren Kellern"* über die Furcht der Anrainer, daß sich durch den Bau der Grundwasserspiegel kräftig heben könnte.

Gegenteiliger Meinung war man sechs Wochen später. Am 8. September 1983 warnte der deutsche *„Auwaldfachmann"*, Dozent Dister, die *„Auwälder werden zugrundegehen, Grundwasserspiegel wird sinken!"*.

102) Kronen-Zeitung vom 21. August 1983.
103) Kronen-Zeitung vom 5. September 1983.
104) Kronen-Zeitung vom 13. September 1983.

Rettet di
Weiß der Minister, wovon er redet?
Ein ungeheuerlicher Vorfall! Da baut sich der Landwirtschaftsminister Österreichs, Diplomingenieur Günter Haiden, zuständig für die wichtigsten Entscheidungen, was mit Österreichs Gewässern passiert, vor einem ORF-Mikrofon auf und behauptet: Die Ergebnisse der von der „Kronen Zeitung" in Auftrag gegebenen Analysen
der im nächsten
en" unterschreiben!
Peter Handke
Schriftsteller
„Rettet d
Bei den Notaren, in den magistrats
Gemeindeamt können Sie das „Konrad-Lorenz-
„Mein Grund in einem Wort: Instinkt."
Deshalb bin auch ich für das Konrad Lor
Universitätsprofessoren attackieren Brezovszky: Glatter Rechtsbruch!
Hainburg-Gegner mit Konrad-Lorenz-Volksbegehren im Parlament
Bericht auf den Seiten 2 und 3
Die Betonierer haben noch lange nicht gewonnen
1 1000,– Din 90,– Dr 90,– DM 2,– sfr 1,90
Mittwoch, 28. Nov. 1984 / Nr. 8805, S 5,–
Neue Kronen Zeitung
UNABHÄNGIG
en 19, Muthgasse 2, Telefon
bevor es zu spät ist
Rettet die Donau

Warum brauchen wir überhaupt das Donaukraftwerk Hainburg?

Studie beweist: Wir haben selbst in Extremsituationen genug Strom

Wozu brauchen wir überhaupt das Kraftwerk Hainburg? ... 1984 auch ... den Studie der Energieverwertungs... genügend Str...

Donau

Kronen Zeitung

...Donaulandschaft überleben.

„Das Kraftwerk von Hainburg soll helfen, ein Wirtschaftssystem, eine Zivilisation und Wertvorstellung aufrecht zu erhalten, die als falsch und verderbenbringend bereits erkannt wurden. Darum bin ich gegen diesen Bau“

Arik Brauer
Maler

Deshalb bin auch ich für das Konrad Lorenz Volksbegehren. Unterschreiben Sie zwischen 4. und 11. März in I...

Aufkleber für Aktion „Rettet die Donau“ um 10 Schilling zu haben

Heinweins „Notschrei“ als Pickerl Reinerlös für Bürgerinitiativen!

Von Hunderten Plakatwänden prangt seit dem Wochenende das Bild eines um Hilfe schreienden Menschen, das der berühmte Wie... Maler Gottfried Heinwein für die „Kronen-Zeitung“ und die „Rettet die Donau“ geschaffen hat. Von heute an gibt es ... als Aufkleber – zum Preis von nur zehn Schilling. Der ... Bürgerinitiative und den „World Wildlife ...

„Es ist der Notschrei, das Aufbau... eines Menschen, dem das ...was steht“, inter... ...ing Ge...

re Unterschrift gegen das geplante Donaukraftwerk Hainburg, gelei... stet. „Je verfrauter der Slogan „bevor es zu spät ist: Rettet die Donau!“ ret... tet die Auwälder“ in der Öffentlich... keit wird, desto mehr kommt ein ... trozeß der Bewußtseinsbildung in ... Gang.

Mit nur zehn Schilling pro Aufkle... ber können Sie, liebe Leser, dazu beitragen. Der Reinertrag der Pik... kerlaktion, die ab heute, Montag, in allen Trafiken und Verkaufsstellen im Osten Österreichs anläuft, ist zweckgebunden und geht an die beiden Bürgerinitiativen in Hain... burg und im Marchfeld und an das Aktionsbüro des „World Wildlife Fund“ (WWF).

Wir von der „Kronen Zeitung“ sind der Auffassung: Im Sinne der Chancengleichheit ist den vielen Millionen Werbemitteln der E-Wirt... schaft etwas entgegenzusetzen.

Kraftwerksbau: Erbitterter Kampf um die Donauufer

Nach weiteren zwei Wochen lautete die *„Krone"*-Überschrift *„Wir leben in Angst vor der Flut"*. Ohne Bedenken wurde eine Katastrophenstimmung im Falle eines Hochwassers wiedergegeben. Obwohl beim Kraftwerksbau Hochwasserschutzbauten größtmögliche Sicherheit bieten, wurden gegenteilige Meinungen veröffentlicht, wie *„Wir müssen befürchten, daß da ganze Orte weggeschwemmt werden"*.[105]

Vergessen war auch das Eintreten der *„Kronen-Zeitung"* für die Fertigstellung der Südautobahn. Ihr Slogan *„Ja zur Süd"* stand im krassen Gegensatz zur naturverbundenen Enthaltsamkeit. *(„Wie erholsam ein Waldspaziergang ist im Vergleich zu einem Kohlenmonoxydurlaub im Auto an der Grenze.")*[106]

Öffentlichkeitswirksam, zumindest in den Reportagen, war auch die Veranstaltung von Festen, z. B. das Donaufest bei Hainburg, wo erstmals auch Künstler als Meinungsmacher in Erscheinung traten. Gegen das Kraftwerk formierten sich unter Beihilfe der *„Kronen-Zeitung" „Künstler, Politiker, Wissenschafter und Naturfreunde"*.[107]

Die thematischen Schwerpunkte dieser Kampagne wurden vor allem nach dem Grad ihrer Publizität und Stimmungsmache ausgewählt. Furcht und Angst vor dem Kraftwerksprojekt waren die Begleitmotive einer vordergründigen Gegenargumentation. Besonders das Trinkwasserproblem wurde zu einer lebensbedrohenden Katastrophe hochgespielt, dazu einige Schlagzeilen:

„Die Angst um Wiens Trinkwasser steigt!"[108], *„10.000 Tonnen Dreck täglich in die Donau"*[109], „Würde der Stausee Seuchenherd?"[110]

Rigoros wurde aber mit jenen verfahren, die an den Argumenten und Gutachten der Kraftwerksgegner zweifelten. Die Argumente der Kraftwerksbefürworter waren pauschal *„Propaganda-Tricks"*[111] und Politiker, die zu den *„Krone"*-Untersuchungen berechtigte Zweifel anmeldeten oder zum Bau des Kraftwerkes standen, wurden abqualifiziert, wie z. B. Landwirtschaftsminister Haiden *(„Weiß der Minister, wovon er redet?")*[112] oder Bundeskanzler Sinowatz *(„Sinowatz ganz stur.")*[113]

Ab Mai 1984, als das Konrad-Lorenz-Volksbegehren ins Leben gerufen wurde, war die *„Kronen-Zeitung"* erneut Hauptträger der publizistischen Aktivitäten. Erneut wurden prominente Künstler, Sportler und Politiker als Werbeträger für das Volksbegehren gewonnen.

Die Gründe, warum sie das Konrad-Lorenz-Volksbegehren befürworteten, waren so unterschiedlich wie ihre Künste.
Peter Handke z. B. ließ sich auf keine sachliche Diskussion ein *(„Mein Grund in einem Wort: Instinkt")* oder Harti Weirather, der in keinerlei Gewissenskonflikt zu geraten schien, wenn er auf gerodeten *„Autobahnen"* zu Tal rast, denn er forderte, *„Man sollte mit allen Mitteln verhindern, daß naturbelassene Gegenden zerstört werden"*. Oder Hans Weigel, der sich auf gute Freunde verläßt *(„Als Verehrer des großen Konrad Lorenz und als Freund Günther Nennings bin ich für alles, was*

105) Kronen-Zeitung vom 19. September 1983.
106) Kronen-Zeitung vom 20. Mai 1984.
107) Kronen-Zeitung vom 26. September 1983.
108) Kronen-Zeitung vom 11. Jänner 1984.
109) Kronen-Zeitung vom 17. Jänner 1984.
110) Kronen-Zeitung vom 12. März 1984.
111) Kronen-Zeitung vom 9. April 1984.
112) Kronen-Zeitung vom 18. Dezember 1983.
113) Kronen-Zeitung vom 7. Mai 1984.

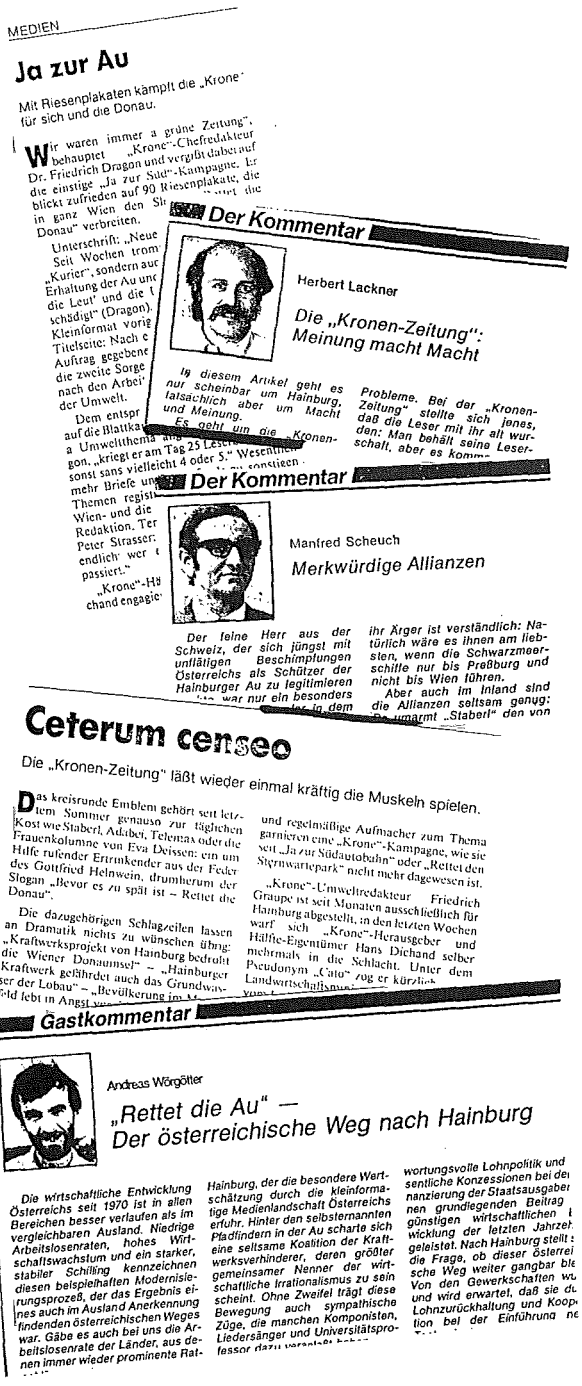
sie für richtig halten"). Aussagen, wie die des Malers Arik Brauer, dessen Aufruf *„Jetzt is Schluß mi'n Bildermaln und Liedlsingen, jetzt ist ausgmaln und ausgsungen, jetzt muaß ma'n Kopf hinhalten!"*, führten zu kritischen Kommentaren.[114)]

„Es ist nicht einsichtig, warum einerseits das Durchsetzen einer politischen Forderung und andererseits das Verfertigen künstlerischer Gegenstände sich irgendwie ausschließen. Nebenbei bemerkt, kommt die Masse der Mitbürger gar nicht in die Lage, etwas hinwerfen zu können, worum sie angeblich froh sein muß und womit sie viel weniger verdient als Brauer, nämlich den Beruf."[114)]

Damit konnten vor allem jene angesprochen werden, die sich als *„neuen Mittelstand"* empfanden,[115)] *„dazu gehören Selbständige, höhere Angestellte, Studenten sowie Lehrer aller Kategorien".*

Manfred Scheuch meinte unter dem Titel *„Hainburg und die Arbeiter"* dazu:[116)] *„Die neuen Apostel der Askese, die diese Frage mit 'Sparen' lösen wollen, vergessen dazu zu sagen, daß dies vor allem zu Lasten der 'kleinen Leute' ginge, wenn es etwas bringen soll. Die Arbeiter verstehen das besser als jene, die ihnen das verschweigen wollen."*

Noch deutlicher formulierte es Andreas Wörgötter in der AZ: *„Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm, heißt es bei B. Brecht, und nur wer im Wohlstand lebt, kann sich über die unsympathischen ökonomischen Sachzwänge großzügig hinwegsetzen."*[117)]



MEDIEN

Ja zur Au

Mit Riesenplakaten kämpft die „Krone" für sich und die Donau.

Wir waren immer a grüne Zeitung", behauptet „Krone"-Chefredakteur Dr. Friedrich Dragon und vergißt dabei auf die einstige „Ja zur Süd"-Kampagne. Er blickt zufrieden auf 90 Riesenplakate, die in ganz Wien den Sl... Donau" verbreiten.

Unterschrift: „Neue ... Seit Wochen trom... „Kurier", sondern auc... Erhaltung der Au unc... die Leut' und die ... schädigt" (Dragon). ... Kleinformat vorig... Titelseite: Nach e... Auftrag gegebene ... die zweite Sorge ... nach den Arbei... der Umwelt.

Dem entspr... auf die Blattka... a Umweltthema ... gon, „kriegt er am Tag 25 Lese... sonst sans vielleicht 4 oder 5." Wesentlich ... mehr Briefe un... Themen regist... Wien- und die ... Redaktion. Ter... Peter Strasser: ... endlich wer ... passiert."

„Krone"-Hä... chand engagie...

Der Kommentar

Herbert Lackner

Die „Kronen-Zeitung": Meinung macht Macht

In diesem Artikel geht es nur scheinbar um Hainburg, tatsächlich aber um Macht und Meinung. Es geht um die „Kronen-Zeitung" und ihre Probleme. Bei der „Kronen-Zeitung" stellte sich jenes, daß die Leser mit ihr alt wurden: Man behält seine Leserschaft, aber es komm...

Der Kommentar

Manfred Scheuch

Merkwürdige Allianzen

Der feine Herr aus der Schweiz, der sich jüngst mit unflätigen Beschimpfungen Österreichs als Schützer der Hainburger Au zu legitimieren ... war nur ein besonders ... in dem ihr Ärger ist verständlich: Natürlich wäre es ihnen am liebsten, wenn die Schwarzmeerschiffe nur bis Preßburg und nicht bis Wien führen. Aber auch im Inland sind die Allianzen seltsam genug: So umarmt „Staberl" den von

Ceterum censeo

Die „Kronen-Zeitung" läßt wieder einmal kräftig die Muskeln spielen.

Das kreisrunde Emblem gehört seit letztem Sommer genauso zur täglichen Kost wie Staberl, Adabei, Telefonat oder die Frauenkolumne von Eva Deissen: ein um Hilfe rufender Ertrinkender aus der Feder des Gottfried Helnwein, drumherum der Slogan „Bevor es zu spät ist – Rettet die Donau".

Die dazugehörigen Schlagzeilen lassen an Dramatik nichts zu wünschen übrig: „Kraftwerksprojekt von Hainburg bedroht die Wiener Donauinsel" – „Hainburger Kraftwerk gefährdet auch das Grundwasser der Lobau" – „Bevölkerung im M... feld lebt in Angst ...

und regelmäßige Aufmacher zum Thema garnieren eine „Krone"-Kampagne, wie sie seit „Ja zur Südautobahn" oder „Rettet den Sternwartepark" nicht mehr dagewesen ist.

„Krone"-Umweltredakteur Friedrich Graupe ist seit Monaten ausschließlich für Hainburg abgestellt, in den letzten Wochen warf sich „Krone"-Herausgeber und Hälfte-Eigentümer Hans Dichand selber mehrmals in die Schlacht. Unter dem Pseudonym „Cato" zog er kürzlich ... Landwartschaftsmi...

Gastkommentar

Andreas Wörgötter

„Rettet die Au" — Der österreichische Weg nach Hainburg

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs seit 1970 ist in allen Bereichen besser verlaufen als im vergleichbaren Ausland. Niedrige Arbeitslosenraten, hohes Wirtschaftswachstum und ein starker, stabiler Schilling kennzeichnen diesen beispielhaften Modernisierungsprozeß, der das Ergebnis eines auch im Ausland Anerkennung findenden österreichischen Weges war. Gäbe es auch bei uns die Arbeitslosenrate der Länder, aus denen immer wieder prominente Ratgeber der Lobau" ... Hainburg, der die besondere Wertschätzung durch die kleinformatige Medienlandschaft Österreichs erfuhr. Hinter den selbsternannten Pfadfindern in der Au scharte sich eine seltsame Koalition der Kraftwerksverhinderer, deren größter gemeinsamer Nenner der wirtschaftliche Irrationalismus zu sein scheint. Ohne Zweifel trägt diese Bewegung auch sympathische Züge, die manchen Komponisten, Liedersänger und Universitätsprofessor dazu ... wortungsvolle Lohnpolitik und sentliche Konzessionen bei der nanzierung der Staatsausgaben nen grundlegenden Beitrag günstigen wirtschaftlichen ... wicklung der letzten Jahrzeh... geleistet. Nach Hainburg stellt ... die Frage, ob dieser österrei... sche Weg weiter gangbar ble... Von den Gewerkschaften wu... und wird erwartet, daß sie du... Lohnzurückhaltung und Koop... tion bei der Einführung ne...

114) Profil Nr. 3, vom 14. Jänner 1985.
114) Profil Nr. 3, vom 14. Jänner 1985.
115) AZ vom 10. Jänner 1985.
116) AZ vom 10. Jänner 1985.
117) AZ vom 16. Jänner 1985.

FREITAG, 14. DEZEMBER 19..

Situation in der Au nach Hainburg-Gipfel in Wien beruhigt

Steger: Zeit arbeitet nun für die Vernunft

- Nenning teilt Schuld am Konflikt
- Regierung verhandelte 10 Stunden

Nach ... zweiten Gip... fel der ... treten ... renz- ... gibt ... ge... Z... n... Während der „Waffenstill- ...stand" zwischen DOKW und ... der einen ... ben", beharrt Nenning auf der Behauptung, daß es bei der Erstellung der Bescheide pr... Hainburg zu mehr Rechtsb... kommen sei als bei ...

Polizei bereitete die Räumung vor

SAMSTAG, 15. DEZEMBER 1984 CHRONIK KURIER SEITE 15

Wochenende in der Au: Zehntausend erwartet!

KURIER CHRONIK

- Werden Telefone jetzt abgehört?

Drei Tage vor Ablauf ... Eine Straßensperre ...

KURIER-Bilder: Gerhard Sokol

Naturschützer: Sie wollen uns aushungern!

In der kältesten Nacht seit Beginn der Demonstration in der Hainburger Au blockierten 50 Gendarmen Donnerstag um 3.30 Uhr früh ... die Naturschützer und ... den W...

schuhe dringend benötigt. Täglich wer... den 40 Kilogramm Wurst und 200 Lite... Suppe verbraucht, ferner 240 Lit... und 400 Kilogramm Oran...

ablehnen. Die Vorsprache einer Gendar... meriedelegation im KURIER „kann nicht sein" (Rudas). Daß Gendarmen Demon... stranten attackieren, „kann nicht ... (Rudas). Ein Gendarm würde ohne ... auf Seite der Auwaldretter stehen ... weil's nicht sein darf ... durchgel...

Au ist Sperrgebiet

2.3 „Die Schlacht um Hainburg" - Beispiel für eine Kriegsberichterstattung

Die Vorfälle in der Stopfenreuther-Au im Dezember 1984 waren wesentlich durch die Medienberichterstattung geprägt. In den Wochen davor wurden bereits die emotionalen Vorbereitungen für diese Auseinandersetzungen getroffen. Diffamierungen von Hainburg-Befürwortern waren an der Tagesordnung. Unter dem Vorwand eines Rechtsbruches und Slogans wie *„Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht"* wurde die Stimmung angeheizt. *„Die Betonierer haben noch lange nicht gewonnen!"*[118] oder *„Betonierer können für Erhaltung der Au nicht garantieren!"*[119] oder *„Eiserner Vorhang um Baustelle Hainburg!"*[120] waren die provozierenden Schlagzeilen.

Die Diktion der Berichte war von einer bewußt gesteuerten Voreingenommenheit und Sensationssucht geprägt, ihr Inhalt war verfälscht. So stellte der Sicherheitsdirektor Niederösterreichs, Dr. Emil Schüller, fest: *„Vor allem die 'Kronen-Zeitung' und der 'Kurier' haben mehrere Wochen hindurch bedenkenlos die echten Zahlen (der Aubesetzer) bis zum Fünffachen und oft noch darüber hinaus multipliziert."*[121] Die parteiische Haltung der Zeitungen führte zu einer Umkehr der Fakten, plötzlich war die unrechtmäßige Aubesetzung aufgrund eines *„Naturrechtes"* legal und die Exekutivorgane, die rechtskräftige Bescheide zu vollziehen hatten, im Unrecht.

Am 11. Dezember 1984 wurde von der *„Kronen-Zeitung"* die Situation in Stopfenreuth so beschrieben, als wäre die Au ein Kriegsschauplatz, *„Hunderte Gendarmen kämpften Montag nachmittag auf brutale Weise Meter für Meter den Weg für die Zerstörer der Hainburger-Au frei!"*[122]

DER SICHERHEITSDIREKTOR
FÜR DAS BUNDESLAND
NIEDERÖSTERREICH

WIEN, 10.1.1985
1030, III., Oberzellergasse 1
Tel. 733581

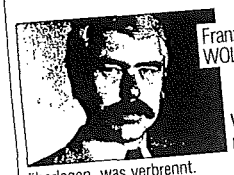
M I T T E I L U N G

Ein Umstand erscheint mir jedenfalls - nebst vielen anderen Aspekten, die in diesem Zusammenhang noch zu erwähnen wären - überaus bemerkenswert: daß es nämlich neben der KRONENZEITUNG und dem KURIER, die ganz offensichtlich spezielle Interessen verfolgten, ausgerechnet die VOLKSSTIMME war, welche die ganze Zeit hindurch sich so besonders stark gegen das Zustandekommen des HAINBURG-Projektes engagiert und vehement gegen den Polizeieinsatz gewettert hatte, wo man doch hätte annehmen müssen, daß diese Zeitung sich eher zum Sprachrohr der vom ÖGB namens der Arbeiterschaft angemeldeten Interessen machen würde. Was da wohl die Motive für diese völlig konträre Haltung gewesen sein mögen ? Vielleicht vermag der dieser Mitteilung beigefügte Abdruck

Als ein von Regierung und Aubesetzern übereinstimmend beschlossener Waffenstillstand durchgeführt wurde, zeigte sich, daß die Kraftwerksgegner diese Zeit zum Ausbau der Organisation und zur Errichtung von Zeltlagern nutzten, gegenüber den sensationshungrigen Zeitungen versuchte man durch gezielte Falschmeldungen, von diesen Vorhaben abzulenken und Mitleid zu wecken. *„Sie wollen uns ausgehungern!"*,[123] war eine der Schlagzeilen.

118) Kronen-Zeitung vom 28. November 1984.
119) Kronen-Zeiutng vom 2. Dezember 1984.
120) Kronen-Zeitung vom 6. Dezember 1984.
121) Welt der Arbeit Nr. 2 vom Februar 1985.
122) Kronen-Zeitung vom 11. Dezember 1984.
123) Kurier vom 14. Dezember 1984.

KOMMENTAR



Franz Ferdinand WOLF

Wer Benzinkanister schleppt, um ein Feuerchen zu machen, sollte auch überlegen, was verbrennt.

VOM RODEN DER FAKTEN

Es war in Tirol, bei einer Diskussion in einer Schule über Medien, Manipulation und was man halt so redet mit Journalisten. Da meldete sich ein herziger Wuschelkopf artig zu Wort und fragte lieb naiv: „Warum berichten Medien eigentlich nie über Positives?"

Die hundert Maturanten demonstrierten Wertewandel und ein neues Lebensgefühl. Sie nickten und murmelten Zustimmung zu dieser Frage, die vor einigen Jahren nur rettungslose Reaktionäre und moralinsäuerliche Medienromantiker gestellt hätten. Damals war beinhartes Hinterfragen gefragt.

Aber jetzt. Positiv? Ja, warum eigentlich nicht?

Ich sprach vom notwendig kritischen Ansatz der Medien, vom Anspruch, die wesentliche Funktion der Kontrolle der Staatsgewalten auszuüben, von der Verpflichtung, Dinge und Umstände öffentlich zu machen und vom (wenn man ehrlich ist bestenfalls) Versuch, die Wirklichkeit zu spiegeln und darzustellen.

Eine unheile Welt produziert unheile Berichte über sie.

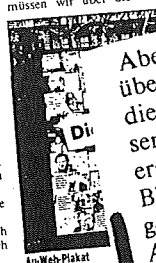
Das alles stimmt wohl, aber wirklich überzeugen konnte ich wahrscheinlich nicht.

Diese scheinbar naive Frage des Jungen meint mehr, und man kann sie auch ein wenig anders formulieren: Warum eigentlich stricken wir Journalisten immer eins glatt, eins verkehrt, wieso produzieren wir immer nur Zeitgeistiges und warum reproduzieren wir wie selbstverständlich die unendliche Geschichte des Klischees?

Derzeit das einer rettungslos dem Untergang zutreibenden Welt, die böse Bonzen und gemeine Bürokraten vorsätzlich zerstören.

Stichwort Hainburg. Das war doch die totale Medienverwertung eines Sachverhaltes oder eines Tatbestandes schlechthin. Die Berichte aus der Au – ein flockiges Soufflé aus Emotionen und Fakten.

Jetzt muß ich aufpassen, um nicht mißverstanden zu werden: Natürlich ist es unsere (selbstgewählte) Aufgabe, Kritik zu üben, Krisen und Skandale öffentlich zu machen. Natürlich ist es unser verbrieftes Recht, vielleicht sogar unsere demokratische Pflicht, darzustellen, daß aus dem Hainfelder Sozialismus der Hainburger Baggersozialismus geworden ist. Natürlich müssen wir über die Schläge und die



Au-Weh-Plakat
Liebe zu Kaspanaze

Schlägerungen in
mit den schiefen
Regierenden jegli
dersetzen. Keine
Exekutive ist öffe
bloßzustellen.

Aber dennoch behaupte ich: Bei Hainburg haben wir alle kräftig übertrieben. „Wir Journalisten", wie Günther Nenning so schön geschrieben hat, damit wir alle an ihm und seinen Au-Taten teilhaben können.

Aber die Leute haben überzogen, daß wir

überzogen haben. Immerhin hat beinahe die Hälfte der Bevölkerung in einer Repräsentativuntersuchung gemeint, die Berichterstattung sei übertrieben – als wir vom Blut, das die Demokratie getränkt hat, geschrieben haben, oder vom „Krieg in der Au". Es war eine Berichterstattung der „Dornen"-Krone. (Jawohl, Geschäftsinteressen hat es auch gegeben).

Die Presse hat es eben von A bis Z schwer.

Ich plädiere nicht für Zahn

schon gar nicht für

Was von Argumenten der Kraftwerksbefürworter zu halten ist

Nur Propagandatricks um Hainburg

Österreichs Naturschützer, die Gegner des Kraftwerksprojektes Hainburg, haben zu einer neuen Offensive angesetzt: Mit zwei eindrucksvollen Publikationen wird dargelegt, welcher Unsinn es wäre, dieses letzte zusammenhängende Auwaldgebiet Europas zu zerstören. Vor allem werden viele

Und er hegt, wie aus Unterlagen der „Planungsgemeinschaft Ost" hervorgeht, deutlich höher als vor der [illegible] wofür der [illegible] Auwälder ein

HAINBURG

„POUR LA KATZ"

Seit Monaten wütet der Boulevardgigant „Kronen-Zeitung" gegen das Kraftwerksprojekt Hainburg. Die Kampagne, die mittlerweile auch die Gerichte beschäftigt, gibt Anlaß zu wilden Spekulationen.

VON CHRISTOPH KOTANKO

Ein gewisser Victor Mihél durfte Dienstag vergangener Woche auf der Leserbriefseite des SP-Sprachrohrs „Arbeiter-Zeitung" ausgiebig Dampf ablassen. Mihéls Angriff galt „Kronen-Zeitung"-Herausgeber Hans Dichand, „der selbst in einer (Neu)Villa im Grünen lebt und sich mit Kunstschätzen umgibt", sowie der Anti-Hainburg-Linie des Boulevardblattes.

„Was geht in einem Zeitungsherausgeber vor, der zwei, drei Redakteure um sich sammelt, um monatelang eine geradezu krampfhafte Kampagne gegen ein Wasserkraftwerk zu führen? Was macht einen kunstsinnigen, zu hohem Lebensstandard gekommenen Journalisten zu einem fanatischen Kampagnenreiter, zu einem Rücktrittsforderer gegen einen Landwirtschaftsminister?" Ist es, so Mihéls rhetorische Fragen, „der Wunsch, mit einer Boulevardauflage auszukosten, wie die Macht schmeckt? Zu testen, wer stärker ist, die gewählten Mandatare oder das unabhängige Printmedium?"

Rissiger Schluß des drei Spalten langen [illegible]: Wenn derlei Mut[illegible], „dann vermag selbst [illegible]azin eher den Anspruch auf demokratische Lebensberechtigung zu erheben als die Millionenauflage".

Wer nun hinter dem sittlich empörten „AZ"-Autor einen privat initiativen Genossen vermutet, ist auf dem Holzweg.

Victor Mihél – vulgo Viktor Mihelcic – **„Krone"-Kämpfer Graupe:** *„Der Chef ist ein Grüner"*

Oder einen Tag später wurde die Frage gestellt: *„Werden Telefone jetzt abgehört?"*[124]

Ob Messen oder Bundeshymne, die Besetzer nutzten jede Möglichkeit, ihr Eintreten gegen das Kraftwerk zu einem nationalen Anliegen zu machen.

Als es zu den ersten Auseinandersetzungen mit der Exekutive kam, wurden Frauen und Kinder an die vorderste Linie geschickt. In einem Kommentar der *„Arbeiter-Zeitung"* wurde dieser Vorfall und auch die Haltung der *„Kronen-Zeitung"* beleuchtet:[125] *„Frauen und Kinder verhinderten die Rodung im Auwald"* jubelte das kleinformatige Kampforgan der Aubesetzer in Balkenlettern noch in der Abendausgabe. Dann kam den Blattmachern zu Bewußtsein, daß es den Kraftwerksgegnern nicht allzuviel Sympathie einbringen würde, wenn man so offenkundig pries, daß sie Kinder in vorderster Linie gegen das Karree der Gendarmen schickten. Sowohl auf dem Titelblatt als auch im Blattinnern verschwanden die 'Frauen und Kinder'. So sehr wollte man die Strategie der Aubesetzer denn doch nicht demaskieren.

Auf eine ähnlich *„modifizierte"* Meldung der *„Kronen-Zeitung"* wies auch der Nö. Sicherheitsdirektor Schüller hin. In der am 18. Dezember 1984 recherchierten *„Kronen-Zeitung"*-Ausgabe vom 19. Dezember 1984 wurde davon berichtet, daß *„Gendarmen auf* der Suche nach Demonstranten mit Hunden das Augebiet durchstöberten". In Wirklichkeit fand der einzige Hundeeinsatz der Gendarmerie aber erst am 19. Dezember 1984 statt.

Nachdem von vielen diese *„Kriegsberichterstattung"* kritisiert wurde, meinte der *„Kurier"* in übertriebener Selbstgefälligkeit zu den Vorwürfen: *„Es ist auch bisher - im ORF und in den meisten Zeitungen - über die Besetzung der Hainburger-Au im großen und ganzen korrekt berichtet worden".*[126] Was von dieser Stellungnahme zu halten war, stand in derselben Ausgabe des *„Kuriers"* im Blattinnern, *„Niemand hat ein Privileg auf 'Wahrheit', nicht einmal eines auf 'Objektivität'. Wir haben nur eines: auf freie Berichterstattung".*[126]

Aber nicht alle Journalisten gaben sich der selbstgefälligen Meinung hin, daß die Berichterstattung in Ordnung war. Selbstkritisch meinte Franz F. Wolf im *„Profil"* nach den Hainburg-Ereignissen: *„Stichwort Hainburg. Das war doch die totale Medienverwertung eines Sachverhaltes oder eines Tatbestandes schlechthin. Die Berichte aus der Au - ein flockiges Soufflè aus Emotionen und Fakten. Bei Hainburg haben wir alle kräftig übertrieben. Da ist in so manchem Bericht die Information in Agitation umgekippt, und Kommentare haben nur zu oft die Fakten gerodet. Das Dilemma, diese Dinge als Journalist zu beschreiben, auf den Punkt gebracht: In der Au wurde die Pressefreiheit behindert - und von den Medien verzerrt".*[127]

124) Kurier vom 15. Dezember 1984.
125) AZ vom 19. Dezember 1984.
126) Kurier vom 15. Dezember 1984.
127) Profil vom 28. Jänner 1985.

POLITIK

4

„Forum"-Ex-Chefredakteur enthüllt Verbindungen mit „Krone"

„Wochenpresse": Überweist Dichand monatlich 96.000 S an DDr. Nenning?

„Der Weg in die eisige Au begann schon Mitte Jänner in der noblen Bar des Wiener Hotels Bristol", beginnt die brisante Dokumentation über die Beziehungen vom „Krone"-Eigentümer Dichand zum Neogrünen Günther Nenning. Unter dem Titel „Das Konrad-Lorenz-Millionen-Bingo" enthüllt der ehemalige Chefredakteur des Nenningschen „Forum" (das zum Leidwesen vieler seiner Mitarbeiter und Leser inzwischen zu einer reinen Grünen-Postille geworden ist) die enge Zusammenarbeit des kleinformatigen Medienriesen mit dem „Verein für direkte Demokratie", die das Konrad-Lorenz-Volksbegehren eigentlich als eines der (von Nenning gut beratenen) „Krone" ausweist.

Hatte Lukas Resetarits noch im Dezember im „Wiener" behauptet, die „Krone" bezahle für das Volksbegehren nur die Beilage von Erlagscheinen oder Unterschriftenvor-…rucken in der Zeitung, sonst nichts, …ergibt die Darstellung in der „Wo…npresse" ein ganz anderes Bild. …h dem Gespräch im Jänner, in …zwischen Dichand und Nenning …Kooperation beredet worden war …ei Nenning allerdings das Ange…, ein Kolumnist des Kleinformats …werden, ablehnte), begann der bis …in von Staberl als „Günther-Gün…er" titulierte Doppeldoktor offen…r mit seinen Vorarbeiten. Anfang …ai schienen diese laut Oberschlick …bgeschlossen:

„Am Wochenende des 4./5. Mai beschloß zumindest Nenning ihre ‚Vorschläge an »Krone« (Herrn Dichand)'. Den angenommenen Kosten standen da nur völlig vage Bedeckungsvorschläge gegenüber.

‚Das nennt man', freute sich Nen…

Die „Kronen-Zeitung" hat den Konflikt um das Kraftwerk Hainburg nicht nur durch eine monatelange, in diesem Ausmaß in Österreich noch nie dagewesene Kampagne vorbereitet und aufgeheizt. Sie hat nicht nur die bisher unwidersprochene Summe von 2,376 Millionen Schilling für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren lockergemacht. „Krone"-Eigentümer Dichand, so enthüllt jetzt der frühere „Forum"-Mitarbeiter Gerhard Oberschlick in der „Wochenpresse", stand, in direktem Kontakt mit Günther Nenning, an der Wiege des Volksbegehrens-Vereins und soll dessen Initiator monatlich 96.000 Schilling für diese Aktivitäten überweisen. Und das über einen Zeitraum von zwei Jahren.

…ein zur Förderung der direkten Demokratie" am 16. Mai ließ sich Nenning … der die Statuten für den Verein …hatte, an die Schalt…riftführers und Kas… Heilingbrun…bewun…

Originaltext: „Auswirkung auf Auflage und Inserate"

Geheimpapier: Warum die „Krone" Anti-Hainburg-Kampagne startete

WIEN (AZ). In einem Geheimpapier, das von „Kronen-Zeitungs"-Mitbesitzer Kurt Falk stammen soll und nun bekannt wurde, ist der wahre Grund für die Anti-Hainburg-Kampagne des Blattes enthalten: eine noch höhere Auflage.

Der Text des Papiers ist in der jüngsten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit" abgedruckt. Demnach soll das Papier von Kurt Falk Günther Nenning anläßlich der Verhandlungen über die „Krone"-Spende in der Höhe von 2,37 Millionen Schilling für das Konrad-… gehren üb… dies…

…stellung zu bestimmten Problemen… eine sehr entscheidende Rolle für die Beliebtheit der Zeitung, ihre Auflage und damit auch für die Auswirkungen auf das Inseratenvolumen spielt. Aus dieser Sicht kann es verständlich sein, daß aus rein betrieblicher Veranlassung das Volksbegehren unterstützt wird, um zu erreichen, daß sich letztlich die Meinung eines möglichst großen Teils der Bevölkerung mit der von der Zeitung vertretenen Linie deckt. Gerade dann… wäre es aber schädlich, …bekannt wäre, daß durch die Zei…

Angeblicher Autor: Kurt Falk

INLAND — DOKUMENTATION

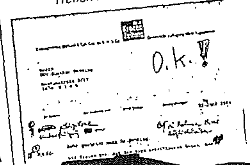
Der Weg in die eisige Au begann schon Mitte Jänner in der noblen Bar des Wiener Hotels Bristol. Dort habe Hans Dichand, berichtete Günther Nenning hinterher stolz, ihm vorgeschlagen, Kolumnist der „Krone" zu werden: „Das habe ich abgelehnt, aber vereinbart, daß ein von mir und Jörg Mauthe abgefaßtes ‚Manifest' und ein zugehöriger, derzeit in Produktion befindlicher Fernsehfilm in der ‚Krone'

Griff. Wenn's nach den Basisdemokraten gangen wär, war nie was draus wurn."

Damit etwas daraus werden konnte, mußte Nenning noch mit Kurt Falk reden, dem „Krone"-Miteigentümer. Die geplante Inszenierung eines Volksbegehrens dürfte die Kompetenzen Dichands als Alleingeschäftsführer der „Kronen-Zeitung" doch überstiegen haben, und seine eigene Gesprächsbasis mit dem Co. wird Dichand eher mies eingeschätzt haben.

PHOTOS NORA SCHUSTER

„Krone"-Chef Dichand, Faksimile: *Treffen in der Bristol-Bar*



„Das Konrad Lorenz-Millionen-Bingo"

Eine Dokumentation von Gerhard Oberschlick[1] über direkte Demokratie, ihre Handhabung und Finanzierung, demonstriert am Beispiel des „Krone"-Volksbegehrens.

erscheinen sollen. Dichand schlug dies vor und dazu noch, daß die ‚Krone' mit einer ‚Kampagne' (Leserbriefe usw.) nachstoßen wolle."

Das „usw." zu den Leserbriefen, Dichands Nachstoßkampagne, heißt jetzt „Konrad-Lorenz-Volksbegehren". Die Sh… fas… we… de…

Am 8. Mai, gegen Abend, telefonierte Nenning mit Falk, dem er nach eigenen Angaben ein O.K. entlockte. Nur zwei kleine Bedingungen habe Falk sich ausbe…gen: kein „Krone"-Volksbegehren und …lich absetzbar sein. … Er habe gleich

Gewerkschaftszeitung: „Hainburg-Gegner bekamen steuerlich absetzbare 2,37 Millionen"

„Kronen-Zeitung" finanzierte Volksbegehren!

WIEN (AZ). Knalleffekt um Hainburg: Die „Welt der Arbeit", Organ der sozialistischen Gewerkschafter berichtet in ihrer jüngsten Ausgabe, die „Kro… „Konrad-Lorenz-Volksbegehre… 2,376 …

2.4 Die Motive

Nachdem die *„Kronen-Zeitung"* im August 1983 den Slogan *„Rettet die Donau"* auf Plakaten verbreiten ließ, meinte das *„Profil"* kryptisch: *„Mit Riesenplakaten kämpft die 'Krone' für sich und die Donau".*[128]
Die Motive und die Vorgangsweise der *„Kronen-Zeitung"* wie auch des *„Kuriers"* beschäftigten die Kommentatoren seit Beginn der Kampagne. So wurde bereits im Jänner 1984 der Verdacht geäußert:
„In der übrigen Zeitungsbranche vermutet man denn eher auch die Jagd oder das Fischen nach jungen Lesern, die über grüne Themen am leichtesten ansprechbar wären".[129]
„Kronen-Zeitung"-Redakteur Friedrich Graupe, Hauptverantwortlicher der Hainburg-Kampagne, wurde in der *„Wochenpresse"* die Möglichkeit geboten, eine Klarstellung über die Hintergründe der Zeitungskampagne zu treffen: *„Das hat nichts mit Auflagesteigerung oder politischen Motiven zu tun. Das liegt einfach auf der ökologischen Linie, die wir seit Jahren verfolgen".*[130]

Vor allem die Gleichschaltung der *„Kronen-Zeitung"*-Redakteure auf den Contra-Hainburg-Kurs gab zu Mutmaßungen Anlaß:

„Die 'Summe der Meinungen des Herausgebers und der Redakteure' ist stramm auf den gleichen Nenner des ersteren gebracht - und wer mag, soll glauben, daß die Au dessen Herzensanliegen ist".[131]

Mitten in der Zeit der Aubesetzung wurde bekannt, daß die *„Kronen-Zeitung"* an das *„Konrad-Lorenz-Volksbegehren"* S 2,376.000,– überwiesen hat. Die Vermutung,[132] *„der Kronen-Zeitung sei ein Teil ihrer jugendlichen Leser verlorengegangen, was sie zu diesem Schritt veranlaßt habe"* - wurde vom Obmann des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, Heiligenbrunner, *„weder dementiert, noch bestätigt".*
Zu den Hintergründen dieser Spenden wurde kommentiert:[133]
„Aber auch Große (Zeitungen) haben Probleme. Bei der Kronen-Zeitung stellte sich jenes, daß die Leser mit ihr alt wurden. Was, wenn nicht die Ökologie, ist geeignet, junges halbwegs gebildetes Publikum zu gewinnen? Noch nie zuvor hatte eine Zeitung gewagt, ein politisches Thema so offenkundig für eigene Marketingzwecke einzusetzen". Das Motiv des Herausgebers: *„Inwieweit läßt sich publizistische schon in politische Macht ummünzen".*

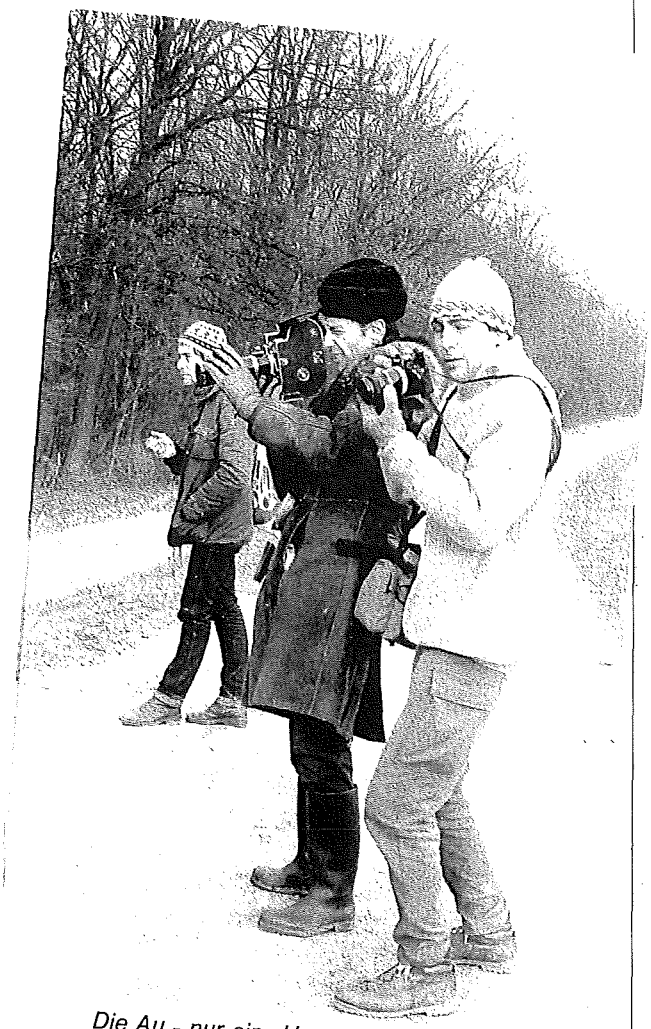
Eine Dokumentation[134] unter dem Titel *„Das Konrad-Lorenz-Millionen-Bingo"* wies erstmals auf die konkreten Machenschaften und Zusammenhänge zwischen den Initiatoren des Volksbegehrens und der *„Kronen-Zeitung"* hin.
„ 'Krone'-Eigentümer Dichand, so enthüllt der frühere 'Forum'-Mitarbeiter Gerhard Oberschlick,

128) Profil Nr. 33 vom 16. August 1983.
129) Profil Nr. 2 vom 9. Jänner 1984.
130) Wochen-Presse Nr. 2 vom 10. Jänner 1984.
131) AZ vom 12. Dezember 1984.
132) AZ vom 15. Dezember 1984.
133) AZ vom 19. Dezember 1984.
134) Wochen-Presse vom 24. Dezember 1984.

stand im direkten Kontakt mit Günther Nenning an der Wiege des Volksbegehrens-Vereins und soll dessen Initiator monatlich S 96.000,– für diese Aktivitäten überweisen. Und das über einen Zeitraum von zwei Jahren".[135]

Über den wahren Grund des Engagements der *„Kronen-Zeitung"* in Hainburg gab auch ein Papier, das von Mitbesitzer Kurt Falk stammte, Aufschluß:[136] *„Bei der Kronen-Zeitung wird zu berücksichtigen sein, daß Werbung nicht nur im üblichen Sinn zu betreiben ist, sondern der Inhalt des Blattes, die von der Zeitung vertretene Meinung und Grundeinstellung zu bestimmten Problemen . . . . eine sehr entscheidende Rolle, für die Beliebtheit der Zeitung, ihre Auflage und damit auch für die Auswirkungen auf das Inseratenvolumen spielt.*
Aus dieser Sicht kann es verständlich sein, daß aus rein betrieblicher Veranlassung das Volksbegehren unterstützt wird, um zu erreichen, daß sich letztlich die Meinung eines möglichst großen Teiles der Bevölkerung mit der von der Zeitung vertretenen Linie deckt. Gerade dann . . . wäre es aber schädlich, wenn allgemein bekannt wäre, daß das Volksbegehren durch die Zeitung unterstützt wird".

Bleibt nur mehr festzuhalten: *„Eines hat die Kronen-Zeitung jedenfalls geschafft: Sie hat den vielzitierten Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aufgelöst. Auf ihre ganz besondere Art eben . . . "*[137]



Die Au - nur ein „Herzensanliegen"?

135) AZ vom 24. Dezember 1984.
136) AZ vom 25. Jännerr 1985.
137) AZ vom 25. Jänner 1984.

„Eure Rede aber sei: Ja, Ja, nein, nein. Was darüber ist, das ist von Übel"
Matthäus 5/37

3. PRO & CONTRA HAINBURG – AUSSAGEN, MEINUNGEN UND STELLUNGNAHMEN

Kaum ein Ereignis hatte so viele unterschiedliche – quer durch die Parteien und Institutionen gehende – Reaktionen hervorgerufen wie der Bau des Kraftwerkes Hainburg.

Seit 1981, als erstmals der Kraftwerksbau in Hainburg zur Diskussion gestellt wurde, zeigte sich, daß die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Meinungen – unterstützt von einer Sensationsberichterstattung in den Medien – zu einem Hochschaukeln der Gegensätze geführt hatte.

Der Kraftwerksbau ist eine sachpolitische Frage und wurde am Beispiel Hainburg zur ökologiemotivierten Emotionalisierung. Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Umweltschutz- und ökologischen Maßnahmen sollen hier außer Streit gestellt werden, zu beachten ist aber, daß Politiker etablierter Parteien, die sich als Träger einer *„neuen"* ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik betrachten, Hainburg als Symbol für ihre politischen Ambitionen verwendeten. Es zeigte sich auch, daß die Diskussion über Hainburg nicht so sehr zwischen Regierung und Opposition, sondern vor allem innerhalb der Parteien stattfand. Es soll ebenfalls dokumentiert werden, daß auch die Haltung der E-Wirtschaft zur Kritik Anlaß gab.

Trotz etwaiger Widersprüchlichkeiten sollen nachstehend angeführte Zitate nicht oberflächlich interpretiert werden, um z. B. Politiker an den Pranger zu stellen, sondern vielmehr die Schwierigkeiten der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung aufzeigen. Die Zitate wurden so ausgewählt und chronologisch geordnet, daß auf inhaltliche Wiederholungen verzichtet wurde. Das breite Spektrum der Meinungen soll dem Leser die Vielschichtigkeit der Hainburg-Diskussion aufzeigen.

3. 1 Die Kraftwerksstandorte

Seit dem Zeitpunkt, als erste Überlegungen über den Standort des Kraftwerkes Hainburg angestellt wurden, stand die Frage, wohin und wie das Kraftwerk gebaut werden soll, im Mittelpunkt der Diskussion. Obwohl die Donaukraftwerke AG (DOKW) erst 1983 die Pläne für den Kraftwerksbau zur Erklärung zum bevorzugten Wasserbau beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft einreichten, wurde bereits 1980 erste Kritik an den *„möglichen"* Vorstellungen der DOKW laut.

Ohne die wichtigen hydrologischen und geologischen Gutachten zu kennen, wurden durch die Bürgerinitiative Gerüchte und Vermutungen über die Vorgangsweise der Kraftwerksbetreiber geäußert, und ohne die Ergebnisse von Untersuchungen abzuwarten, hatten bereits im Jahre 1981 einige Politiker zu dem *„Projekt"* Stellung genommen.

Wien, 3. Dezember 1982 NÖ Landeskorrespondenz Blatt 3.269

Planungsgemeinschaft Ost tagte im NÖ Landhaus

Neue Vorschläge für Donaukraftwerk bei Hainburg

Im NÖ Landhaus fand gestern nachmittag eine Sitzung des Beschlußorganes der seit 1978 bestehenden Planungsgemeinschaft Ost statt, an der unter dem Vorsitz des niederösterreichischen Landes-

"Donaukraftwerk Hainburg muß umgeplant werden"

W I E N - Die Donaukraftwerke werden ihre Planungen für das umstrittene Kraftwerk Hainburg abändern müssen. Landwirtschaftsminister Dipl. Ing. Günter Haiden stellte am Freitag in einem Pressegespräch entschieden fest, daß er als letzte Instanz keine Genehmigung für die Rodung von etwa 400 ha Auwald erteilen werde, die beim Bau des Kraftwerkes im Zentrum der Stopfenreuther Au – dem geplanten Standort – notwendig würde. "Damit würde die letzte geschlossene Aulandschaft, die wir besitzen, auf Dauer zerstört werden", meinte der Minister. ++++

Minister Haiden: Donauauen sollen erhalten bleiben

Kraftwerksbauer müssen Zugeständnisse machen

„Energie aus der Donau brauchen wir, das steht fest. Nur ganz so, wie es sich die Techniker vorstellen, geht es auch nicht." Aufgescheucht von Meldungen von einem bevorstehenden Baubeginn des Kraftwerkes bei Hainburg im östlichen Niederösterreich, gab Landwirtschaftsminister Günter Haide- Wien klar zu verstehen, daß er sich bei diesem Projek- ...nünftigen Kompromiß, der alle Interessen h-

...mit dem

Marchfeld glauben. Während Standorte möglichst weit im Osten dem Kraftwerk – laut Aussagen der Techniker – eine größere Leistung bringen würden, hofft Haiden auf einen ... von Deutsch-Alten-... Lösung, die seiner An-... Siedlungen

Minister Steyrer nach KURIER-Flug über bedrohten Urwäldern:

„Ich werde Roden der Auen nicht zulassen"

Von Wili Grotte und Kristian Bissuti (Fotos)

Die unersetzlichen Au-Urwälder bei Hainburg haben einen mächtigen Fürsprecher. Minister Steyrer erklärte nach einem KURIER-Flug zu Pfingsten: „Ich werde alles tun, um die Rodungen durch die Donaukraftwerke zu verhindern."

Ministerblick beim KURIER-Flug: Diese riesigen Urwälder sollen dem K...

Dr. Kurt Steyrer, Bundesminister für Gesund... Umweltschut...

Statt UNO-Burg und DOKW Hainburg: Kraftwerk Wien

Wiens Busek setzt sich für alternatives Großbauprojekt ein

Die geplanten Donaukraftwerke Wien und Hainburg sind umstritten. Wien überhaupt, Hainburg wegen des Standortes. Wiens Vizebürgermeister Erhard Busek (ÖVP) sieht in der Staustufe Wien allerdings eine vernünftige Alternative zum Bau des Konferenzzentrums.

KURIER: Das terminlich als nächstes fixierte „Donaukraft-werk ist die St... Wie stehen... Busek...

Schwierigkeiten gegeben.

KURIER: Wird die von Ihnen geforderte Errichtung des noch umstrittenen Donaukraftwerkes Wien ein Wahlkampfthema bei den kommenden Gemeinderatswahlen werden ... mögliche Alt... ferenzze...

...rungen bekannt, die gegen den Kraftwerksbau in Wien sind?

Busek: Mir sind keine bekannt. Das Projekt ist uns auch lieber als Zwentendorf.

KURIER: Wird Zwentendorf ein Wahlkampfthema?

Sinowatz zu Hainburg: Überlegen und Gutachten abwarten

„Kein Grund für Volksabstimmung"

WIEN (AZ, apa). Er sehe keinen Grund für eine Volksabstimmung über den Bau des Kraftwerks Hainburg, stellte Bundeskanzler Sinowatz Mittwoch fest. Man solle jetzt in Ruhe überlegen und die Gutachten der Experten abwarten. Mit diesen Expertisen soll geklärt werden, ob die Heilquellen in Deutsch-Altenburg davon betroffen sind, sagte der Bundeskanzler.

burg nahm Mittwoch auch die Vereinigung industrieller Bauunternehmungen Stellung. Der Bau des Kraftwerks Hainburg und anderer Kraftwerksprojekte dürfe aus beschäftigungs- und energiepolitischen Gründen nicht weiter verzögert werden. Insgesamt würden durch die Kraftwerksdiskussionen fast 30 Milliarden ... Bauwirt-

Steyrer: Nächstes Kraftwerk nicht in Stopfenreuther Au

„Ich bin für ein Donaukraftwerk Hainburg, aber nicht in der Stopfenreuther Au gegenüber der Stadt. Und ich versichere Ihnen, daß es nicht zu diesem Standort kommen wird", das erklärte der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, Doktor Kurt Steyrer, Donnerstag in Marchegg in einer von der niederösterreichischen SP veranstalteten Diskussion zum Thema „Wohlstand — Gesundheit — Umweltschutz". Sowohl Minister Dr. Steyrer wie auch der niederösterreichische Naturschutzdirektor Dr. Harald Schweiger vertraten dabei die Meinung, es wäre besser, zuerst das „weniger problematische" Donaukraftwerk in Wien in Angriff zu nehmen, um Zeit zu gewinnen.

Standort des Kraftwerks Hainburg noch offen

Eigenbericht der „Presse"

WIEN (red.). Angesichts der noch ausstehenden Ergebnisse der Prüfung von Standortsvarianten für das Donaukraftwerk Hainburg könne „beim jetzigen Stand der Planungen kein Kraftwerksstandort ausgeschlossen" werden, teilte Handelsminister Staribacher in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung mit.

Kraftwerk Hainburg: Variante Altenburg ist am geeignetsten

Am rechten Donauufer gibt es nur minderwertige Auwaldbestände

NIEDERÖSTERREICH (Volksblatt, LK) — Im Anschluß an die Sitzung des Beschlußorganes der Planungsgemeinschaft Ost in Eisenstadt hat Landeshauptmann Siegfried Ludwig auf jene Projekte hingewiesen, die für Niederösterreich besondere Aktualität haben. Es sind dies vor allem die Standort... Kraftwerkes Hainburg, der Ausbau des Park- und Ride-Systems entlang jener Bahnlinien, die für den Pendlerverkehr Bedeutung haben, die Erstellung eines Kiesleitplanes, Überlegungen zur Nutzung von Abwärme in Ballungszentren sowie die Schaffung von Vorratslagern für Lebensmittel und Medikamente.

Zum K...

...betonte ders für die Erstellung eines Ko... ...ntes für den ...

ÖMV in Schwechat, deren Abwärme geeignet wäre, weite Glashausflächen von Gärtnereien im Raum Simmering-Schwechat kostbare und derzeit sehr teure Energie zuzuführen.

So legte sich Bundesminister Steyrer nach einem *„Kurier-Flug"* zu Pfingsten 1981 fest: *„Ich werde alles tun, um die Rodungen durch die Donaukraftwerke zu verhindern und mich voll und ganz dafür einsetzen, daß das Kraftwerk einige Kilometer stromaufwärts errichtet wird."*[138]

Landwirtschaftsminister Haiden, für die wasserrechtliche Genehmigung des Kraftwerksbaues zuständig, erklärte zu dem in Zeitungen kolportierten Kraftwerksstandort Hainburg: *„Das Donaukraftwerk muß umgeplant werden und ich werde als letzte Instanz keine Genehmigung für die Rodung von etwa 400 ha Auwald erteilen."*[139] Und an die E-Wirtschaft gerichtet, übte er am *„Projektentwurf"* heftige Kritik, *„Energie aus der Donau brauchen wir, das steht fest. Nur ganz so, wie es sich die Techniker vorstellen, geht es auch nicht".*[140]

Nachdem der für die Energiepolitik verantwortliche Bundes minister, Dr. Josef Staribacher, in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung mitteilte, daß beim jetzigen Stand der Planungen kein Kraftwerksstandort ausgeschlossen werden kann und die DOKW auch zusagte, Alternativ-Varianten zu prüfen, wurde es in der Diskussion um Hainburg ruhiger.[141]

Im Anschluß an eine Sitzung der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) nahm für das Land Niederösterreich auch erstmals Landeshauptmann Ludwig zu Hainburg Stellung, *„ihm erscheint die Variante Altenburg am geeignetsten, alle Interessen unter einen Hut zu bringen".*[142]

Ohne direkt mit dem Projekt Hainburg befaßt zu sein und ohne einen Standort, den Vorzug zu geben, beurteilte Bundesminister Sekanina die Situation eher vorsichtig: *„Beim Kraftwerksbau sind nicht nur Umweltfragen zu berücksichtigen, sondern auch technische"*[143] und an die DOKW richtete er das Ersuchen, sich *„nicht querzulegen gegen Meinungen, die andere berechtigter- und legitimerweise haben".*[143]

Zu Hainburg befragt, vertrat Vizebürgermeister Busek bereits 1982 einen entschiedenen Standpunkt: *„Das Donaukraftwerk Hainburg ist für die Wiener ÖVP in seiner derzeitigen Form der Projektierung untragbar"* und er schlug als Kompromiß vor *„würde man die Staustufe Wien vorziehen, bliebe mehr Zeit für eine gründliche Planung in bezug auf Hainburg".*[144]

Unter der Randbedingung – Schutz des Auwaldes - wurde in der Folge eine Reihe weiterer Standortvorschläge erarbeitet. So stellte die PGO (Planungsgemeinschaft Ost) zwei neue Varianten bei Petronell und Bad Deutsch-Altenburg vor.[145]

Eindeutig war auch der Standpunkt von Gesundheitsminister Steyrer in bezug auf den Schutz des Auwaldes: *„Ich bin für das Donaukraftwerk Hainburg, aber nicht in der Stopfenreuther Au gegenüber der Stadt. Und ich versichere Ihnen, daß es nicht zu diesem Standort kommen wird."*[146]

138) Kurier vom 9. Juni 1981.
139) APA-Austria-Economist, Nr. 134, 12. Juni 1981.
140) Kronen-Zeitung vom 13. Juni 1981.
141) Die Presse vom 12. August 1981.
142) Neues Volksblatt vom 9. Septemer 1981.
143) Kurier vom 28. April 1982.
144) Kurier vom 28. Mai 1982.
145) NÖ. Landeskorrespondenz vom 3. Dezember 1982.
146) Wiener Zeitung vom 15. Jänner 1983.

Landwirtschaftsminister Haiden spricht Machtwort zum Kraftwerksbau Hainburg:

„E-Wirtschaft muß endlich vom hohen Roß steigen"

Lit 900,– Din 50,– Pts 120,– Dr 70,– DM 1,90 sfr 1,70

Fre... 29. Juli 1983 / Nr. 8321, S 5,–

Neue

BERICHT AUF DER SE...

Haiden: „Ich plädiere für Standort bei Schwalbeninsel"

Landwirtschaftsminister Haiden: „Über den Kraftwerksbau kann ich nicht aus eigenem Ermessen entscheiden. Die Entscheidung hat vielmehr nach dem Wasserrechtsgesetz zu erfolgen. Für mich stellt sich das auch nicht als eine Frage ‚Au oder Kraftwerk' dar. Ich habe abzuwägen, in welchem Maße das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Aulandschaft – das auch für mich persönlich sehr gewichtig ist – mit volks- und energiewirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen sind.

Das ist sicher nicht möglich bei der (von der DOKW) eingereichten Variante, da würden die Auen endgültig zerstört. Ich werde die in Auftrag gegebenen Gutachten noch abwarten, eine Entscheidung kann nicht vor dem zweiten Quartal 1984 fallen.

Ich selbst plädiere für einen Standort zwischen Petronell und Deutsch-Altenburg, bei der Schwalbeninsel."

Sekanina: „KURIER hat recht"

Bautenminister Sekanina: „Als Minister bin ich dafür nicht zuständig, und als Gewerkschafter möchte ich in der derzeitigen Form, ohne jegliche Unterlagen zu besitzen, keine Stellungnahme abgeben. Im übrigen teile ich die Meinung des gestrigen KURIER: Ein übereiltes Ja wäre verantwortungslos."

Hainburg — noch alles offen

Nach Gipfel im Bundeskanzleramt: Regierung will geothermisches Gutachten abwart...

In der Frage, ob das Kraftwerk Hainburg gebaut wird oder nicht, ist noch alles offen. Wie dazu Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz nach einem inoffiziellen Gespräch mit Vertretern Wiens, Niederösterreichs und der DOKW (Donaukraftwerke AG) gestern ...ndeskanzleramt betonte, wolle ...zunächst das geothermi... welches ...

Staatssekretär Dr. Erich Schmidt bestätigte, daß im Falle eines Vorziehens der Wiener Ausbaustufe der Donau eine Vorplanung im Ausmaß von zwei bis drei Jahren erforderlich wäre. Hainburg könnte bei einem raschen Bau ab 1987 Strom liefern. Die Notwendigkeit eines forcierten Ausbaues der Wasserkraft in Österreich begründete der Staatssekretär ...

Grundwasserspiegels zu verhi... Drittens schließlich liefere Ha... doppelt so viel Energie wie das ... Wien.

Der Wiener VP-Vizebürgerm... Erhard Busek erklärte ge... vernünftige Ansicht von ... ster Leopold Gratz, im Fal... planung des Kraftwerks ... Donaustufe Wien vorzuzi...

Entscheidung über umstrittene Kraftwerksprojekte aufgeschoben

Sinowatz läßt Pläne für Hainburg prüfen

Trotz des „Hainburg-Gipfels" im Kanzleramt: Die Entscheidung über den Bau der umstrittenen Kraftwerksprojekte wurde vertagt. Um etliche Monate. Bundeskanzler Sinowatz will neue Gutachten.

Auch wenn Bundeskanzler Fred Sinowatz gestern um 8.30 Uhr im Kanzleramt eine entscheidungsträchtige Runde zum „Hainburg-Gipfel" zusammengetrommelt hat: Nach wie vor ist und bleibt offen, wie es mit dem Bau von Kraftwerken an der Donau weitergeht.

Nach dem knapp ei... gen Gespräch zwischen ...watz, den Ministern Haid... Steyrer, Staatssekretär S... und den beiden Wiener S... ...n Mayr und Schieder ...

Warum das Kraftwerk Hainb... nicht ...

Wie Ludwig die Au retten will

So gut wie keine Bereitschaft gibt es in der niederösterreichischen Landesregierung, dem Bau des Kraftwerkes Hainburg die Zustimmung zu geben. Beraten wird nun eine Verlegung des Kraftwerkes drei Kilometer stromabwärts auf den Standort „Röthelstein" in ein Donauknie mit eigenem Schiffahrtskanal.

Damit könnte angeblich die Hälfte des gefährdeten Augebietes geschont werden.

Erst danach soll ein Machtwort gesprochen werden.

Darauf hatte sich die nur aus SP-Politikern bestehende Runde in der „Routinebesprechung" geeinigt. Und noch etwas sei besprochen worden: Wenn sich herausstelle, daß in Hainburg nicht gebaut werden könne oder eine Verzögerung der Projekte „um mehr als ein Jahr" unvermeidlich sei, dann soll die Staustufe Wien vorgezogen, früher gebaut werden. Wie es Bürgermeister Gratz vorgeschlagen hat und der KURIER gestern berichtete.

Er, Sinowatz, stehe jedenfalls prinzipiell auf der Grundlage der Regierungserklärung, die ein weiteres Donaukraftwerk im Raum Hainburg vorseh... Differenzen ...

sich vom Ausgang des „Hainburg-Gipfels" nicht enttäuscht: „Ich bin sicher, daß Hainburg gebaut wird." Jetzt würden sich eben Sachverständige über „unsere Pläne für Hainburg, Stopfenreuth und Petronell stürzen". Was „keine Verzögerung" des Baubeginns befürchten las... Zwar sei heuer nicht mehr – v... von den Baufirmen geplant ... mit Vorarbeiten zu rechn... „Aber wir haben ja ohnehin ... für Mitte Mai 1984" eingere...

Staatssekretär Erich Schn...der – dem Kanzler bei ... Pressegespräch sekundierte, ... klärte, daß Hainburg – fal... gebaut wird – ab 1987 S... liefern könnte ... Zeitpunkt ...

fo-grabner-meyer: staustufenprojekt hainburg soll drei tage nach dem wahltag bereits durchgepeitscht werden

---

wien, 28.4. 1983 (fpd) - zur ankuendigung der dokw, dass nunmehr als naechstes die staustufe hainburg gebaut werden wuerde, erklaerte der freiheitliche umweltschutzsprecher, generalsekretaer grabher-meyer, dass sich leider die befuerchtung der freiheitlichen bewahrheitet haette, dass die verantwortlichen im kraftwerksbaugeschaeft zwar bis unmittelbar nach dem wahltag zugewartet, dann aber sofort die katze aus dem sack gelassen haetten.

Beim Umweltschutz müsse man auch Kompromisse eingehen:

Steyrer ist für neue Kraftwerks-Variante

...weltschutzminister Kurt Steyrer hat sich nun in Sachen ...kraftwerk mit einer neuen Variante zu Wort gemeldet. ... nicht prinzipiell gegen ein solches, aber er will eine Ver... ...g von Hainburg nach Pe... ...merhin gehe es um ... Arbeitspl...

setz verboten. Die Wasserkraft gerät zunehmend unter Beschuß. Die kalorischen Kraftwerke sind noch unerfreulicher als alles andere, weil sie in un...

strittigen Standpunkten erw... ten. „Eine Zustimmung ist mir weder zu geben, noch ...zulehnen."

Angesichts der „F... ...on Strukturproblem... Arb...

Zu den widersprüchlichen Meinungen zu Hainburg stellte Bundeskanzler Sinowatz im März 1983 klar: *„Man sollte jetzt in Ruhe überlegen und die Gutachten der Experten abwarten. Für eine Volksabstimmung (wie dies in einer Tageszeitung gefordert wurde) über den Bau des Kraftwerkes Hainburg sehe ich keinen Grund."*[147]

Am 29. April 1983 bezeichnete Direktor Kobilka aufgrund von hydrologischen und geologischen Gutachten den Standort Hainburg als günstigsten. In einer ersten Reaktion beurteilte der FPÖ-Generalsekretär, Grabher-Meyer, – knapp nach den Wahlen und vor den Koalitionsgesprächen – die Präferenz bezüglich des Standortes Hainburg als *„Verhöhnung allen grünen Gedankens"* und forderte statt Hainburg den Bau des Kraftwerkes Wien, *„aber selbst dieses Projekt sei unter dem Gesichtspunkt der von Einsparungen gekennzeichneten und rückläufigen Energiesituation zu überlegen"*[148] – ein Standpunkt, der von der FPÖ offiziell nicht wieder eingenommen wurde.

Im Mai 1983 sprach sich die Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung für den weiteren Ausbau der Donau und die Inangriffnahme des Kraftwerksbaues im Raume Hainburg aus, mit der Auflage der Beachtung der Belange des Natur- und Umweltschutzes.

In der Folge äußerte eine Reihe von Politikern und Institutionen ihre Meinung zu Hainburg. Im Vordergrund standen dabei zumeist Überlegungen zum Standort sowie zur Frage, sollte Wien oder Hainburg als nächstes Kraftwerk an der Donau gebaut werden.

Von einer Tageszeitung erneut zu Hainburg befragt, sprach sich Umweltminister Steyrer trotz der nunmehr vorliegenden DOKW-Unterlagen weiter eindeutig gegen Hainburg aus und stellte eine neue Standortvariante in Petronell zur Diskussion.[149]

In der „Kurier"-Serie *„Warum das Kraftwerk Hainburg nicht gebaut werden soll"* nahm eine Reihe von Politikern zu dem Kraftwerksprojekt Stellung, unter ihnen Bundesminister Haiden: *„Für mich stellt sich nämlich nicht die Frage Au oder Kraftwerk . . . "*, sondern *„da die öffentlichen Interessen nicht bei der (von der DOKW) eingereichten Variante in Einklang gebracht werden können, plädiere ich"* – Haiden so wörtlich – *„für einen Standort zwischen Petronell und Deutsch-Altenburg, bei der 'Schwalbeninsel'".*[150]

Und an die Adresse der DOKW richtete er scharfe Kritik: *„Die E-Wirtschaft muß endlich von ihrem hohen Roß steigen. Sie kann nicht so weiterwirtschaften wie in den vergangenen 50 Jahren. Gegen den letzten geschlossenen Au-Urwald Europas an der Donau darf man nicht so vorgehen."*[151]

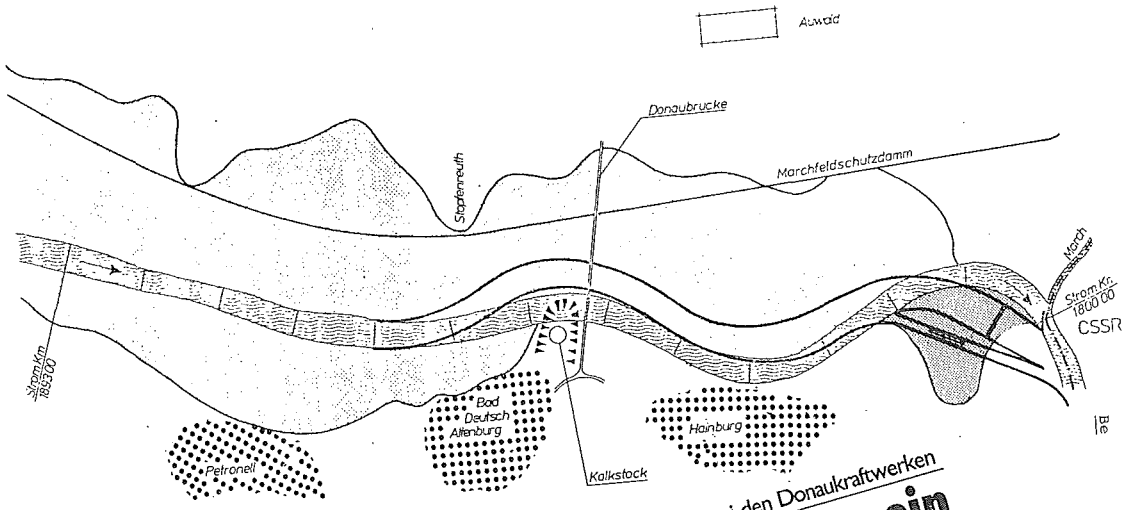
Und als im Juli 1983 Umweltschützer die DOKW verdächtigten, daß Rodungen unmittelbar bevorständen, beruhigte Bundesminister Haiden die Kraftwerksgegner: *„Es kann ohne meine Zustimmung keine wilden Aktionen geben."*[152]

147) AZ vom 11. März 1983.
148) FPÖ-Parteiaussendung vom 28. April 1983.
149) Kurier vom 5. Juli 1983.
150) Kurier vom 29. Juli 1983.
151) Kronen-Zeitung vom 29. Juli 1983.
152) Kurier vom 3. August 1983.

Variante Röthelstein

D.I. H. Zottl, D.I. H. Erber Ziv. Ing. f. Bauwesen im Auftrag der PGO
September 1983

Skizze 1:50000



Vizekanzler Steger: „brauche bei Suche nach Kraftwerksvarianten neue Direktoren bei den Donaukraftwerken

Andere Standorte müßten doch möglich sein

Wien. – Vizekanzler Steger erklärte gestern der „Krone", wie er sich eine österreichische Lösung des Hainburg-Konflikts vorstellt: „Mir kann niemand einreden, daß es von Wien bis zur Grenze nur einen einzigen Standort gibt. Ich bin überzeugt, daß andere Kraftwerksvarianten möglich sein müßten." Um sie zu finden, braucht [illegible], andere DoKW-Direktoren.

Vizekanzler Steger wird schon in den nächsten Tagen den Auftrag erteilen, neue Kraftwerksvarianten durchzurechnen. Dazu stellte er unmißverständlich fest: „Wenn das mit den derzeitigen DoKW-Direktoren nicht geht, wird es eben neue [illegible] lassen, bis neue Projekte auf dem Tisch liegen. In der Zwischenzeit wird der Auwald nicht gerodet, auch wenn ein Jahr ungenutzt verstreichen sollte. Große Hoffnung wird in die Idee gesetzt, daß man die Baustufe Wien vorziehen, bei Fischamend und unterhalb von Hainburg kleinere Kraftwerke errichten könnte. Diese umweltfreundliche Konfliktlösung muß aber erst durchgerechnet werden. Natürlich erhebt sich die Frage, was jetzt mit den Bauarbeitern geschieht, die in Hainburg zum Einsatz kommen sollten. Um sie zu beschäftigen, wird rascher als geplant mit dem Bau der Wiener Kläranlage, des Marchfeldkanals begonnen und die Ostbahnbrücke in Wien „gehoben".

Vizekanzler Steger [illegible] auch in [illegible]

Redeverbot über alle Vorplanungsarbeiten verhängt, die andere Kraftwerksstandpunkte zum Gegenstand hatten, weil nur für Hainburg einsetzbare Großbagger gekauft worden sind. Die neue Hainburg-Marschroute der Regierung zeichnet sich klar ab: Sie wird Hainburg so lange nicht fal-

Sinowatz für Varianten

Hainburg sei nach wie vor das günstigste Kraftwerksprojekt, betonte Kanzler Fred Sinowatz nach dem Ministerrat, aber die Regierung sei jetzt auch anderen Varianten gegenüber offen. Insgesamt gehe es der Regierung um ein Gesamtkonzept des Donau-Ausbaues östlich von Wien.

Wichtig, so Sinowatz, sei nun die Einbeziehung von Wissenschaftlern in die Gespräche, beim Gipfel mit Konrad Lorenz gehe es nicht nur um Hainburg allein.

Er, Sinowatz, wolle die „Grünen" nicht in gute oder böse spalten, aber sicher hätten manche dieser Bewegung „parteipolitische Absichten."

Hainburg — noch alles offen

Nach Gipfel im Bundeskanzleramt: Regierung will geothermisches Gutachten abwarten

In der Frage, ob das Kraftwerk Hainburg gebaut wird oder nicht, ist noch alles offen. Wie dazu Bundeskanzler Fred Sinowatz nach einem inoffiziellen Gespräch mit Vertretern von Wiens, Niederösterreichs und der DOKW (Donaukraftwerke AG) gestern im Bundeskanzleramt betonte, wolle die Regierung zunächst das geothermische Gutachten abwarten, welches Aufschluß darüber geben soll, ob es wirklich zu keiner Beeinträchtigung der Thermalquelle von Deutsch-Altenburg käme. Sinowatz hofft, daß dieses Gutachten noch heuer vorliegen wird. Die Entscheidung über den Kraftwerksbau liegt dann kompetenzmäßig beim Landwirtschaftsministerium.

Teilnehmer an dem gestrigen Gespräch waren neben dem Bundeskanzler u. a. Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Günter Haiden, Gesundheitsminister Dr. Kurt Steyrer, Staatssekretär Dr. Erich Schmidt, die beiden Wiener Stadträte Hans Mayr und Ernst Schieder sowie Landesrat Ernst Höger aus Niederösterreich und der technische DOKW-Direktor Baurat Josef Kobilka.

Staatssekretär Dr. Erich Schmidt bestätigte, daß im Falle eines Vorziehens der Wiener Ausbaustufe der Donau eine Vorplanung im Ausmaß von zwei bis drei Jahren erforderlich wäre. Hainburg könnte bei einem raschen Bau ab 1987 Strom liefern.

Die Notwendigkeit eines forcierten Ausbaues der Wasserkraft in Österreich begründete der Staatssekretär einerseits mit der Umweltfreundlichkeit solcher Kraftwerke und andererseits mit der Tatsache, daß Strom aus Wasserkraft um die Hälfte billiger sei als Strom aus kalorischen Kraftwerken. 50 Groschen je kWh stehen mehr als ein Schilling bei kalorischen Kraftwerken gegenüber.

Bürgermeister Leopold Gratz und der Wiener Wirtschaftsstadtrat Hans Mayr wiederholten nach dem „Hainburg-Gipfel" in einer Pressekonferenz ihre Meinung, daß das Kraftwerk Hainburg Vorrang habe, wenn mit dem Bau rechtzeitig begonnen wird. Sollte es aber zu einer Verzögerung — was nicht angenommen werden soll — und eine Neuplanung notwendig sein, müßte man der Staustufe Wien Vorrang geben.

Grundwasserspiegels zu verhindern. Drittens schließlich liefere Hainburg doppelt so viel Energie wie das Projekt Wien.

Der Wiener VP-Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek erklärte gestern, die vernünftige Ansicht von Bürgermeister Leopold Gratz, im Falle einer Neuplanung des Kraftwerks Hainburg die Donaustufe Wien vorzuziehen, sei von Bundeskanzler Sinowatz desavouiert worden. Die von den sozialistischen Regierungsmitgliedern vertretene Vorgangsweise neuer Untersuchungen bei Hainburg hätte es eher geboten erscheinen lassen, sofort mit der Planung der Donaustufe Wien zu beginnen.

Landeshauptmann Ludwig drückte gestern sein Befremden über die Zusammensetzung der Teilnehmer des Gesprächs mit dem Bundeskanzler aus. Es seien nur Sozialisten eingeladen gewesen, die Entscheidung über den Bau des Donaukraftwerks könne aber keine parteipolitische Frage sein. Der niederösterreichische Landtag werde im Herbst über den Kraftwerksbau beraten. Danach will Ludwig Vorstellungen des Landes Niederösterreich gegenüber der Bundesregierung und der DOKW präzisieren

diesem Zusammenhang unterstrich r Bundeskanzler, daß es keinerlei einungsunterschiede zwischen d Niederösterreich über die Reihenge der Kraftwerksbauten gebe. ch die Vertreter Wiens seien der sicht, daß zunächst Hainburg baut werden soll. Nur für den Fall, ß dies nicht möglich wäre, [illegible] ienner Ausbaustufe der [illegible] gen werden.

Sinowatz [illegible]

Im August 1983 wurde als Folge der Meinungsdifferenzen zwischen Mitgliedern der Bundesregierung, Vertretern der E-Wirtschaft und Wiener Landespolitikern von Bundeskanzler Sinowatz ein Sondergipfel einberufen.

Als Ergebnis dieser Besprechung wurde festgehalten, daß das Kraftwerk Hainburg vor Wien gebaut werden sollte. Die endgültige Standortentscheidung über das Kraftwerk Hainburg sollte nach Auswertung der Gutachten erfolgen.[153]

Aufgrund einer von der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) zur Diskussion gestellten neuen Variante *„Röthelstein"* unterhalb von Hainburg verzögerte sich die Standortentscheidung erneut, denn in das Begutachtungsverfahren zur Erklärung zum bevorzugten Wasserbau wurde neben den Varianten Hainburg, Stopfenreuth und Petronell auch diese Kraftwerksalternative miteinbezogen.

Im November 1983 meinte aufgrund der nunmehr vorliegenden Gutachten und Stellungnahmen Bundesminister Haiden: *„Nur der ursprüngliche Standort (Hainburg) kommt in Frage."*[154] Er erklärte am 22. Dezember 1983 das Kraftwerksprojekt Hainburg zum bevorzugten Wasserbau.

Kurz nach dieser Entscheidung gab es „so gut wie keine Bereitschaft in der NÖ. Landesregierung, dem Bau des Kraftwerkes Hainburg die Zustimmung zu geben". Unter dem Titel *„Wie Ludwig die Au retten will"* wurde seitens Niederösterreichs erneut der Standort Röthelstein vorgeschlagen.[155]

Auch Bundesminister Steyrer war über die Entscheidung für den Standort Hainburg *„nicht glücklich"*, er meinte *in Ordnung ist das alles noch lange nicht".*[156]

Im Mai 1984 war eine neue *„alte"* Kraftwerksvariante Mittelpunkt der Zeitungsberichterstattung. Der „Kurier" berichtete unter der Schlagzeile *„Angebot der CSSR: Kraftwerk statt bei Hainburg direkt an der Staatsgrenze"* von einem Gespräch zwischen dem CSSR-Botschafter und Landeshauptmann Ludwig, wobei das Kraftwerk im Grenzgebiet zwischen Österreich und der CSSR errichtet werden sollte.[157] Drei Tage später dementierte der CSSR-Botschafter, daß es nie ein solches Angebot gegeben hatte. Bundeskanzler Sinowatz erklärte dazu, *„er lasse sich von Ludwig nicht gerne pflanzen. Dieser habe seinerzeit auch die Variante Röthelstein ins Gespräch gebracht, obwohl schon festgestanden sei, daß sie aus Gründen der Schiffahrt unmöglich wäre".*[158]

Nachdem sich der Standort Hainburg aufgrund der Gutachten bei den Behörden und Entscheidungsträgern durchgesetzt hatte, wurde die Suche nach Alternativstandorten aufgegeben und durch die grundsätzliche Frage, ob überhaupt gebaut werden soll, ersetzt. Erst nach den Ereignissen im Dezember 1984 wurde die Standortdiskussion erneut belebt.

Und als einer der ersten meldete sich Landeshauptmann Ludwig zu Wort und schlug zum wiederholten Male vor, *„die Standortvariante Röthelstein zu überprüfen".*[159] Aber auch Bundeskanzler Sinowatz gab zu verstehen, daß es der Regierung um ein

153) Wiener Zeitung vom 3. August 1983.
154) Wiener Zeitung vom 16. November 1983.
155) Kurier vom 4. Jänner 1984.
156) KronenZeitung vom 10. Jänner 1984.
157) Kurier vom 5. Mai 1984.
158) AZ vom 9. Mai 1984.
159) AZ vom 5. Jänner 1985.

Gesamtkonzept des Donauausbaues östlich von Wien gehe und daß man *„jetzt auch anderen Varianten gegenüber offen"* sei.[160)]

Vizekanzler Steger appellierte ebenfalls an die Notwendigkeit, eine österreichische Lösung des Hainburg-Konfliktes herbeizuführen: *„Mir kann niemand einreden, daß es von Wien bis zur Grenze nur einen einzigen Standort gibt. Ich bin überzeugt, daß andere Kraftwerksvarianten möglich sein müßten."*[161)]

Weitaus pessimistischer sah Landeshauptmann Ludwig die Hainburg-Situation im Jänner 1985. Für ihn ist das Kraftwerk Hainbrug *„in dieser Form erledigt, bis zur Nationalratswahl 1987 werde wohl nicht gebaut werden."*[162)]

In einem offenen Brief vom Jänner 1985 erläuterte Bundesminister Haiden, warum dem Standort Hainburg der Vorzug gegenüber den anderen Varianten gegeben wurde. Vor allem die dynamische Entwicklung der Donaueintiefung, die besondere geologische und hydrologische Situation aufgrund der Heilwasservorkommen und die

Es gibt keine ungeprüfte Standortvariante, die nun sozusagen mit einer Zauberformel aus dem Zylinder gezogen werden könnte!

Voraussetzungen für die Schiffahrt hatten ihn veranlaßt, das Kraftwerk am Standort Hainburg zu genehmigen. Und Haiden dazu wörtlich: *„Es gibt keine Standortvariante, die nun sozusagen mit einer Zauberformel aus dem Zylinder gezogen werden könnte!"*[163)]

160) Kurier vom 9. Jänner 1985.
161) Kronen-Zeitung vom 31. Dezember 1984.
162) Kurier vom 11. Jänner 1985.
163) Offener Brief von Bundesminister DIng. Günther Haiden, Jänner 1985.

3. 2 Hainburg oder Wien?

Ein weiterer Vorschlag im Rahmen der Standortdiskussion für das Kraftwerk Hainburg bestand darin, das Kraftwerk Wien vor Hainburg zu bauen. Dieser Gedanke war erstmals aus der Überlegung geäußert worden, daß die Genehmigung und der Baubeginn des Kraftwerkes Hainburg aufgrund der vielen und schwerwiegenden Probleme nicht termingerecht erfolgen könnte. Vizebürgermeister Busek vertrat für die Wiener ÖVP im Mai 1982 diesen Standpunkt.[164)] Diesem Vorschlag schloß sich auch der Wiener Planungsstadtrat Wurzer an; seiner Meinung nach sollte vor allem wegen des Hochwasserschutzes und der Grundwasserversorgung das Kraftwerk Wien vorgezogen werden.[165)]

Im Gegensatz zu Vizebürgermeister Busek und Stadtrat Wurzer äußerte sich Bürgermeister Gratz skeptisch zu einem Vorziehen von Wien, da es seiner Meinung nach keine ausgereiften Pläne für eine Staustufe Wien gibt [166)] und außerdem die Fertigstellung des Entlastungsgerinnes Voraussetzung für den Bau des Wiener Donaukraftwerkes ist. Dies bestätigte auch *„bedauernd"* der Wiener Umweltstadtrat Peter Schieder. [167)]

Einige Monate später aber wurde der Öffentlichkeit eine andere Vorgangsweise vorgeschlagen:

Die Wiener Politiker – Stadtrat Schieder und Vizebürgermeister Busek – waren, *„ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit, dafür, das unstrittene Hainburger Projekt zu stoppen und die für einen späteren Zeitpunkt geplante Staustufe Wien vorzuziehen."*[168)]

164) Kurier vom 28. Mai 1982.
165) AZ vom 27. Juli 1982.
166) Kurier vom 19. Jänner 1983.
167) Kurier vom 9. Februar 1983.
168) Kronen-Zeitung vom 6. Juni 1983.

Als weiterer Grund, warum Wiener Politiker für ein Vorziehen der Staustufe Wien eintraten, wurde von Stadtrat Schieder aufgezeigt: *„Für Wien stellt sich vor allem das Problem des Grundwassers, denn die Kosten für ein Ersatzgrundwasserwerk betragen 400 Mio. S."* Deshalb forderte Schieder: *„Die Staustufe Wien muß unbedingt Vorrang gegenüber Hainburg haben!"*[169]

Der gegenteiligen Auffassung war der Wiener Finanzstadtrat Mayr. Er setzte sich für das Kraftwerk Hainburg ein, da die Planungen für Hainburg fertig seien[170] und die Projektierung einer Staustufe Wien noch Jahre benötigen würde.

Bei einem Sondergipfel unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers wurde eindeutig festgehalten, daß gemäß der Regierungserklärung der Bau des Kraftwerkes Hainburg Vorrang besitzt.[171]

> Sinowatz verwies auf die Regierungserklärung, in der ein Ausbau der Wasserkräfte unter Wahrung des Natur- und Umweltschutzes vorgesehen sei. Bei dem zur Diskussion stehenden Kraftwerk werde ausdrücklich der „Raum Hainburg" genannt, wobei auch andere Standorte, wie z. B. Petronell, in Frage kämen. Er, Sinowatz, habe keinerlei Präferenz.

Im Gegensatz zu Vizebürgermeister Busek, der am *„Nein"* zu Hainburg weiter festhielt, stellte Stadtrat Schieder klar: *„Die Stadt Wien hätte zwar noch Einwände gegen den Bau (von Hainburg), sage aber nicht grundsätzlich nein."*[172]

169) AZ vom 21. Juli 1983.
170) AZ vom 27. Juli 1983.
171) Wiener Zeitung vom 3. August 1983.
172) AZ vom 30. November 1983.

Nach der Erklärung zum bevorzugten Wasserbau hielt die Diskussion – Wien oder Hainburg – unvermindert an. So meldete sich Bürgermeister Gratz zu Wort und übte vor allem wegen der ungenügenden Information durch die Donaukraftwerke scharfe Kritik an der Vorgangsweise der Kraftwerksplaner: *„Das Vertrauen in die E-Wirtschaft, daß alle Angaben hundertprozentig stimmen, ist bei mir nicht mehr vorhanden. Derzeit könne man noch nicht einmal sagen, welche Auswirkungen der Kraftwerksbau auf den Wiener Auwald, die Lobau, das Grundwasser und die Güte des Nutzwassers haben werde."*[173]

Demgegenüber verteidigte Bundesminister Haiden seine Entscheidung. *„Noch nie gab es so rigorose Auflagen"* für den Bau eines Wasserkraftwerkes.[174]

Die *„Angst um das Wiener Trinkwasser"* führte zu einer gemeinsamen Vorgangsweise der SPÖ- und ÖVP-Mitglieder der Wiener Landesregierung. Und Bürgermeister Gratz kritisierte neuerlich die DOKW: *„Wir verlangen, daß der Kraftwerksbau unser Wasser nicht beeinträchtigt"* und forderte *„mit der Planung des Wiener Kraftwerkes sollte unverzüglich begonnen werden".*[175]

Ultimativ ergänzte der Wiener Umweltstadtrat Schieder: *„Es ist nun Sache der DOKW, eindeutig zu beweisen, daß das Grundwasser der Donau und die Wiener Trinkwasserversorgung durch den Rückstau nicht gefärdet ist. Gelingt das nicht, darf Hainburg nicht gebaut werden."*[176]

173) AZ vom 4. Jänner 1984.
174) AZ vom 9. Jänner 1984.
175) Kronen-Zeitung vom 11. Jänner 1984.
176) Kronen-Zeitung vom 15. Jänner 1984.

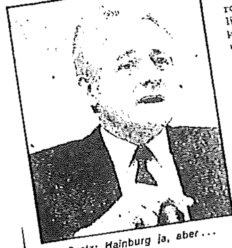
Wenn Hainburg gebaut wird, fordert Wien mehr als eine Milliarde Schadenersatz

An dem Zerwürfnis zwischen Hainburg-Planern und Wiens SP-Stadtvätern ist das liebe Geld schuld: Die Wiener wollen erst mit sich reden lassen, wenn die Kraftwerksbauer die horrenden Kosten für den Ausbau der maroden Kläranlage übernehmen. Dabe geht es um mehr als ein Milliarde Schilling. (Berich: Seite 19.)

Bürgermeister warnt vor zu vielen Konzessionen an E-Wirtschaft

Hainburg: Gratz-Kritik an DOKW

WIEN (AZ). „Das Vertrauen in die E-Wirtschaft, daß alle Angaben hundertprozentig stimmen, ist bei mir nicht mehr vorhanden.“ Wiens Bürgermeister Leopold Gratz, nach einem mehrwöchigen Kuraufenthalt wegen eines Herzleidens wieder in alter Frische im Amt, zeigte sich Dienstag über die laufende Hainburg-Diskussion herb enttäuscht. Die E-Wirtschaft mache es auch einem Befürworter der Wasserkraft schwer, wenn sie nicht von Anfang an alle Unterlagen auf den Tisch lege.



Gratz: Hainburg ja, aber …

„Da scheint schon wieder so etwas wie beim Kraftwerk Dürnrohr zu passieren: Die Verantwortlichen, in diesem Fall der DOKW, konzedieren nur zizerlweise etwas und dann gerade soviel, als unter dem Druck der Öffentlichkeit unbedingt notwendig erscheint.“ … Gratz will diese … Richtung E-Wirtschaft durchaus … voll“ gemeinte Erklärung als … schlag verstanden wissen. Er, Gratz, stehe dem Kraftwerksbau bei Hainburg noch immer aufgeschlossen und positiv gegenüber, warne aber davor, „sich Konzessionen kleinweise und in nach wöchigen Abständen abhandeln zu lassen“.

Derzeit könne man noch einmal sagen, welche Aus… gen der Kraftwerksba… Wiener Auwald der Grundwasser und d… Nutzwassers haben … sen Fragen wird di… stadt ihre Part… Wasserrechtsver… wahrnehmen.

Der stellver… sitzende warn… der Annahme … wachsraten … auch bedeute… gebraucht w… verbrauch j… deutet schon … liche Meng… …

Im I… schein… I.

Nun sind beide Wiener Parteien auf Umweltpfad

Zilk: Alle Pläne werden umweltgetestet

Auch die Stadt Wien zieht nun energische Konsequ… aus der – lau… Hai…

Die Kommission ist jed… der erste Ans… rientierung … Man begi… generell auf… ad. Wiens …

Helmut Zilk

Erhard Busek

Busek: Hainburg bestätigt meine Marschroute

… für die Politik insbeson… …rsch… für Kanal…

Also fordert er die Einl… tung der finanziellen Zusa…

… widerlegt „Krone“-Interpretation seiner Studie

Weiter Diskussion um Hainburg

WIEN (AZ). Die Diskussion um das Donaukraftwerk Hainburg reißt nicht ab. Stromexperte Dr. Jörn Kaniak widerlegte Dienstag Berichte der „Kronen-Zeitung“, die sich auf eine von ihm erstellte Studie stützen und zum Schluß kommen, daß der Bau Hainburgs gar nicht notwendig sei.

Kaniak widersprach auch der „Krone“-Meinung, daß die Kosten für den Bau Hainburgs, durch den Betrieb nicht hereingebracht werden können. Schon im ersten Jahr nach der Eröffnung werde es nahezu zu einem Gleichstand von Kosten und Erlös kommen. Die Verwirklichung des Zehn-Jahres-Ausbauprogramms ist sinnvoll, da dadurch ältere Öl- und Gaskraftwerke durch billigere Kohle- und Wasserkraftwerke ersetzt werden.

Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld sprach sich Dienstag unter der Voraussetzung, daß die Staustufe bei Petronell errichtet wird, für die Naßbauweise aus, um den Auwald weitgehend zu schonen. Die Bauarbeiter haben aber wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bauweise gefährlicher ist als die Trockenbauweise.

Wiens Finanzstadtrat Mayr setzte sich im Gespräch mit der AZ für das Hainburger Kraftwerk ein. Die Staustufe sei auch für die Schiffahrt notwendig — so könnten Mittelmeerschiffe bis Wien fahren. Wenn beide Staustufen, die in Wien und jene in Hainburg errichtet werden sollen, soll man mit jener in Hainburg beginnen, da der Planungsvorlauf 2 bis 3 Jahre beträgt und die Planungen für Hainburg fertig sind.

…errari: Für Bau

Bekanntlich sind zwei Varianten im Gespräch, eine sieht die Staustufe in Hainburg vor, die zweite eine bei Petronell. Bei einer Hainburger Staustufe befürchten Naturschützer die Zerstörung des Auwalds. Die Befürworter wiesen darauf hin, daß nur 10 Prozent des Auwalds ge… opfert werden müßten, der Re… aber durch die Stabilisierung d… Grundwasserspiegels gerett… werde. Die Staustufe von Petr… nell wiederum könnte Deutsch-Altenburger Heilque… gefährden.

Energiestadtrat Hatzl: Ja zu Hainburg

Entgegen des Eindruckes, der durch Zeitungsberichte entstehen konnte, sei die Stadt Wien dem Kraftwerksbau in Hainburg gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt, betonte Energiestadtrat Johann Hatzl gestern in einer Pressekonferenz. Es gebe zwar noch Bedenken bezüglich einzelner Aspekte, er sei aber optimistisch, daß gemeinsam mit den Donaukraftwerken Lösungen gefunden werden k… nen, sagte Hatzl.

Hainburg: Der Ball liegt bei Siegfried Ludwig

Wasserqualität der Donau wird durch Kläranlagen verbessert

AZ: Herr Landwirtschaftsminister, die „Kronen-Zeitung“ hat ein Gutachten veröffentlicht, wonach die Donau unterhalb von Wien in hohem Ausmaß verschmutzt sei, was den Verdacht bestätigte, daß ein Stausee Hainburg eine „stinkende Kloake“ werden würde.

HAIDEN: Wir untersuchen die Wasserqualität ständig und nicht nur stichprobenartig. In jenem Bereich sogar gemeinsam mit den tschechischen Behörden. Es ist schon möglich, daß die veröffentlichten Werte für eine Stichprobe stimmen, aber längerfristig haben wir immer zwei Werte: Im Winter die Wassergüte 2 bis 3, im Sommer die Wassergüte 2.

AZ: Keine Sorgen mit der Wasserqualität also?

HAIDEN: Natürlich muß die Wasserqualität der Donau verbessert werden. Sehr wesentlich ist da die Kläranlage Schwechat und die geplante Großkläranlage Wien, die wahrscheinlich ebenso wie die von Schwechat vollbiologisch arbeiten wird.

AZ: Wie geht es überhaupt weiter mit Hainburg?

HAIDEN: Der Ball liegt … bei Landeshauptmann Lu… Wenn dort das Naturschut… fahren abgeschlossen ist, … er wieder zu mir als ober… Wasserschutzbehörde.

AZ: Und wie lange wird … Ganze dauern?

HAIDEN: In meiner langjäh… gen Regierungspraxis habe i… mir abgewöhnt, Prognosen z… stellen …

Mit Landwirtschaftsminister Günther Haiden sprach AZ-Redakteur Peter Pelinka.

Haiden: Keine Prognosen

„Hainburg muß vor Wien gebaut werden“

Wiens Bürgermeister Leopold Gratz äußerte sich am Dienstag skeptisch zu einer Vorziehung der unproblematischen Donaustaustufe Wien gegenüber der von Umweltschützern heiß bekämpften Staustufe Hainburg: Es gebe für das Wiener Donaukraftwerk noch keine ausgereiften Pläne.

Gratz: „Im Prinzip wäre Wien an einem früheren Bau des Kraftwerkes im Bereich der Freudenau interessiert. Da aber noch kein baureifes Projekt vorliegt, würden die Vorarbeiten Jahre dauern. Damit käme das Ausbauprogramm der österreichischen Donaukraftwerke völlig durcheinander, und das umweltverschmutzende Kraftwerk Korneuburg könnte nach der Inbetriebnahme Dürnrohrs nicht stillgelegt werden.“

Wiens SP-Stadtregierung hat sich auf Einigkeit eingeschworen:

Ja zu Hainburg, aber nein zum DOKW-Plan

Der Hainburg-Spaltpilz, der die SPÖ-Stadträte der Wiener Stadtregierung zeitweilig übers Kreuz gebracht hat, ist – zumindest nach außen hin – vertilgt. Die neue Rath-
Linie heißt: ...

DOKW-Plänen nicht garan-
tiert. Sch...
Wasser...
Donaus...
und zug...

Schieder: „Das DOKW-Projekt nimmt keine Rücksicht."
...er Kläranlage
... möglicher-
...ustufe

Sinowatz: Wasserkraft ist umweltfreundliche Energie

WIEN (AZ, apa). Gleich mehrere Stellungnahmen gab es ...stern zum Bau des Donaukraftwerkes Hainburg. Bundes...nzler Sinowatz und Handelsminister Steger erklärten, daß ...e einen raschen Bau des Donaukraftwerkes für dringend not...endig erachten.

Er halte den Ausbau der Was...rkraft für die umweltfreund...hste Energiegewinnung, er...ärte der Bundeskanzler nach ...m Ministerrat. Die administra...ven Notwendigkeiten sollen jetzt ...sch vorangetrieben werden, sagte ...nowatz und betonte, daß dies ...uch für die niederösterreichische ...andesregierung gelte, die ja prin...ipiell auch für den Bau von Hainburg eintritt.

Für Hainburg sprach sich auch Vizekanzler Steger in der Parlamentsfragestunde aus. Er befür...wortete generell den weiteren Ausbau der Wasserkraftwerke. So könne die Zahlungsbilanz entlastet, der Stromimport verringert und die österreichische Stromversorgung gesichert werden.

Die Stadt Wien habe zwar noch Einwände gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg, sage aber nicht grundsätzlich nein, sagte Stadtrat Schieder bei einer Pressekonferenz. Finanzstadtrat Mayr bezeichnete ein weiteres Kraftwerk als notwendig für Stromversorgung und Schiffahrt.

Haiden: Bevorzugter Wasserbau noch keine Entscheidung in der Sache selbst

„Noch nie gab es so rigorose Auflagen"

Photo: AZ-Archiv

Haiden: Bau nicht gegen Naturschutz

WIEN (AZ). Landwirtschaftsminister Haiden sicherte Sonntag in der TV-Pressestunde zu, daß es bei der Errichtung eines Kraftwerkes noch nie so rigorose Auflagen gegeben haben wird wie für den Fall, daß das heiß diskutierte Projekt Hainburg realisiert wird. Er wies darauf hin, daß schon bei der Festlegung zum bevorzugten Wasserbau gewisse Voraussetzungen und Begleitmaßnahmen festgelegt wurden.

Neuerlich machte Haiden auch darauf aufmerksam, daß die Deklarierung zum bevorzugten Wasserbau noch keine Entscheidung in der Sache selbst ist, sondern nur das Ergebnis der Prüfung, ob ein Vorhaben im volkswirtschaftlichen Interesse liegt. Das Naturschutzverfahren liegt bei Niederösterreich, dazu kommen noch das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren und etwa das Verfahren der Baubehörden. Haiden: Wenn Niederösterreich aus Naturschutzgründen ablehnt, kann nicht gebaut werden.

Angesichts der Tatsache, daß in der Donau oberhalb und unterhalb Kraftwerke errichtet wurden, warnte Haiden davor, daß ohne Kraftwerk dazwischen die Donaueintiefung verschärft und die Au und das Marchfeld durch sinkenden Grundwasserspiegel weiter bedroht würden. Der Grundwasserspiegel im Marchfeld sei auch eine volkswirtschaftlich vorrangige Frage.

Die Beurteilung des Energiebedarfes ist, so Haiden, eine Sache des Handelsministeriums, doch würde das Hainburger Kraftwerk 500.000 Tonnen Öl im Wert von 1,5 Milliarden Schilling einsparen helfen. Für den Landwirtschaftsminister sind die entscheidenden Fragen: Wahl des Standortes, die größtmögliche Geringhaltung der Eingriffe in den Auwald und entsprechende Begleitmaßnahmen. Die Dotierung der Au, betonte Haiden, darf nicht der E-Wirtschaft überlassen bleiben, eine Gefährdung der ... Deutsch-Alt... kom...

...turschützer und betonte, er sei kein „Ex-officio-Verteidiger" der wenig kompromißbereiten Elektrizitätswirtschaft. Eine Verletzung des von Österreich ratifizierten internationalen Abkommens über den Schutz von Feuchtgebieten sieht der Minister nicht, wenn entsprechende ökologische Begleitmaßnahmen ergriffen werden.

In der Frage des Kraftwerkprojekts in Osttirol liegt die Sache insofern anders, sagte Haiden, als es dort nicht darum geht, ob überhaupt gebaut wird, sondern darum, ob die Umbalfälle einbezogen werden. Hier sei schon im Bevorzugungsverfahren ...schutzbehö... ...schal... ...der r...ie

Schieders Konzept: „Besser als Natur"

**Keine Gefahr für Wiener Wasserversorgung durch Bau des Donaukraftwerkes Hainburg
Scheidender Umweltstadtrat: „Saniertes Rinter-Zelt wird Ausstellungsobjekt"**

„Die Sicherung der Wasserversorgung Wiens wird im nächsten Jahrzehnt die wichtigste aller Umweltfragen sein." Dies erklärte der scheidende Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst im Wiener Rathaus, Dr. Peter Schieder, Freitag bei seiner letzten Pressekonferenz in dieser Funktion.

... seinen Nachfolger Helmut ... „präjudizieren" zu wollen, legte ...er umfassende Konzepte für die ... Wasserversorgung sowie ...d Abwasserbeseitigung vor. ...fahr für die Wasserversor... Bundeshauptstadt sieht ... Bau des Donaukraftwer... ...Euro' ein 800-Millio...

...wasser aus dem Stauraum östlich von ... Wien „geschützt werden; a... wird dem Pumpwerk Lobau ... Bereich der Donauinsel u... bereits vorgefiltertes D... zugeführt. Durch diese ... wird auch das Natu... Lobau erhalten blieben.

Während der Bauarbei... Grundwasserwerk auf de... für das bereits Vorberei... fen wurden und das in ... das Grundwasserwerk ... zen wird, die Wasserve... tieren. Durch ein ... Ablaufplan ... zei...

... stellte Schieder fest, daß durch die Sanierung der Deponie am Rautenweg ...ustadt und die Lösung ...

...stand, daß sie anders ... scheint, | ...den müßte) e... Milliarde, da ...

Hainburg-Frage spaltet nun die Wiener SPÖ

Hainburg-Spaltung in der Wiener SPÖ: Im Gegensatz zu Umweltstadtrat Peter Schieder wirft sich nun nach Verkehrsstadtrat Johann Hatzl auch der mächtige Finanzstadtrat Hans Mayr in die Schlacht für Hainburg.

Mayr sieht Hainburg nicht als Umweltzerstörung oder – wie Schieder – als Gefährdung für das Wiener Lobau-Trinkwasser. Nein! Mayr versteht das Kraftwerk als „Umweltreparatur". Derzeit entwässere die sich immer tiefer eingrabende Donau das Marchfeld. Der Hainburg-Stau würde den Spiegel anheben. Mehr noch: „Wir könnten uns den Marchfeldkanal ersparen" (Mayr).

Trotz dichter Uferdämme bis Wien? Mayr: „Jawohl!"

ENERGIE

Am schönen blauen Stausee

Die geplante Kraftwerks-„Staustufe Wien" könnte Hainburg an Problemen noch übertreffen.

V... R. TRAMONTANA

...würde: Fairerweise muß profil anmerken, daß seine Berichterstattung sich auf ein Bündel Protokolle von Gesprächen stützt, an denen eingestandenermaßen recht ratlose Experten, Führungskräfte der Stadt Wien und der DoKW beteiligt waren. Was die Staustufe Wien so delikat zu machen sc... ist der Um...

...doch haben Fachleute vor drei Monaten im Bericht „Wasserversorgung 2000" geschrieben, das neue Werk könne nicht mehr als 43.000 Kubikmeter Wasser pro Tag liefern – was eines Ersatzes eines Viertels entspricht.

Zu diesem volkswirtschaftlichen Problem kommt hinzu, daß die Nettokosten des Werks eine Marginalie zu sein scheinen verglichen mit den flankierenden: Weil der Wa... steigen muß, müsse... naubrücken gehob... Das kostet bei de... brück... (die völlig...

Abfangjägerkauf: Wiener Bürgermeister teilt Skepsis der Jusos

Zilk zu Hainburg: Übernehme Garantie für Wiener Wasser

Diplomatisch entzieht sich der neue Wiener Bürgermeister Helmut Zilk der Hainburg-Diskussion. „Meine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß, einerlei wie die Entscheidung über den Kraftwerksbau fällt, das Wiener Wasser funktioniert. Die Garantie dafür über...

Im Gegensatz zu Schieder war Wiens Energiestadtrat Hatzl optimistisch. Er betonte in einer Pressekonferenz, *„entgegen des Eindruckes, der durch Zeitungsberichte entstehen könnte, ist die Stadt Wien dem Kraftwerksbau in Hainburg gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt."*[177]

Trotz der Hinweise von Bundesminister Haiden auf die Wasserqualität und die Verbesserung der Wassergüte durch den Bau von Kläranlagen[178] beharrte die Wiener ÖVP auf ihrem *„Nein"* zu Hainburg; ihr Grund war die *„Sorge um das Wasser".*[179]

Im Mai 1984 berichtete der *„Kurier"* unter der Schlagzeile *„Deswegen ist Wiener SPÖ (noch) gegen Hainburg"*, daß die *„Wiener Stadtväter nicht so sehr die Sorge um die Donau-Au-Wälder zum vorläufigen 'Hainburg-Nein' bewogen hat, sondern die Hoffnung auf ein Milliardengeschäft"*[180]. Gemeint waren damit die finanziellen Zuschüsse der DOKW zur Verbesserung der Wasserversorgung und der Wiener Kläranlage.

Die Wiener SPÖ war in der Hainburg-Frage weiter gespalten; im Gegensatz zu Umweltstadtrat Schieder warf sich nun nach Verkehrsstadtrat Hatzl auch der mächtige Finanzstadtrat Mayr in die Schlacht für Hainburg. Mayr verstand das Kraftwerk als 'Umweltreparatur'.[181]

Nach diesen Meinungsverschiedenheiten war es notwendig, eine einheitliche Linie der Wiener Stadtregierung zu finden. Die Kompromißformel lautete: *„Ja zu Hainburg, aber nein zum vorliegenden Projekt"*,[182] das *„in dieser Form für Wien nicht akzeptabel ist."*[183]

Vier Monate später, im September 1984, waren die Einwände Wiens weitgehend ausgeräumt sowie vertraglich vorbereitet und Stadtrat Schieder versicherte: *„Keine Gefahr für Wiens Wasserversorgung durch den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg."*[184]

Und Bürgermeister Zilk meinte überzeugend: *„Meine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß, einerlei wie die Entscheidung über den Kraftwerksbau fällt, das Wiener Wasser funktioniert. Die Garantie dafür übernehme ich."*[185]

Trotz dieser nunmehr optimistischen Haltung der Wiener Landesregierung blieb Vizebürgermeister Busek für die Wiener ÖVP bei seinem *„Nein"* zu Hainburg.

Nach dem Dezember 1984 wurde erneut die Diskussion bezüglich eines Vorziehens der Staustufe Wien aktuell,[186] aber einige Tage später wieder verworfen.[187]

Bürgermeister Zilk erklärte im Jänner 1985, daß Wien die Konsequenzen aus dem *„Hainburg-Konflikt"* ziehen werde, sämtliche Planungen der Stadt, so auch *„das Projekt der Staustufe Wien soll eingehend von Fachleuten überprüft und in allen Auswirkungen genauestens analysiert werden".*[188]

Wie wenig dieses Bemühen nützen konnte, zeigte ein Bericht im *„Profil"*, in dem bereits, bevor die Planungen zur Staustufe Wien begonnen wurden, die Vermutung geäußert wurde: *„Die Staustufe Wien könnte Hainburg an Problemen noch überwiegen."*[189]

177) Wiener Zeitung vom 10. März 1984.
178) AZ vom 13. März 1984.
179) Kurier vom 20. April 1984.
180) Kurier vom 8. Mai 1984.
181) Kurier vom 25. Mai 1984.
182) Kurier vom 30. Mai 1984.
183) Wiener Zeitung vom 30. Mai 1984.
184) Wiener Zeitung vom 8. September 1984.
185) Kurier vom 5. Oktober 1984.
186) Kronen-Zeitung vom 29. Dezember 1984.
187) Kronen-Zeitung vom 4. Jänner 1985.
188) Kurier vom 8. Jänner 1985.
189) Profil Nr. 3, vom 14. Jänner 1985.

3.3 Die rechtlichen Verfahren

Die Beurteilung der Ereignisse von Hainburg wäre nicht möglich, ohne die rechtlichen Verfahren zu dokumentieren. Die Rechtssituation wie auch die Vorgangsweise im Rahmen der Genehmigungsverfahren führten zu heftiger Kritik; sowohl die Kraftwerksgegner als auch die durch den Kraftwerksbau befaßten Behörden nahmen an den von den Donaukraftwerken vorgelegten Grundlagen Anstoß. Gleichzeitig wurden anhand von Rechtsgutachten sowie Rechtsmeinungen einzelner und durch Diffamierung von Gutachtern Randbedingungen geschaffen, die den Verfahrensablauf erschwerten.

Als im Jahre 1981 die DOKW mit den generellen Planungen für ein Kraftwerk im Raume Hainburg begann, war nicht abzusehen, welche Bedingungen - ob dies nun die Frage der Heilquellen, der Grundwassersituation, des Trinkwassers und des Auwaldes war – zu beachten wären. Aufgrund der erschwerten geologischen und hydrologischen Voraussetzungen ergaben sich die ersten Probleme, denn durch Festlegung von einzelnen Politikern betreffend den Kraftwerksstandort verengte sich der Entscheidungsspielraum.

Als sich 1983 aufgrund der Untersuchungsergebnisse herausstellte, daß sich der ursprünglich ins Auge gefaßte und heftig kritisierte Standort Hainburg aus wirtschaftlichen wie auch ökologischen Gründen als günstiger erwies, mußten neben den bereits erfolgten Untersuchungen zu den Standorten Hainburg, Stopfenreuth und Petronell weitere durchgeführt werden.

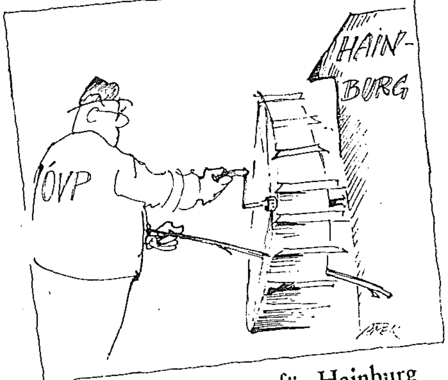
So führte beispielsweise die Einbeziehung der Variante Röthelstein zu einer Fristverlängerung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau.

Am 19. Mai 1983 stellten die Österreichischen Donaukraftwerke an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft das Ansuchen um Bevorzugungserklärung. Im Rahmen des Stellungnahmeverfahrens ergaben sich die ersten Schwierigkeiten dadurch, daß im Bevorzugungserklärungsverfahren von gesetzeswegen nur volkswirtschaftliche Aspekte maßgebend sind.[190] So wurde in einzelnen Stellungnahmen darauf verwiesen, daß in mehreren Punkten noch keine ausreichenden Unterlagen vorliegen. Dazu vertrat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Meinung, daß *„die vom Kraftwerksunternehmen eingereichten Unterlagen für die Beurteilung des volkswirtschaftlichen Interesses ausreichend sind und alle anderen Fragen erst im generellen wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren darzustellen wären".*

Diese Einwände wurden in der Öffentlichkeit so dargestellt: *„Jetzt legt sich die NÖ. Landesregierung quer. Die Landesregierung lehnt die Erklärung Hainburgs zum bevorzugten Wasserbau ab."*[191] Bundesminister Haiden, der für die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau kompetenzmäßig zuständig war, wurde aufgrund seiner klaren Entscheidung für das Donaukraftwerk Hainburg abqualifiziert.

190) Donaukraftwerk Hainburg, Erklärung zum bevorzugten Wasserbau, 22. Dezember 1983.

191) Kronen-Zeitung vom 15. Dezember 1983.



VP stellt Bedingungen für Hainburg

Mock: Politische Entscheidung erst nach Gutachten

Die ÖVP-Bundesparteileitung hat in ihrer gestrigen Sitzung in Wien einstimmig eine eher abwartende Haltung zum Kraftwerksbau Hainburg eingenommen. Wie Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock dazu in einer Pressekonferenz erklärte, bekenne sich die ÖVP aus ökologischen Gründen zum Ausbau der Wasserkraft. Sie werde jedoch nur dann einem Kraftwerk Hainburg zustimmen, wenn auf Grund qualifizierter wissenschaftlicher Gutachten garantiert werde, daß die Naturlandschaft des Auwaldes erhalten bleibt, die Heilquellen von Deutsch Altenburg keine Einbuße erleiden, das Marchfeld über das notwendige Grundwasser verfügt und die Trinkwasserversorgung von Wien und anderen betroffenen Gemeinden gesichert ist. Nach Angaben des niederösterreichischen Landeshauptmannes Siegfried Ludwig werden die Gutachten in etwa vier bis acht Wochen vorliegen. Das Land Niederösterreich werde seine Entscheidung jedoch erst nach Abschluß des wasserrechtlichen Verfahrens, für das der Landwirtschaftsminister zuständig ist, treffen.

Sollte es ein Volksbegehren gegen den Kraftwerksbau Hainburg geben, dann wird sich ... neutral ... sich ... Der

VP-Klub werde auch keine Pro-Kraftwerk-Petition im Parlament einbringen, zu der sich Abg. Ing. Gassner bereit erklärt hatte. Die Anti-Hainburg-Petition erlaube, das Für und Wider zu diskutieren.

Die VP-Bundesparteileitung befaßte sich, so Mock, ferner mit dem Kampf gegen das Waldsterben, die Reinhaltung von Luft und Wasser sowie mit der Abfallbeseitigung.

Der stellvertretende SPÖ-Vorsitzende, Innenminister Karl Blecha, meinte, genau jene Fragen, von deren Beantwortung VP-Obmann Mock eine Zustimmung der ÖVP zum Kraftwerk Hainburg abhängig mache, würden derzeit im Kompetenzbereich der zuständigen VP-Bezirkshauptleute liegen. Mock versuche mit seinen Aussagen erfolglos, den schweren Konflikt innerhalb seiner Partei zum Thema Hainburg zu übertünchen.

FPÖ-Obmann Vizekanzler Dr. Norbert Steger erklärte vor dem FP-Vorstand, daß nach internationalen Erfahrungen Strom aus Atomkraftwerken keine Alternative für die Versorgungssicherung darstelle. Einsparungen beim Energieverbrauch stellten die größte Energiereserve dar. Energiesparinvestitionen würden sich überdies auf das gesamte Bundesgebiet verteilen und würden sich nicht auf wenige Großprojekte beschränken.

In der TV-Diskussion um Kraftwerk Hainburg blieb die Kernfrage an Haiden unbeantwortet: Wer setzt Sie unter Druck, Herr Minister?

BERICHT SEITE 3

In TV-Diskussion blieb der Minister eine klare Antwort schuldig

Wer setzt Haiden wegen Hainburg unter Druck?

Wien. – Eine der wesentlichsten Fragen blieb bei der TV-Diskussion über das Kraftwerksprojekt Hainburg unbeantwortet: Wer hat Landwirtschaftsminister Günter Haiden unter Druck gesetzt, damit er – ohne wichtige Gutachten abzuwarten – das Vorhaben zum „bevorzugten Wasserbau" erklärt hat? Seine Rechtfertigungen standen auf eher schwachen Beinen.

Herr Strudl

„Den Sauhaufen von Albern tätn s bestimmt net so [o]hne weiters abholzen, wann [s] wüßten, daß bei uns no [a]ndere Sauhaufen gibt

Haiden trat dabei in die Fußstapfen des niederösterreichischen Naturschutzlandesrates ... Brezovszky, der sich, wenn es ... kle Entscheidungen geht, oft in allgemein kaum ...

VON ERICH

sche Spitzfindigk... Minister: „Auf... tungsverfahre... war nach ein... Zeit." Haiden... daß durch die... zugten Wass... keinerlei Ents... selbst gefaller... kollegen ... tats- und ... massiv ... der Land ... falls nicht ...

Waagschale geworfen wurden, kristallisierte sich jedoch deutlich heraus: Landwirtschaftsminister Haiden verwickelte sich in Widersprüche. Einerseits sagte er, daß es nicht um die Frage gehe, ob Hainburg gebaut werden solle oder nicht, sondern nur noch um das „Wo und Wie", andererseits aber versicherte er, daß das Kraftwerk nicht errichtet werden könne, wenn die Naturschutzbehörde – in diesem F... Land Niederösterreich ...

Hainburg „richtig und notwendig"

Sinowatz hofft auf positives Bewilligungsverfahren – Ablehnung kein Rücktr...

Der Bau eines Donaukraftwerkes bei Hainburg sei notwendig und richtig. Deshalb habe die Bundesregierung dieses Projekt auch ausdrücklich in die Regierungserklärung aufgenommen, erklärte Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz gestern bei einem Pressegespräch im Anschluß an den Ministerrat. Die Verwirklichung des Baus hänge jedoch nicht von einer politischen Willenserklärung, sondern vom behördlichen Bewilligungsverfahren ab. Er persönlich hoffe auf eine positive Entscheidung der niederösterreichischen Behörden. Sollte jedoch ...willigung erteilt werden, ... das Kraftwerk nicht ... wäre für ihn, Sinowatz, ... und, zurückzutreten. ...hnung des Bauvorha... Instanz wäre es Sache ...erke AG, gegen den ... Bundeskanz... diesem ... Dis... li-

...schaft verhandle derzeit mit verschiedenen Ländern über die Lagerung des Atommülls. Ergebnisse dieser Verhandlungen lägen jedoch noch nicht vor.

Zum Verhalten der ÖVP in Sachen Hainburg befragt, äußerte Sinowatz die Vermutung, daß es in der Oppositionspartei Kräfte gebe, die sich vor einer politischen Entscheidung d... ken wollen. Dies gehe soweit, da... die niederösterreichische VP, di... vor den Landtagswahlen klar zu ... burg bekannte, plötzlich nichts ... davon wissen wolle. D... hauptmann Siegfried ... sichtspräsident der ... derum maßgeblich ... ligt sei.

Auf das F... gierung K...

Für Kraftwerk, aber gegen Hainburg

VP-Generalsekretär Graff: Standort wackelt juristisch

Die ÖVP sage ja zum Donaukraftwerk, jedoch nein zum Standort Hainburg, solange Gefahr für das Wiener Trinkwasser, die Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg und die Au bestehe. Dies erklärte gestern bei einem Pressegespräch ÖVP-Generalsekretär Dr. Michael Graff, der diesen Standpunkt ausdrücklich nicht als „Jein" seiner Partei verstanden wissen möchte.

Graff sagte auch, daß die Entscheidung über Hainburg zunächst nicht ... sondern juristisch gefällt ...

Aktion nicht gut tue, wenn sie von einer Partei vereinnahmt werde. Er selbst werde das Volksbegehren nicht unterschreiben. Graff wörtlich: „Mich interessieren nicht die Frösche, mich interessieren die rechtlichen Voraussetzungen." Der „Wiener Zeitung" gegenüber unterstrich er dazu, dies stelle keinerlei Vorschrift für ÖVP-Politiker dar, diese müßten vielmehr ihrem Gewissen folgen.

Den Finanzminister nannte Graff gestern „glücklos". Bundeskanzler Sinowatz habe Salcher „Lügen ... in der TV-Presse...

Wegen der großen Gefahr für die Lobau

Zweites Wiener Nein zum Hainburg-Projekt

bevor es zu spät ist
Rettet die Donau!

Das ist das zweite „Nein" der Stadt Wien zum Donaukraftwerk Hainburg: Nachdem schon die Erklärung des Projekts zum „bevorzugten Wasserbau" abgelehnt worden war, stimmt die Bundeshauptstadt jetzt auch im wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren gegen die von den DOKW vorgelegten Pläne.

Wie berichtet, würde der Rückstau der Donau durch das Kraftwerk das Grundwasser der Lobau auf das schwerste beeinträchtigen. Im Grundwasserwerk Lobau werden

VON HELGA LONGIN

pro Tag bis zu 80.000 Kubikmeter Wasser gewonnen. Diese Menge ist für die Sicherheit der Wiener Trinkwasserversorgung unbedingt notwendig.

Die Bedenken Wiens betreffen in ...er Linie die Qualität des Grund...ers. So heißt es in der Stellung... die den DOKW am 20. Fe...gehen wird: „Alle bisher ...agenen Maßnahmen be... Wasserqualität müssen ...s unzureichend abge..."

...weltstadtrat Peter ...nn die DOKW keine neuen Pläne oder Detailunterlagen liefern, kann Wien dem Kraftwerksbau nicht zustimmen. Das Gesamtprojekt muß außerdem auch in Wien einem naturschutzbehördlichen Verfahren unterzogen werden."

Auf das höchste gefährdet ist auch der Weiterbestand der 130 Hektar großen Zaineth-Au im Bereich der Schwechatmündung bei Mannswörth (NÖ). Dort würde durch den Kraftwerksbau der Wasserstand bedenklich absinken. Dennoch gibt es derzeit keinerlei Pläne der DOKW für notwendige Gegenmaßnahmen.

Nach wie vor fehlen auch konkrete Aussagen über den Donauhochwasserschutz für Wien. Schieder: „Ein Ja Wiens zum Kraftwerk kann es erst nach einer Änderung des Projekts geben!"

So stellte die *„Kronen- Zeitung"* in einem Kommentar die provokante Frage: *„Weiß der Minister, wovon er redet?"*[192] Nachdem Bundesminister Haiden in einer Pressestunde erklärte, daß es *„noch nie so rigorose Auflagen für ein Kraftwerk gab"*,[193] blieb für die *„Kronen-Zeitung"* die Kernfrage *„Wer setzt Sie unter Druck, Herr Minister?"*[194] unbeantwortet.

Im Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, der das Kraftwerksprojekt Hainburg zum bevorzugten Wasserbau erklärte, wurde festgehalten, daß das Vorliegen der naturschutzrechtlichen Bewilligung vor der Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung erforderlich sei.

Bereits am 2. Dezember 1983 hatten die Donaukraftwerke an die Bezirkshauptmannschaften Wien-Umgebung, Bruck/L. und Gänserndorf das Ansuchen um naturschutzrechtliche Bewilligung gerichtet; dabei aber vergessen, daß nach § 4 Absatz 2 des NÖ. Naturschutzgesetzes um diese Bewilligung nur der Grundeigentümer, Pächter oder sonstige Nutzungsberechtigte ansuchen kann. Dieser Umstand führte zu Komplikationen bei der Verfahrensabwicklung. Daraufhin mußten die Donaukraftwerke sukzessive diese Vollmachten erst von den Grundbesitzern einholen. Aufgrund der Tatsache, daß in der Bevorzugungserklärung Bundes- und Landesgesetze miteinander in Beziehung gebracht wurden, wurde in der Öffentlichkeit die Meinung vertreten, daß Bundesminister Haiden gegen das Gesetz verstoßen hätte.[195]

Bereits im November 1983 suchten die Donaukraftwerke um die wasserrechtliche Bewilligung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft an. Erneut wurden auch in diesem Verfahren Stellungnahmen der Gebietskörperschaften und Interessensvertretungen sowie der Bundesdienststellen eingeholt.

Das Amt der Wiener Landesregierung stellte vorweg fest, *„daß der Bau des Kraftwerkes Hainburg grundsätzlich positiv beurteilt wird. Da jedoch im Bereich des Landes Wien wichtige öffentliche Interessen berührt werden, sollten in mehreren Punkten ausreichende Vorkehrungen zur Hintanhaltung von Nachteilen bzw. Beeinträchtigungen getroffen werden"*.[196] Bereits eine Woche vorher wußte die *„Kronen-Zeitung"* zu berichten, daß wegen der großen Gefahr für die Lobau Wien zum zweiten Mal gegen das Donaukraftwerk Hainburg Stellung bezog.[197]

„Das Land Niederösterreich" – so Landeshauptmann Siegfried Ludwig – *„werde seine Entscheidung jedoch erst nach Abschluß des wasserrechtlichen Verfahrens, für das der Landwirtschaftsminister zuständig ist, treffen."*[198]

Für die ÖVP meldete Generalsekretär Graff als Jurist Bedenken an, *„ob nämlich der Standort gemäß dem NÖ. Naturschutzgesetz und dem Wasserrecht überhaupt bewilligt werden kann"*.[199]

Bundeskanzler Sinowatz, zum Projekt Hainburg befragt, vertrat die Meinung, *„daß die Verwirklichung des Baues nicht von einer*

192) Kronen-Zeitung vom 18. Dezmber 1984.
193) AZ vom 9. Jänner 1984.
194) Kronen-Zeitung vom 9. Jänner 1984.
195) Kronen-Zeitung vom 20. Jänner 1984.
196) Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung vom 20. Februar 1984.
197) Kronen-Zeitung vom 15. Februar 1984.
198) Wiener Zeitung vom 27. April 1984.
199) Wiener Zeitung vom 9. Mai 1984.

politischen Willenserklärung, sondern vom behördlichen Bewilligungsverfahren abhängt. Sollte keine naturschutzrechtliche Bewilligung erteilt werden, könne man das Kraftwerk nicht bauen".[200]

Wie schwierig aber auch die Abwicklung des naturschutzrechtlichen Verfahrens war, zeigen folgende Pressemitteilungen. Die in I. Instanz zuständigen Bezirkshauptleute *„werden seit Wochen mit Briefen und Postkarten bombardiert. Weiters wurde eine Anzeige gegen unbekannte Täter erhoben, in der ein Sammelsurium von Vorwürfen, wie Täuschung, Betrug, Gemeingefährdung, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, beinhaltet war."*[201]

In der Folge standen vor allem die Naturschutzgutachten und deren Verfasser im Mittelpunkt der Kritik. Einerseits wurde der Vorwurf erhoben, daß die Gutachten im *„Hudri-wudri-Verfahren"* abgewickelt wurden,[202] andererseits mit Genugtuung festgestellt, *„alle Hainburg Gutachten haben schwerste Bedenken".*[203]

Einen Tag später schwächte man diese Feststellung jedoch ab, indem der *„Kurier"* folgende Richtigstellung brachte: *„Noch kennt man nicht den gesamten und genauen Inhalt der vier Amtsgutachten zum Bau des Kraftwerkes bei Hainburg. Aber dem Vernehmen nach befürchten alle vier Gutachter schwere Umweltschäden für Auwald und Wasserqualität."*[204]

Durch telefonischen Terror und anonyme Drohbriefe versuchten die Kraftwerksgegner,[205] einen der Amtsgutachter, Professor Otto Koenig, einzuschüchtern.

Gleichzeitig wurden einseitige Kommentare mit dem Titel *„Die Irrtümer des Otto Koenig"*[206] veröffentlicht. Diese Diffamierung und Gerüchte erschienen deshalb so schwerwiegend, weil erst am 20. Juni die Entscheidung über das naturschutzrechtliche Verfahren in I. Instanz getroffen wurde.

Zum selben Zeitpunkt warf Bundesminister Haiden der DOKW Säumigkeit betreffend die Beibringung von Unterlagen vor. Bundesminister Haiden dazu wörtlich: *„Wenn die E-Wirtschaft ein bißchen beweglicher gewesen wäre und gleichzeitig erkannt hätte, daß man Kompromisse braucht, könnte Hainburg schon gebaut werden."*[207]

In der Folge wies Bundesminister Haiden wiederholt darauf hin, daß die DOKW noch keine ausreichenden Unterlagen für das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren zur Verfügung gestellt hätte.[208]

Aufgrund von teils negativen und teils positiven Gutachten lehnten die Bezirkshauptmannschaften im Juni 1984 den Antrag auf naturschutzrechtliche Genehmigung ab. Daraufhin wurde der für Naturschutzangelegenheiten zuständige Landesrat, Dr. Brezovsky, vom NÖ. Landtag aufgefordert, in II Instanz zu entscheiden. In einem Dringlichkeitsantrag aller niederösterreichischen Abgeordneten wurde darauf verwiesen, daß dem Kraftwerk Hainburg sowohl vom Standpunkt der

200) Wiener Zeitung vom 23. Mai 1984.
201) AZ vom 8. Februar 1984.
202) Kronen-Zeitung vom 28. März 1984.
203) Kurier vom 10. Mai 1984.
205) Kurier vom 5. Juni 1984.
205) Kurier vom 5. Juni 1984.
206) Kronen-Zeitung vom 27. Mai 1984.
207) Wiener Zeitung vom 29. Mai 1984.
208) Wiener Zeitung vom 26. Juni 1984.

Ökologie als auch der Ökonomie weitreichende Bedeutung zukommt.[209] Im Juli 1984 stellte Landesrat Brezovszky fest, daß der in I. Instanz von drei Bezirkshauptleuten erlassene Bescheid im Hainburg-Verfahren einer Beurteilung des Verwaltungsgerichtshofes nicht standhalten würde, weil wichtige Entscheidungen dieses Höchstgerichtes übersehen wurden.[210]

Zur Forderung der Hainburg-Gegner, alle Verfahren öffentlich abzuwickeln, vertrat Landesrat Brezovszky die Meinung, daß dieses Verlangen gegen Verfassung und gegen verfahrensrechtliche Bestimmungen verstoße.[211] Daraufhin wurde von Seiten der Kraftwerksgegner von Geheimgutachten und Geheimverfahren gesprochen. Die an sich noch geheimen Gutachten im naturschutzrechtlichen Verfahren wurden von der *„Kronen-Zeitung"* in sensationeller Aufmachung veröffentlicht. So wurde vor allem das Gutachten von Professor Koenig dazu benutzt, seine positive Stellungnahme ins Gegenteil zu kehren.

Diese unvollständige und aus dem Inhalt gerissenen Zitate veranlaßten Professor Koenig zu folgender Aussage: *„Man hat mir das Wort im Munde umgedreht."*[212]

Als die Kraftwerksgegner daran gingen, die Hainburg-Gutachter für ihre Anliegen zu mißbrauchen, wurden kritische Stimmen laut. Diese Aktivitäten der Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens wurden als plumpe Blödelei dargestellt.

„Kurier"-Chefredakteur Leitgeb beurteilte diese Aktivitäten so: *„Die Themen Kraftwerksbau und Energiepolitik sind vielzu sensibel, als daß man sie auf das Niveau von Schmierenbühnen hätte drücken dürfen."*[213]

Bezüglich der rechtlichen Situation stellte Landesrat Brezovszky klar: *„Wenn es nach dem derzeitigen Naturschutzgesetz keine gesetzeskonforme Zustimmung geben kann, wird das DOKW-Projekt abgelehnt – eine Gesetzesänderung, eine ‚Lex-Hainburg', sei für ihn undenkbar."*[214]

Die Kraftwerksgegner – bisher vor allem emotionsbetont – wollten den Hainburg-Konflikt auf rechtlicher Ebene austragen. Dabei waren Schlagworte, wie Fälschung, Unkenntnis der Rechtslage, persönliche Bereicherung aktueller denn je.[215]

> Czwiertnia damals wörtlich: „In den Donau-March-Thaya-Auen soll ein Nationalpark entstehen, was nicht allzu schwierig sein kann, zumal allen Nutzungsansprüchen einschließlich des Kraftwerkbaues grundsätzlich Rechnung getragen werden kann." ■■

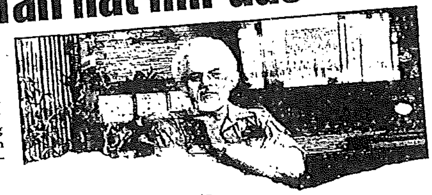
Neuer Zündstoff in der Hainburg-Entscheidung wurde durch einen pensionierten Naturschutzbeamten, Hofrat Czwiertnia, in die Öffentlichkeit gebracht. Er bezichtigte Landesrat Brezovszky öffentlich des Rechtsbruches. Czwiertnia, nunmehr entschiedener Kraftwerksgegner, hatte noch 1982 im NÖ. Naturschutzbericht auf einen Nationalpark *„Donau-March-Thaya-Auen"* hingewiesen, *„was nicht allzu schwierig sein kann, zumal allen Nutzungsansprüchen einschließlich des Kraftwerksbaues grundsätzlich Rechnung getragen werden kann"*.[216]

Nachdem Überlegungen des Bundesministeriums für Land- und

209) Dringlichkeitsantrag vom 17. Juli 1984.
210) AZ vom 19. Juli 1984.
211) Wiener Zeitung vom 20. Juli 1984.
212) AZ vom 1. August 1984.
213) Kurier vom 10. August 1984, 12. August 1984.
214) Kurier vom 12. September 1984.
215) Kurier vom 14. September 1984.
216) Naturschutzbericht 1979-1981, Wien 1982.

Die „Kronen-Zeitung" zitierte aus seinem Hainburg-Gutachten — aber „leider" unvollständig

Professor Koenig: Man hat mir das Wort im Mund umgedreht



WIEN (AZ). Professor Koenig, Verhaltensforscher und Hainburg-Gutachter, ist fuchsteufelswild: Die „Kronen-Zeitung" hatte in ihror Dienstagausgabe in sensationeller Aufmachung berichtet, entgegen bisheriger Annahmen sei auch er in einem (noch geheimen) Gutachten über Hainburg zur Auffassung gelangt, Hainburg sollte aus gesetzlichen Gründen nicht geb- werden. Koenig Dienstag ... Mund umgedreht."

Im Hainbu-

Brezovszky: Keine Öffenlegung des Verfahrens über Hainburg

Forderung der Volksbegehrensanhänger verfassungswidrig

-er als zweite Instanz im naturschutz- -chtlichen Verfahren um das -plante Donaukraftwerk Hainburg -ständige niederösterreichische Lan- -esrat Dr. Ernest Brezovszky hat -estern die Meinung vertreten, daß die -isherigen Forderungen der Kraft- -erksgegner sich nahezu ausschließ- -ch außerhalb der geltenden Verfas- ... rechtsstaatlichen Prin- ...den. Auch die Öffe-

Naturschutzreferent erst nach Zustellung allfälliger Bescheide spätestens nach dem 6. Jänner 1985 die Öffentlichkeit informieren. Nachdrücklich betonte Brezovszky in einer Ausser- dung, daß weder die Kraftwerks- ner noch die Kraftwerksbefür- die Berufungsbehörde auch nu- Millimeter vom rechtsstaatlic- zip wegbringen könnten.

Vertreter ... -ns

Haidens Hainburg-Entscheidung umstritten

Hat der Minister gegen das Gesetz verstoßen?

Hat Minister Haiden das Kraftwerksprojekt Hainburg widerrechtlich zum „bevorzugten Wasserbau" erklärt? Denn er verband die Erklärung mit der Auflage, daß im Land Niederösterreich das Verfahren positiv abgewickelt werden muß. Und das wäre gegen das Gesetz!

Derzeit laufen die Verfahren bei den Bezirkshauptmannschaften Wien-Umgebung, Gänserndorf und Bruck an der Leitha, die feststellen müssen, ob das Projekt mit dem Naturschutzgesetz in Einklang ...ht. Dabei dürfte SPÖ-Natur- ...tzlandesrat Dr. Ernest Bre-

kanzelt werden „Die Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft wird durch fortwährende Konfrontationen des Kraftwerksbaues mit dem Natur- und Umweltschutz geschmälert." Kommentar wohl überflüssig ...

Die Junge ÖVP wird auf ihrer ...

Otto Koenig: „Unkorrekt zitiert"

FREITAG, 10. AUGUST 1984

Hainburg-Gutachten für Werbefeldzüge entstellt

Wissenschaftler beklagen unkorrekte Zitierungen

Die Hainburg-Gutachter fühlen sich mißbraucht. Seit Wochen werben Befürworter und Gegner des umstrittenen Kraftwerksbaus mit Bild- und Gutachtenausschnitten für ihre Meinung. Jüngstes Opfer der Verhaltensforscher Otto Koenig, der von den Initiatoren des „Konrad-Lorenz-Volksbegehrens" in Flugblättern und Anzeigen zum Hainburg-Gegner hochsti... lisiert wird.

Koenig: „Man ... das Wort im Mu... Die Zitate seien ... Zusammenhang sein Gutachte-

mehr folgendes: Nach dem alten Verständnis von Naturschutz seien die Tiere in der Hainburger Au natürlich schützenswert – aber durch die Chemisierung der Umwelt habe der Naturschutz eine neue Dimension bekommen. Und der Selbstschutz der Menschheit be... ten ...

schon vorher dem Geologen Franz Boroviczeny passiert. Nachdem er vor Jahresfrist für das Landwirtschaftsministerium ein Gutachten über die Gefährdung der Deutsch-Altenburger Heilquellen erstellt hatte, benutzten die Hainburg-Befü... den Wis-

HAINBURG

„Sine ira et studio"

Ein pensionierter Beamter der nö. Landesregierung bezichtigt den zuständigen Naturschutz-Landesrat öffentlich des Rechtsbruches. Von Alfred WORM')

Einer, nämlich der pensionierte Wirkliche Hofrat der niederösterreichischen Landesregierung Dr. Erich ...rtnia, packt aus: der an- ...andesrat Dr. Ernst

ÖVP-Mann Czwiertnia – unter Ausschaltung des Dienstweges – den sozialistischen Landwirtschaftsminister Günther Haiden auf vermeintliche Rechtswidrigkeiten im Zusammenhang mit dem Kraftwerksba... und den Bundesforsten a... merksam, was natürlich Troubles führte. Czwiert... wurde zum Landesamtsdir... tor zitiert und vor die Alter... tive gestellt: Disziplinarver... ren oder Einreichung sei... Pensionierung.

Der unbequeme Hofrat einsichtig: „Ich habe Dienstweg ausgeschaltet. ... war nicht korrekt. Ich ... daher um meine Pensioni... einkommen." Die promp... am selb...

Anzeige gegen die DOKW — Jetzt ist eindeutig klar:

Hainburg-Gutachten hält nicht

WIEN (AZ). Jetzt ist es eindeutig: Der in der ersten Instanz von drei Bezirkshauptleuten erlassene Bescheid im Hainburg-Verfahren würde einer Beurteilung des Verwaltungsgerichtshofes nicht standhalten, weil wichtige Entscheidungen dieses Höchstgerichtes übersehen wurden. Dies erklärte Mittwoch der niederösterreichische Landesrat Brezovszky, der nun bis 6. Jänner 1985 als zweite Instanz entscheiden wird.

Brezovszky kündigte daher an, daß er neue Gutachten einholen wird (die dann der DOKW neuerlich zur Stellungnahme vorgelegt werden müssen).

Wie bereits kürzlic... AZ-Inter... sc... daß

sich aber durch nichts und niemanden drängen und orientiere sich nicht an Pressemeinungen, sondern an allen verfügbaren Daten ... prüfen ...lung aus- ...h nicht, ...ch kann ...ner ...

Wegen unkontrollierter Rodungen im Gebiet der Hainburger Au ist nun das Verfahren gegen die Donaukraftwerke AG (DOKW) eingeleitet worden, teilte Brezovszky mit. Nach dem Stand der bisherigen Erhebungen wurde offen... lich nicht gegen das niede... reichische Naturschutzgeset... dern wahrscheinlich geg... stimmungen des Forstrec... stoßen. Das Verfahren wer... heit schaffen.

Zu Meldungen üb... Schlägerungen meint... zu...

Haiden wirft DoKW Säumigkeit vor

Bewilligungsverfahren für Hainburg erst nach Entscheidung der Naturschutzbehörden

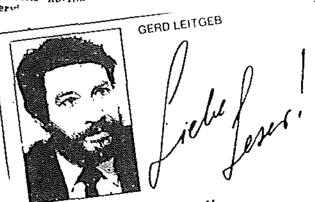
„Wenn die E-Wirtschaft ein bißchen beweglicher gewesen wäre und rechtzeitig erkannt hätte, daß man Kompromisse braucht, könnte Hainburg schon gebaut werden." Diesen Vor-...urf richtete Landwirtschaftminister Haiden gestern in einem ...

Unterlagen beizubringen, mit denen die DoKW die Auflagen erfüllen soll, die im Zuge des Verfahrens zur Erklärung zum bevorzugten Wasserbau erteilt worden waren. Es handelt sich dabei insbesondere um die Absicherung der Trink...erversorgung für ... der S... des Grundwas- ...die Verringe- ...auraumes ...-Ing. Hai-

schutz ist bekanntlich Sache der betroffenen Bezirkshauptmannschaften bzw. in zweiter Instanz des Landes Niederösterreich.

Der Landwirtschaftsminister macht deutlich, daß auch im Falle der Baubewilligung noch zusätzliche Auflagen erteilt würden. Ohne das Verfahr... präjudizieren ... Haiden, ist ...

GERD LEITGEB



So verlieren die Hainburg-Gegner ihre Glaubwürdigkeit

Die Gegner des Monsterkraftwerkprojektes bei Hainburg, dem ein beträchtliches Stück der na-...chen Donau-Auland-...um Opfer fallen ...nathi-

seinem positiven Gutachten seriöserweise auch Argumente gegen den Kraftwerksbau erwähnt hat.

Denn mit solchen Juxaktionen legt man den kritischen Menschen in diesem ...

Entscheidung über Bau von Hainburg wird auf dem Instanzenweg fallen

Haiden: Noch keine ausreichenden Unterlagen erhalten

Die Donaukraftwerke AG (DoKW) haben noch keinen Bescheid der ersten Instanz zum Bau des Kraftwer-...es Hainburg erhalten. Dies erklärte ... Finanzdirektor der DoKW, ... sich ...

Er habe noch keine ausreichenden Unterlagen von der Donaukraftwerke AG erhalten, auf deren Basis er eine generelle Bewilligung zum Bau des Kraftwerks Hainburg erteilen könnte, erklärte gestern Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Günter Haiden. Die ...

Forstwirtschaft, zu den wasserrechtlichen Verhandlungen 27.000 Anrainer einzuladen, wieder verworfen wurden, fand im Oktober 1984 die Behördenbesprechung und im November 1984 die wasserrechtliche Bewilligungsverhandlung statt. Dabei konnte mit allen Betroffenen – Gemeinden, Ländern und Behörden – Einigung erzielt werden.

Trotzdem versuchten die Tageszeitungen, durch *„Sensationsberichte"* gegen das Projekt Hainburg Stellung zu nehmen. So wurde aus einem *„Schriftstück"* eines Beamten, der sich auf Detailfragen des Hainburg-Projektes bezog, die Schlagzeile *„Auch Bautenministerium übt nun Kritik am Kraftwerk Hainburg".*[217]

Noch im Oktober 1984 wies das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auf *„Mängel im Hainburg-Projekt"* hin. Vor allem fehlende Unterlagen sollten nachgereicht und die offenen Fragen zur Wassergüte und über Abwassereinleitungen der Stadt Wien beantwortet werden.[218]

Dies war deshalb erstaunlich, weil bereits eine grundsätzliche Lösung der Probleme zwischen Wien und den Donaukraftwerken Mitte September 1984 erzielt wurde.[219]

Am 11. Oktober 1984 nahm Bundesminister Haiden die Kritik seines Ministeriums zurück und die DOKW in Schutz, *„die Vorgangsweise wäre im Wasserrechtsverfahren durchaus üblich"* und *"die offenen Fragen stellten keinen Mangel dar und wären inzwischen großteils geklärt."*[220]

Vor der naturschutzrechtlichen Entscheidung in II. Instanz wiederholte sich die Kritik der Zeitungen. Nachdem man in der *„Kurier"*-Redaktion bereits vor der ersten Entscheidung von vier vernichtenden Gutachten berichtete, wußte man diesmal von *„neuen Geheimgutachten gegen den Kraftwerksbau in Hainburg."*[221] Die *„Kronen-Zeitung"* präzisierte dieses Gerücht und erhob schwere Vorwürfe gegen Landesrat Brezovszky, weil *„fünf Gutachter den Kraftwerksbau ablehnen"*[222]

Am 26. November 1984 beendete Landesrat Brezovszky die Spekulationen über die Gutachten und erteilte unter Vorschreibung von 31 Auflagen die naturschutzrechtliche Bewilligung für die Errichtung des Donaukraftwerkes Hainburg. Elf der zwölf Gutachten waren positiv. Zur erneut geforderten Offenlegung der Gutachten stellte Landesrat Brezovszky fest: *„Ich bin zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Wegen der Morddrohungen und undemokratischen Methoden geht es auch darum, die Gutachter zu schützen."*[223]

Von Seiten der Kraftwerksgegner wurde Landesrat Brezovszky zur Zielscheibe aller Angriffe. *„Sein Bescheid sei abenteuerlich",* [224] meinen die Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens.

Eine Klage wegen Amtsmißbrauch wurde am 7. Dezember 1984 bei der Staatsanwaltschaft Wien eingebracht. Kläger war neben DDr. Nenning, Dr. Mauthe, Dr. Lötsch und vielen anderen auch der Pensionist Dr. Czwiertnia. Im Gegensatz zu einigen Universitätsprofessoren und anderen Hainburg-Gegnern stellte der ÖVP- Klubobmann in Niederösterreich, Dr. Bernau, Landesrat Brezovszky das Zeugnis aus *„gesetzestreu gehandelt zu haben, als er als alleinverantwortliche II. Instanz grünes Licht für den Kraftwerksbau in Hainburg gegeben habe."*[225]

217) Kurier vom 20. September 1984.
218) Kurier vom 9. Oktober 1984.
219) Aktenvermerk DOKW-Stadt Wien vom 19. September 1984.
220) Kurier vom 11. Oktober 1984.
221) Kurier vom 6. November 1984.
222) Kronen-Zeitung vom 26. November 1984.
223) AZ vom 28. November 1984.
224) Kronen-Zeitung vom 3. Dezember 1984.
225) AZ vom 5. Dezember 1984.

Am 5. Dezember 1984 erteilte auch Bundesminister Haiden den wasserrechtlichen für den Bau des Kraftwerkes Hainburg. 326 Auflagen, davon mehr als 60 für den Umweltschutz, untermauerten die Behauptung, daß *„noch nie ein Standort für ein Kraftwerk so sorgfältig geprüft wurde"*.[226)]

Am 19. Dezember 1984 wurde dieser generelle wasserrechtliche Bewilligungsbescheid im Punkt 41) der Auflagen abgeändert und am 21. Dezember 1984 erhoben mehrere Grundeigentümer gegen den Bewilligungsbescheid Beschwerde und stellten gleichzeitig den Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung. Diesem Begehren wurde vom Verwaltungsgerichtshof am 2. 1. 1985 stattgegeben. Die Ursachen, die zum Rodungsstopp führten, waren darin begründet, daß entgegen dem von den Donaukraftwerken eingereichten Projekt der zu verlegende Marchfeld- Schutzdamm nicht innerhalb der Grenze des Auwaldes errichtet, sondern aufgrund des Betreibens der forstwirtschaftlichen Sachverständigen in die angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Grundflächen verlegt werden sollte.

Obwohl sich sowohl die Vertreter der Landwirtschaft als auch die DOKW im Rahmen der Behördenverhandlung gegen diese Maßnahme aussprachen, wurde im Punkt 41) des Bewilligungsbescheides diese Verlegung des Marchfeld-Schutzdammes auf landwirtschaftliche Grundstücke vorgeschrieben. In dem am 19. 12. 1984 geänderten Punkt 41) des wasserrechtlichen Bescheides wurde der bisherige Text insoferne abgeschwächt, als die Möglichkeit der Dammverlegung zu prüfen wäre. Diese Auflage in der ursprünglichen Fassung hatte aber zur Folge, daß in diesem Bereich Grundeigentümer erlangen könnten. Drei dieser Grundeigentümer hatten von der Möglichkeit, Beschwerde zu führen, Gebrauch gemacht und, obwohl vom Verwaltungsgerichtshof ausdrücklich hinzugefügt wurde, daß mit Zuerkennung der aufschiebenden wirkung noch keine Sachentscheidung präjudiziert wurde, mußten die Rodungsarbeiten, die bis 31. Jänner 1985 befristet waren, eingestellt werden.

In der Folge wurde eine Reihe von Beschwerden gegen den wasserrechtlichen und naturschutzrechtlichen Bescheid durch den World-Wild-Life-Fund beim Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof eingereicht.

Am 5. März 1985 bestätigten die Höchstgerichte in einer neunten und vorerst letzten Erkenntnis die Rechtsmäßigkeit der naturschutzrechtlichen Bewilligung. Noch anhängig sind je zwei Beschwerden beim Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof gegen den Wasserrechtsbescheid des Landwirtschaftsministeriums und die gegen Landesrat Brezovszky laufende Strafanzeige wegen Amtsmißbrauches.

Zur gesamten rechtlichen Situation kann derzeit noch kein abschließendes Urteil abgegeben werden, da die Rechtssprechung der Höchstgerichte noch abzuwarten ist. Eines kann aber vorweggenommen werden, die im Dezember 1984 in der Stopfenreuther-Au begonnene Baustellenerschließung sowie die Rodungsarbeiten erfolgten in rechtmäßiger Ausübung einer erteilten Bewilligung.[227)]

226) AZ vom 7. Dezember 1984.

227) Bericht des Bundeskanzlers vom 23. Jänner 1985.

3.4 Die Aussagen von Parteien und Interessenvertretungen zu Hainburg

Hainburg war kein Streitpunkt zwischen den Regierungsparteien und der Oppositionspartei, Hainburg war bei allen im Parlament vertretenen Parteien vor allem ein interner Konflikt, eine Auseinandersetzung von Jugend-, Frauen- und Naturschutzorganisationen mit den Parteienspitzen. Obwohl es keine Besonderheit ist, wenn Jugendorganisationen ihre Kritikfähigkeit unter Beweis stellen, ist Hainburg beachtenswert, weil hochrangige Funktionäre als vehemente Kraftwerksgegner in Erscheinung traten und damit zu einem mehr oder minder großen Teil ihrer Partei in Opposition standen.

Diese Vorgangsweise führte bei den Parteien zu Verwirrung und Orientierungslosigkeit. Obwohl alle bemüht waren, nach außen Einigkeit zu dokumentieren und deswegen eine Reihe von Gipfeltreffen durchführten, war eine einheitliche Parteilinie zumeist nur von kurzer Dauer.
Diese grundsätzliche Betrachtung wäre aber zu einfach, weil die Frage *„Kraftwerk Hainburg"* nicht von der Kritik an der E-Wirtschaft , von den Vorgangsweisen von Bundes- und Landesdienststellen und von der durch Taktik bestimmten Verhaltensweise von Politikern auf Bundes- und Landesebene getrennt werden kann.

In der SPÖ war durch die klare Haltung von Bundeskanzler Sinowatz, der immer wieder auf die Notwendikeit des Kraftwerkes Hainburg hingewiesen hat, die Gruppe der entschiedenen Kraftwerksgegner eher klein.

Zumeist waren es Vertreter der *„sozialistischen Jugend"* und der *„Jungen Generation"*, die sich zu Hainburg kritisch äußerten. Neben den Jugendgruppen waren es aber auch die Umwelt- und Naturschutzvereine, die gegen Hainburg Stellung bezogen.

In Konflikt konnten jene Funktionäre geraten, die einerseits aufgrund ihrer persönlichen Tätigkeit und andererseits durch Funktionen in anderen Organisationen differenzierte Aussagen zu treffen hatten.

So hat aufgrund von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SPÖ Bundeskanzler Sinowatz im August 1983 einen Sondergipfel einberufen. Als Ergebnis dieser Besprechung gab er bekannt, daß Hainburg gemäß der Regierungserklärung Vorrang besitzt und zur endgültigen Entscheidung sollten noch Gutachten geprüft bzw. abgewartet werden.[228)]

Obwohl damit der einheitliche Standpunkt der Bundesregierung festgelegt wurde, standen in der Folge nuancierte Interpretationen öffentlich zur Diskussion.

So meldete sich erstmals Wissenschaftsminister und Naturfreundeobmann Fischer zu Wort. *„Die Regierung habe zu dem Projekt noch nicht ja gesagt. Die endgültige Entscheidung werde von den Gutachten abhängen."*[229)]

Und am selben Tag stellte sich als erster prominenter SPÖ-Abgeordneter, Josef Cap, gegen die offizielle Parteilinie. *„Hainburg soll gar nicht gebaut werden."*[230)]

Auch kurz bevor die Entscheidung über die Bevorzugungserklärung des Kraftwerkes

228) Wiener Zeitung vom 3. August 1983.
229) Wiener Zeitung vom 6. August 1983.
230) Kronen-Zeitung vom 6. August 1983.

1. Die „Überflutung": Der Bau muß so erfolgen, daß das Auwaldgebiet auf den betroffenen 38 Flußkilometern weiterhin regelmäßig überflutet wird.

2. Keine Eintiefung oder Aufhöhung: Das Mittelwasser im fließenden Gewässer und im Grundwasser muß erhalten bleiben, weil jede Veränderung das Gleichgewicht der Natur gefährden würde.

3. Gießgänge und Saumgänge: Durch die vom Strom abzweigenden Gießgänge zur Bewässerung der Au müssen 2 bis 5 Kubikmeter Wasser pro Sekunde fließen.

4. „Überschwemmungen": Damit die Wasserkapazität des Bodens aufgefüllt wird, müssen die zweijährlichen sommerlichen Überschwemmungen der Au auch weiterhin erfolgen können.

5. Gerinne... keit der S... jenseits des ... vorzusehen.

6. Keine ... flächen: Tr... Überschwem... stagnierende... eil diese ... n Baum...

7. Überfl... ch des ... ersorgu... s hier ... ies er... erte ...

Regelmäßige Au-Überflutung, Schutz für Tiere und Pflanzen

Hainburg: Das sind die 31 Umweltschutz-Forderungen

VON AZ-REDAKTEUR HERBERT LACKNER

Der niederösterreichische Naturschutzlandesrat Brezovszky hat, wie die AZ berichtete, 31 Auflagen erlassen, die beim Bau des Donaukraftwerks Hainburg berücksichtigt werden müssen. Dazu kommen noch jene Auflagen, die bereits Landwirtschaftsminister Haiden erteilt hatte. In den nächsten Tagen sollen nun die Forderungskataloge der beiden Politiker, die sich teilweise überschneiden, akkordiert werden. Im folgenden die 31 „Umweltgebote" für den Bau des Hainburg-Kraftwerks.

20. Rodung im Winter: Die notwendigen Rodungsarbeiten müssen im Herbst oder Winter, also nach Abschluß der tierischen Fortpflanzungsperioden, durchgeführt werden.

21. Maßhalten beim Tourismus: Im Raum Hainburg-Petronell-Stopfenreuth, wo die ökologisch bedenklichsten Auwaldverluste eintreten, dürfen keine neuen Sportanlagen oder touristisch Einrichtungen gebaut werden.

22. Behutsame Landschafts... ge... N... I...

NÖ: SJ-Obmann für Kraftwerk an der Donau

NIEDERÖSTERREICH, WIEN (AZ). Im Gegensatz zu Abgeordnetem Josef Cap trete ... für die ... einer ...

HAINBURG

DENKPAUSE

Als Präsident der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz trommelte Herbert Moritz jahrelang für die Erhaltung der Hainburger Au. Seit Montag ist Schluß damit. Als Regierungsmitglied muß er für das Kraftwerksprojekt sein.

VON CHRISTOPH KOTANKO

Salzburg am Donnerstag der Vorwoche im Chiemseehof, dem Sitz der Landesregierung ... Landeshauptmann- ...

waldähnlichen Auwälder zur Folge haben müssen,
● weil damit die Leben- ...

NÖ-Landesrat Brezovszky gab „grünes Licht" für Hainburg

31 Naturschutzauflagen zur Sicherung des Grundwassers, des Wiener Trinkwassers und zur Erhaltung der Donauauen

Der Naturschutzreferent der niederösterreichischen Landesregierung, Landesrat Dr. Ernest Brezovszky, gab gestern grünes Licht für den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg. Grundlage für diese Entscheidung in zweiter Instanz waren, wie Brezovszky bei einer Pressekonferenz mitteilte, zwölf Sachverständigengutachten und zwei Verpflichtungserklärungen der Donaukraftwerke AG. Elf der zwölf Gutachten waren positiv. Vorbehaltlich der wasserrechtlichen und forstrechtlichen Bewilligungen des Landwirtschaftsministeriums könne Hainburg bei Erfüllung von 31 Naturschutzauflagen gebaut werden. Die Entscheidung des niederösterreichischen Landesrates löste gestern ... Pro- und Kontrareaktionen aus.

Brezovszky teilte ...

Moritz kritisch zu Hainburg

GRAZ (apa). Der Salzburger Landeshauptmannstellvertreter Moritz (SPÖ) äußerte sich gestern in seiner Funktion als Präsident der Gesellschaft für Natur- ...

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Stubenring 1 A-1012 Wien

Amt der NÖ Landes...

21. ... 1984

Bearb. ... Stempel
Sachbearbeiter/Klappe

Unsere Geschäftszahl
14.560/375-I 4/84

(0 22 2) 75 00 DW

Datum
1984 12 19

Betreff Kraftwerk Hainburg, Sistierung der Auflagen

Allein für Umweltschutz 60 Auflagen für den Kraftwerksbau

Haiden gibt Startzeichen für den Bau von Hainburg

WIEN (AZ). Das Kraftwerk kann gebaut werden: Nachdem am 5. Dezember von Landwirtschaftsminister Haiden ein ...

B e s c h e i d

Gemäß § 68 Abs.2 AVG 1950 in Verbindung mit §§ 105 und 122 WRG 1959 wird verfügt:

1) Im Punkt 36, 3.Satz, der Bedingungen und Auf... wasserrechtlichen Bewilligungsbescheid f... Hainburg vom 5. Dezember 1984, Zahl 14.5... ...den die Worte "vor Rodungsbeginn" durc... ...öglich gleichlaufend mit dem Rodun... ...nd der 2. und 4. Satz durch ... zu ersetzen: "Die Möglichkeit ...en Strom-km 1883,5 und Stopfen... ...d angrenzenden Bereich sowie in ... ...d Orth an den Rand der Au ist zu p... auf Grund entsprechender Detailpr... ...sondert entschieden."

Hainburg weiter im Gespräch

Fischer: Regierung hat nicht ja gesagt, Entscheidung hängt von Gutachten ab

Erstmals hat sich nun auch Wissenschaftsminister Dr. Heinz Fischer zum geplanten Bau des Kraftwerkes Hainburg zu Wort gemeldet. Im Morgenjournal des Hörfunks erklärte ... Regierung hab... ges Freiheitlicher Wirtschaftstreibender, Abg. Hermann Eigruber, in einer Aussendung ein. Es entspreche dem ... die Elek- ... übrigen sei für Hainburg ke... che Argumentationsgrundla... den, sagte Cap. Er sei a... einen Druck seitens der E... Bau der Kraftw...

apa 062-id
hainburg/verfassungsgerichtshof/wwf

auch vfgh weist hainburger naturschutzbeschwerde des wwf zuruck 1
utl.: wwf-anwalt: brezovszky aber von keinem vorwurf freigesprochen=
wien, 6.3. (apa) - mit der gleichen formalistischen begrundung wie der verwaltungsgerichtshof hat nun auch der verfassungsgerichtshof die beschwerde gegen den naturschutzbescheid des niederosterreichischen landesrates dr. ernest brezovszky im genehmigungsverfahren fur das geplante donau-kraftwerk bei hainburg zuruckgewiesen, die der wiener rechtsanwalt dr. heinrich wille im auftrag des world wildlife fund (wwf) und im namen von funf stopfenreuther bauern eingebracht hatte.++++
... der begrund... ...ch gegenub...

kores teleXanto

Bernau: Hainburg-Entscheidung korrekt

Für die ÖVP sprach in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag 1985 wieder einmal Doktor Bernau, der neue Klubobmann der Mehrheitsfraktion. Er war nicht ganz so polemisch wie Pröll, beschuldigte jedoch den früheren Bundeskanzler Kreisky, für das Dilemma um Zwentendorf verantwortlich zu sein. Landesrat Doktor Brezovszky stellte Bernau das Zeugnis aus, gesetzesgetreu gehandelt zu haben, als er als alleinverantwortliche zweite Instanz grünes Licht für den Kraftwerksbau in Hainburg gegeben habe.

Hainburg fiel, vermerkten die sozialistischen Naturfreunde kritisch: *„Die E-Wirtschaft ist bisher den Nachweis für die energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Kraftwerksbaues schuldig geblieben."*[231] Und im Juni 1984 erklärte Bundesminister Fischer vor einem Umweltforum der Naturfreunde: *„Ich behaupte, wenn Hainburg nicht gebaut wird, gehen in Österreich nicht die Lichter aus, und wenn Hainburg gebaut wird, ist das weder das Ende des Umweltschutzes noch der Verlust der hohen österreichischen Lebensqualität."*[232]

Obwohl ressortmäßig nicht zuständig, war es für manche Politiker nicht leicht, sich von Aktionen der Kraftwerksgegner zu distanzieren.

So veranstaltete im September 1983 die *„Kronen-Zeitung"* ein Donaufest in Hainburg – nach eigener Einschätzung *"ein Symbol gegen die Rücksichtslosigkeit der Verbetonierer"*. Unter dem Titel *„Prominente Teilnehmer"* berichtete die *„Kronen-Zeitung": „Neben Sportminister Dr. Helmut Zilk, der die Siegerehrung der Donauregatta übernahm, bekundeten auch zahlreiche Künstler mit Auftritten ihre Solidarität."*[233]

Besonders exponiert im Hainburg-Konflikt war der ehemalige Landesparteiobmann von Salzburg und jetzige Unterrichtsminister, Dr. Moritz, der sich in seiner Funktion als Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz kritisch zum Kraftwerk äußerte und feststellte, daß *„aus der Sicht des Umweltschutzes der Kraftwerksbau abzulehnen sei"*.[234]

Nicht zuletzt war die Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz (ÖGNU) maßgeblich an diversen Publikationen und Untersuchungen gegen den Kraftwerksbau beteiligt. Obwohl er noch als Landespolitiker feststellte, *„Ich kann in meiner politischen Funktion keine andere Haltung einnehmen als in Erfüllung meiner Aufgabe als Vorsitzender der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz", legte er, nachdem er in die Bundesregierung berufen wurde, diese Funktion zurück*[235] und enthielt sich bisher jeglicher Meinung zu Hainburg.

Aufgrund von Meinungsumfragen, die bei den Jugendlichen eine stärkere Ablehnung von Hainburg feststellten, begannen auch die Jugendorganisationen, ihre Aktivitäten gegen Hainburg in der Öffentlichkeit darzustellen. Gemeinsame Appelle – inner- und überparteilich – sollten den Eindruck vermitteln, daß die Jugend Österreichs gegen den Kraftwerksbau eingestellt wäre. Die SP-Jugend glaubte im März 1984, auch den *„parteipolitsichen Kern des Problems" zu treffen, als unter der Schlagzeile „Hainburg kostet Wählerstimmen"* der Abgeordnete Cap klarstellte: *„Die Konsequenz aus der Salzburger Wahl muß sein, Hainburg und Zwentendorf endgültig aus dem politischen Programm zu streichen.*
Tut die SPÖ das nicht, dann riskieren wir, daß die Serie der Wahlniederlagen weitergeht."[236]

Aber nicht die gesamte sozialistische Jugend vertrat diese Meinung, denn einen Tag später sprach sich der SJ-Obmann von Niederösterreich, Karl Schlögl, für den Ausbau der Wasserkraft und das Kraftwerk Hainburg aus.[237]

231) Kronen-Zeitung vom 20. Dezember 1983.
232) Kurier vom 25. Juli 1984.
233) Kronen-Zeitung vom 26. September 1983.
234) AZ vom 7./8. April 1984.
235) Wochenpresse Nr. 37 vom 11. September 1984.
236) Kronen-Zeitung vom 29. März 1984.
237) AZ vom 30. März 1984.

Nein zu Hainburg!

Der VSStÖ verurteilt das gewaltsame Vorgehen
der Exikutive gegen Demonstranten in der Au
Hainburg.
Dieser Polizeieinsatz stellt den vorläufigen H
punkt einer Politik dar, die die Anliegen breit
Bewegungen nicht zur Kenntnis nimmt.
Wir fordern den sofortigen Stopp der Rodungsarbe
Kein Bau des Kraftwerks Hainburg vor der Klärung
folgender Punkte:

- Umweltverträglichkeitsprüfung
- Überprüfung der energiepolitischen Notwendigkeit auf Basis eines Bedarf gutachtens
- Erstellung eines gesamtösterreichisc alternativen Energiekonzepts

Wir verurteilen darüber hinaus auf das Schärfste
Einleitung eines Parteischiedsgerichtsverfahrens gegen
Freda Meißner-Blau und Günther Nenning und die Ver-
hängung eines Berufsverbotes gegen diese Personen im
ORF.
Für den VSStÖ beweisen die Äußerungen des Klubobmanns
pp Wille betreffend einer Gewerkschafts-
n in Hainburg, daß weder die Gewerkschaften
aldemokratie, noch die Vertreter des K. Lorenz
s die Gefahr einer falschen Frontstellung
mie und Ökologie, Arbeitsplätzen und
genügend erkannt und bekämpft haben.

Nach SPÖ-Verlusten an Grüne bei Salzburger Wahl:

SP-Jugend revoltiert wegen Hainburg gegen Parteiführung

Bericht auf der Seite 3

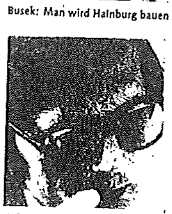
Ofner: Meine Liebe gehört den Auen bei Hainburg

„Meine Liebe gehört den Hainburger Auen, meine Pflicht der Regierung." Er wolle aber als „Gegner Hainburgs" keinen Zündstoff in die Koalitionsre... bringen, erklärte Justizmini... Ofner gestern in sei... Wien. Er ... Frage, w... Hai...

Klares Nein zum Kraftwerk Hainburg

Busek fordert von Steger Energieplan

Busek: Man wird Hainburg bauen



Schüss...

Im Expertenstreit über den tatsächlichen Strombedarf Österreichs sei nun endlich eine politische Entscheidung nötig, fordert Wiens ÖVP-Obmann Erhard Busek von Handelsminister Norbert Steger eine energiepolitische Zielvorgabe. Schuld an der völligen Konzeptlosigkeit in Energiesachen sei allerdings nicht Steger, sondern dessen Vorgänger Staribacher, der sich um ein Energiekonzept beharrlich gedrückt habe.

Ohne ein solches politisches Konzept seien Befürwortung oder Ablehnung von einzelnen Kraftwerken „immer nur die Diskussion um den zweiten Teil des Problems". Wie notwendig ein solches Konzept sei, ersähe man schon daraus, daß von der E-Wirtschaft die Prognosen nicht ... wür- ... romver-brauchszunahme mit 3,4 Prozent vorausberechnet, tatsächlich sei der Stromverbrauch nur um 0,6 Prozent (1981) und 1,7 Prozent (1982) gestiegen und im ersten Halbjahr 1983 sogar um 1,5 Prozent gesunken!

Gemeinsam mit Wirtschaftsbundgeneralsekretär Wolfgang Schüssel sprach sich Busek gegen den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg aus. Die Staustufe Wien sei vorzuziehen. Busek gab sich jedoch überzeugt, daß nach der niederösterreichischen Landtagswahl das Kraftwerk Hainburg doch gebaut werde. Grund für diese Vermutung ist ihm die ausweichende Haltung der Bundesregierung. „Mich fasziniert, wie der Regierung in ihrer Informationspolitik alles gelingt, nur kein klarer Standpunkt!" (Lesen Sie dazu auch auf Seite 15.)

Fischer: Auch ohne Hainburg genug Strom

Die Politik der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch müsse konse-...

Cap: Hainburg soll gar nicht gebaut werden

Wien. – Mutiges Aufbäumen vo... Juso-Chef Cap gegen die off... Parteilinie ...

VSSTÖ

Verband Sozialistischer Studenten/innen Österreichs

Jetzt revoltiert die Jugend in allen drei Parteien gegen Hainburg!

Wien. – Das sollte der Regierungskoalition, die von einer Wahlniederlage in die andere stolpert, zu denken geben: Jetzt revoltiert die Jugend aller drei Parlamentsparteien gegen Hainburg. ... sozialistischen Jugend und der Jungen ÖVP schloß sich ... freiheitlicher Jugend den Kraftwerksgegnern an. Die ... für die Rettung der Auwälder.

... verlangen aber ... Standort, ... Ausbaustufe bekommt."

● Othmar Karas, Chef der Jungen ÖVP: „Solange das Energiekonzept der Regierung nicht vorliegt, darf kein Großkraftwerk gebaut werden. Man darf nicht munter drauflos verbetonieren, ohne sich mit den ökologischen Problemen auseinanderzusetzen. Bei Hainburg ... nat...

SP-Jugendorganisationen erläutern ihr Umweltschutzprogramm

Argumente für den Öko-Appell

Der „Öko-Appell" von SP-Jugendvertretern – wie die AZ berichtete – hat zu unterschiedlichen Reaktionen geführt: So stimmte Wissenschaftsminister Fischer den meisten Punkten (mit Ausnahme der Gegnerschaft zu Zwentendorf und Hainburg) zu, doch einige AZ-Leser reagierten eher negativ. Die Verfasser des Appells haben nun Erläuterungen zu ihren Forderungen verfaßt:

Wir erleben derzeit die größte ökonomische, ökologische und politische Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Ausgehend vom Ölpreis... siebziger ... ökolo- ...

... ziente Arbeit notwendigen Kompetenzen erhält.

● Alle im Ausland mit Atomkraftwerken gemachten Erfahrungen bestätigen die Entscheidung der österreichischen Bevölkerung bei der Volksabstimmung 1978. Vor ... hat sich in der Zwischenzeit ... Umw...

... gestellt werden. An allen umw... vanten Verfahren soll ein Um... walt beteiligt sein, der di... Rechte einer Verfahrens... nießt und sowohl von B... auch von den Projektw... hängig ist. Durch die f... hinderung von um... Fehlplanungen kann n... mieden werden, daß es zu langwi... gen und ... komm... be...

Jung-Nationalrat fordert Absage an Hainburg

Cap will Energiestiftung gründen

Die Bundesregierung musse ... ich noch in dieser Legislaturperiode endgultig auf die Ab-...

Parlament das Hainburger Projekt wieder zur Diskussion gestellt werde ... derzeit in Tirol auf ...

soll Die Grundung dieser Stiftung sollte von Umweltschutzgruppen, nicht von Interessensvertretungen ausgehen, als Leiterin konne er sich Freda ...ner-Blau vorstellen.

In der Folge wurde die Forderung nach Verzicht auf den Bau des Kraftwerkes wiederholt, wobei die SP-Jugendorganisationen ihre Haltung in einem *„Öko-Appell"* zusammenfaßten, der inhaltlich dem Gesetzestext des *„Konrad-Lorenz-Volksbegehrens"* ähnelte, [238] obwohl die SP-Jugend das Volksbegehren ablehnte.

Nach den Dezember-Ereignissen, die bei der sozialistischen Jugend heftige Kritik hervorriefen, forderte der SP-Abgeordnete Cap den raschen Verzicht auf Hainburg und die Gründung einer unabhängigen *„Energiestiftung"* mit Freda Meissner-Blau als Leiterin.[239]

Diesen kritischen Stimmen zum Kraftwerk Hainburg stand aber eine große Anzahl von Befürwortern gegenüber, die angeführt von der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter, die Landesparteiorganisationen wie auch die meisten Unterorganisationen umfaßte. In Meinungsumfragen wurde innerhalb der SP-Wähler eine breite Zustimmung für den Kraftwerksbau festgestellt.

Aber nicht nur in der SPÖ waren die Meinungen zu Hainburg geteilt; in der FPÖ stand der Aussage von Vizekanzler Steger *(„Ich bin für den Ausbau der Donau durch Kraftwerke, denn wenn man die Donau so läßt, wie sie jetzt ist„ wird sie schrittweise kaputt.")*[240] die Meinung von Justizminister Ofner und der freiheitlichen Jugendorganisationen entgegen.

Bundesminister Ofner, gleichzeitig Obmann der FP-Niederösterreich, präzisierte seine Meinung zu Hainburg so, *„Er stünde dem geplanten Kraftwerksbau in Hainbrug sehr kritisch, d. h. ablehnend, gegenüber, da man sich in der Regierungserklärung darauf festgelegt habe, werde Hainburg wohl gebaut werden."*[241]

Im Zuge der NÖ. Landtagswahlen bekräftigte Ofner erneut sein *„Nein"* zu Hainburg, indem er vermutete, daß *„die Staustufe Hainburg derzeit überflüssig ist."*[242] Und auf die Frage, ob dieses Verhalten nicht zu einem Konflikt führen könnte, antwortete Bundesminister Ofner: *„Meine Liebe gehört den Hainburger Auen, meine Pflicht der Regierung."*[243]

Auch die FPÖ-Jugend stellte nach eingehender Abwägung der Für und Wider fest: *„Der Kraftwerksbau in Hainburg ist nicht notwenig, weil es keinen zusätzlichen Energiebedarf gibt."*[244]

Die Haltung der ÖVP zu Hainburg war durch das Bemühen geprägt, eine einheitliche Linie zu finden. Dies war deshalb so schwierig, weil führende Politiker dieser Partei bereits frühzeitig und kompromißlos den Bau des Kraftwerkes Hainburg ablehnten und in der Öffentlichkeit ihre Meinung mit dem Ziel vertraten, die ÖVP auf einen Anti-Hainburg-Kurs einzuschwören.

Bereits 1982 forderte Vizebürgermeister Busek im Namen der Wiener ÖVP einen Planungsstopp für Hainburg. Stand bis 1983 in allen Stellungnahmen der Politiker der Bau eines Kraftwerkes außer Streit, so nahm die ÖVP-Abgeordnete Hubinek erstmals die kompromißlose Argumentation der Kraftwerksgegner auf. Sie stellte in ihrem Namen sowie für die Österreichische

238) AZ vom 26. November 1984.
239) Kurier vom 22. Jänner 1985.
240) Kurier vom 13. August 1983.
241) Kronen-Zeitung vom 24. August 1983.
242) Wiener-Zeiutng vom 21. September 1983.
243) Wiener Zeitung vom 22. Mai 1984.
244) Kronen-Zeitung vom 11. April 1984.

Nun Spaltung in der ÖVP wegen Kraftwerk Hainburg

Dagegen: Busek

● Wiens VP-Chef Busek will in Wien jetzt Volksbefragung dagegen

Dafür: Gassner

● Christgewerkschafter Gassner: Initiative im Parlament dafür

Gassner für den Ausbau von Hainburg

Der Bundesvorsitzende der FCG, ÖGB-Vizepräsident Johann Gassner, erklärte gestern, daß es notwendig ist, daß für den Bereich der Energie raschest die notwendigen Entscheidungen gefällt werden. Deshalb fordert er die Bundesregierung auf, das dringend notwendige Energiekonzept dem Nationalrat vorzulegen. Bei der Festlegung jener Energiequellen, welche für die Erzeugung von heimischer Energie herangezogen werden, ist selbstverständlich darauf Rücksicht zu nehmen, daß bei der Erzeugung von Energie die Umwelt nicht belastet und die Natur nicht mutwillig zerstört wird. Deshalb vertritt Gassner die Ansicht, daß als sauberste Energiequelle die Wasserkraft weiterhin vorrangig zu nutzen ist und Hainburg unter gewissen Voraussetzungen, wie z. B. Schutz der Heilquellen in Deutsch Altenburg und der Wiener Trinkwasserversorgung, ausgebaut werden soll.

Das umstrit... nun die ...

VP-König für Hainburg

...onst würde Aulandschaft allmählich absterben

Wiener ÖVP setzt wieder Aktivitäten gegen Hainburg-Pläne

Volksbefragung über den Kraftwerksbau?

Aufregung um Medienberichterstattung über Kraftwerksprojekt:

VP sagte nicht „nein" zu Hainburg

HAINBURG, WIEN (AZ). Ein... Aufregung verursachte ...

...liegen ... Schuch übte Kritik am ORF ... sei für ein „10 vor 10"

Sanfter Druck gegenüber NÖ

Das „Nein" ...

● **Gratz: „Schad' ums Geld!"**

Sorgen um die Wiener ... aber den ...

Hainburg: VP-Betriebsräte fordern Rücktritt von ÖAAB-Heinzinger

AK, Gewerkschafter: Rasch bauen!

WIEN (AZ, apa). Nach der Erklärung Hainburgs zum bevorzugten Wasserbau drängten Freitag Arbeiterkammer und Gewerkschaft auf einen zügigen Bau. Auch der VP-Betriebsrat der Donaukraftwerke ... bundkonzerns stel...

...mer. Es wäre energie- und wirtschaftspolitisch nicht vertretbar, ... heimische und umweltfreund... als Energiequelle

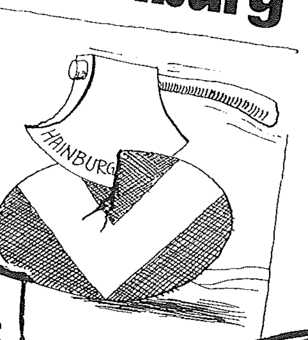
VP-Obmann ließ Gassners Kraftwerk-Petition nicht zu

Mock vergatterte VP auf Jein zu Hainburg

...aftwerk Hain... n Alois Mock ... das Einbrin... FCG-Obmann ... seine Absicht ... ÖVP-Linie zur ... Ähnlich wie ...chen Span... Arbeit Markt... nun ...welt... ...irt... ...ite zur

„Grüne Revolte" in der ÖVP:

Frauen und Jugend gegen Hainburg!



Hainburg: Hubinek droht mit Klage

WIEN (apa). Die VP-Abgeordnete Hubinek sagte am Wochenende, ein Kraftwerksbau bei Hainburg wäre ein Bruch des niederösterreichischen Naturschutzgesetzes und der internationalen Feuchtgebiet-Konvention. „Wir werden uns nicht scheuen, die Umweltinteressen auch durch Klagen vor den Zubetonierern zu schützen", machte sich Hubinek stark.

Nach Zerreißprobe für VP: Mock vergattert Abgeordnete auf Pro-Hainburg

Hainburg: Mock will ein VP-internes Waterloo abwenden

WIEN (AZ). VP-Obmann Mock hat sich die Hainburg-Zerreißprobe in seiner Partei selbst eingebrockt: Während sich die VP-Spitze seit Monaten hinter einem „Jein" verschanzte, drängte einerseits der Wirtschaftsflügel der VP auf den Kraft... ...sich anderseits ein Grünflügel als Anti... ...internes Waterloo ab... ...Krisensitzung ...

DIE AXT IM HAUS ...

zu haben. ... ge Unterstel... ...emand ... den vier ...

NÖ-ÖVP ist sauer auf Busek Half Haiden SP-Brezovszky?

Die Hainburg-Entscheidung von SPÖ-Landesrat Er... ...gegriffen haben dürfte. Für parteipolitischen Wirbel sorgt Hainburg inzwi...

Frauenbewegung der ÖVP fest: *„Mit dem Bau des Kraftwerkes Hainburg sollte besser zugewartet werden. Es ist anzunehmen, daß es wahrscheinlich als Energiequelle gar nicht benötigt wird."*[245]

Trotz des steigenden Stromverbrauches im ersten Halbjahr 1983 sprach sich gemeinsam mit Erhard Busek auch Wirtschaftsbundgeneralsekretär Schüssel gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg aus.[246]

Als die Hainburg-Entscheidung von Bundesminster Haiden absehbar war, stellte Landeshauptmann Ludwig, obwohl er sich persönlich immer der Meinung zum Kraftwerksbau enthielt, fest: *„Wir lassen uns nicht von der Dampfwalze der Regierung überrollen."*[247]

Gleichzeitig bekräftigte der Wiener ÖVP-Obmann Busek sein *„Nein"* zu Hainburg[248] und die ÖVP-Abgeordnete Hubinek drohte bei positiver Entscheidung mit Klage.[249]

Die prinzipielle Entscheidung für den Bau des Kraftwerkes zog weitere Reaktionen nach sich. So schloß sich der ÖAAB-Generalsekretär und ÖVP-Umweltsprecher Walter Heinzinger den Kraftwerksgegnern an. *„Strom, der aus der Zerstörung der Umwelt gewonnen werde, sei der teuerste"*[250], erklärte Heinzinger und wurde daraufhin von ÖAAB-Betriebsräten aufgefordert zurückzutreten.[251]

Den positiven Stellungnahmen aus Kreisen der Wirtschaft und Industrie standen kritische Aussagen gegenüber, die sich vor allem gegen die ihrer Meinung nach kompromißlose Vorgangsweise der DOKW aussprachen.[252]

Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll warf der E-Wirtschaft vor, daß *„keine Beweise vorliegen, daß wir Hainburg brauchen"*.[253]

Aufregung verursachte ein Fernsehbericht über eine ÖVP-Bundesparteileitungssitzung, in der von einem *„Nein"* der ÖVP zu Hainburg berichtet wurde. Der Abgeordnete Dr. König war bemüht, eine Klärung des *„wahren"* Sachverhaltes zu geben; resümierend wurde dazu festgestellt: *„Die Volkspartei sagte nicht »nein« zu Hainburg"*[254], die abwartende und unentschiedene Haltung wurde damit weiter prolongiert.

Von Seiten der VP-Abgeordneten Hubinek und Heinzinger wurde der Eindruck erweckt, als würde die ÖVP gegen Hainburg sein, diese *„unzulässige Interpretationen"* zogen weitere heftige Reaktionen der Abgeordneten Gassner, Vetter und König[255] nach sich.

Im April 1984 berichtete der *„Kurier"*, welche Aktivitäten von der ÖVP zu Hainburg geplant werden. *„Nachdem drei Abgeordnete eine Petition gegen das Projekt (Hainburg) eingebracht haben, reicht nun FCG-Obmann Gassner eine Betriebsräte-Petition für das Kraftwerk ein. Projekt-Gegner Erhard Busek forderte eine Volksbefragung und Othmar Karas (Junge ÖVP) macht ein Volksbegehren."*[256]

Tags darauf berichtete der *„Kurier"* über das Ergebnis im Bundesparteivorstand, *„Mock vergatterte die VP auf Jein zu Hainburg"*.[257]

Die bevorstehende Hainburg-Entscheidung führte in der ÖVP zu einer *„grünen Revolte"*,

245) Wochenpresse Nr. 25 vom 21. Juni 1983.
246) Kurier vom 4. August 1983.
247) Kronen-Zeitung vom 19. Dezember 1983.
248) Wiener Zeitung vom 10. Dezember 1983.
249) Wiener Zeitung vom 19. Dezember 1983.
250) Wiener Zeitung vom 22. Dezember 1983.
251) AZ vom 24. Dezember 1983.
252) AZ vom 4. Jänner 1984.
253) Kronen-Zeitung vom 6. Jänner 1984.
254) AZ vom 14. Jänner 1984.
255) Wiener Zeitung vom 10. März 1984. AZ vom 14. März 1984. Kurier vom 21. März 1984.
256) Kurier vom 26. April 1984.
257) Kurier vom 27. April 1984.

sowohl die Frauen- als auch die Jugendorganisationen hatten zum Sturm gegen den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg aufgerufen. Sie traten für *„mehr Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit statt Lippenbekenntnisse und Tricks"* ein.[258]

Die Anti-Hainburg-Haltung von Wiens ÖVP-Obmann Busek führte auch in Niederösterreich zu Verärgerung. So kritisierte der niederösterrreichische ÖVP- Sekretär Gustav Vetter *„Busek solle sich nicht in niederösterreichische Angelegenheiten einmischen, da gehe es um zuviel Profilierungssucht."*[259]

Aufgrund dieser widersprüchlichen Aussagen und sachpolitischen Differenzen fand im November 1984 eine klärende Sitzung des ÖVP-Parlamentsklubs statt, die zu einem Pro-Hainburg -Kurs der ÖVP führte. Aber obwohl ein Teil der Hainburg-Gegner resigniert hatte (Heinzinger *„Zug nach Hainburg ist abgefahren"), waren die Abgeordneten Hubinek und Karas sowie Vizebürgermeister Busek weiter gegen Hainburg aktiv.*[260] So plakatierte Busek als ÖVP-Obmann in Wien, *„Als Wiens Bürgermeister würde ich den Bau von Hainburg nicht zulassen"* und geriet erneut in Streit mit dem Wiener Handelskammerpräsident Dittrich, der kritisch feststellte, daß es dazu keine Beschlüsse gäbe.[261]

Im Jänner 1985 befaßte sich ein *„Profil"*-Artikel mit der Situation der ÖVP nach Hainburg. Im Vorspann wurde resümierend festgestellt: *„Im Jahre eins nach Hainburg verlangt VP-Chef Mock von seiner Partei mehr Toleranz und Disziplin. Er wird wissen, warum."*[262]

Im Gegensatz zu den Parteien hatten die Interessenvertretungen der Wirtschaft und der Arbeitnehmer frühzeitig an ihrer positiven Haltung zum Kraftwerksbau Hainburg keine Zweifel aufkommen lassen. Sowohl Gewerkschaften als auch Arbeiterkammern auf der einen Seite und die Industriellenvereinigung und die Bundeswirtschaftskammer andererseits nahmen in zahllosen Publikationen und Versammlungen die Gelegenheit wahr, auf die Notwendigkeit des Ausbaues von Wasserkraftwerken hinzuweisen.

Bereits 1981, also rund ein Jahr nachdem die Bürgerinitiative ihren Kampf gegen das Donaukraftwerk Hainburg mit kräftiger Unterstützung der Zeitungen aufgenommen hatte, nahmen 500 Betriebsräte an einer Informationsfahrt der AKNÖ und des ÖGB auf der Donau teil. Dies war die erste *„stille Demonstration der schweigenden Mehrheit für die weitere Errichtung von Kraftwerken".*[263] Unter dem Motto *„Wirtschaft-Energie-Vollbeschäftigung"* wurde auf die energiewirtschaftliche Bedeutung des Kraftwerkes Hainburg hingewiesen.

Im Juli 1983 meldeten sich erstmals die Betriebsräte der am Bau beteiligten Firmen zu Wort. Einhellig wurde die Meinung vertreten, daß jede Bauverzögerung beim Bau von Hainburg zu schweren Problemen am Arbeitsmarkt führen würde.[264]

258) Kronen-Zeitung vom 29. Oktober 1984.
259) Kurier vom 29. November 1984.
260) AZ vom 30. November 1984.
261) AZ vom 13. Dezember 1984.
262) Profil Nr. 4 vom 21. Jänner 1985.
263) NÖN vom 19. Mai 1981.
264) AZ vom 14. Juli 1983.

Im Dezember 1983 begrüßten sowohl Industrie und Wirtschaft als auch Gewerkschaft und Arbeiterkammer die prinzipielle Entscheidung von Bundesminister Haiden für den Bau des Kraftwerkes.

Im Jänner 1984 wurde die erste gemeinsame Konferenz der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressenvertretungen zum Thema Hainburg abgehalten. Sowohl der Österreichische Arbeiterkammertag als auch die Bundeswirtschaftskammer, die Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, die Gewerkschaft der Privatangestellten und die NÖ. Arbeiterkammer unterstützten gemeinsam die forcierte Nutzung der Wasserkraft in Österreich und den Bau des Kraftwerkes Hainburg.[265]

Am 17. Mai 1984 fand eine Hainburg-Kundgebung am Heldenplatz in Wien statt. 50.000 Arbeiter und Angestellte versammelten sich, um ihrer Forderungen nach baldigem Baubeginn in Hainburg Nachdruck zu verleihen. Die Veranstaltung stand unter dem Motto *„Für Hainburg – gegen sauren Regen"* und Bundeskanzler Sinowatz sprach in einer ersten Reaktion von einer *„erfreulichen Manifestation ernsthafter Menschen."*[266]

Am 5. Juni 1984 lud neben Vertretern von Wirtschaft und Industrie, Arbeiterkammer und Gewerkschaften auch die Interessenvertretung der Landwirtschaft zu einem *„Expertengespräch über die Nutzung der Wasserkraft und das Kraftwerk Hainburg"* ein.

Neben den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und der Wirtschft meldeten sich auch – in größerem Maße als bei innenpolitischen Ereignissen in den letzten Jahren üblich – Verantwortliche der Religionsgemeinschaften zum Thema Hainburg zu Wort. So bezeichnete es Kardinal Dr. König als ein *„erfreuliches Zeichen, daß sich so viele Menschen für die Erhaltung der Umwelt engagieren und damit ihren Respekt vor der Schöpfung bekunden, deren Erhaltung dem Menschen anvertraut ist".*[267]

Die Abhaltung von Gottesdiensten in der Au förderte auch den Zuzug von Aubesetzern und sollte den Eindruck der Gewaltlosigkeit vermitteln. So ließ die Österreichische Hochschülerschaft am Samstag, dem 15. Dezember 1984, zufrieden berichten: *„Obwohl das Volksbegehrens-Büro, in den letzten Tagen Verhandlungspartner der Regierung, keine neuen Besetzer in die Au karren will, hat nun die Hochschülerschaft eine Messe in Stopfenreuth organisiert. Die Gottesdienstteilnehmer, die am Sonntag mit einem Sonderzug anreisen werden, haben teilweise schon angekündigt, in der Au bleiben zu wollen."*[268] Die 4.000 Kraftwerksgegner, die zur Au-Messe kamen, wurden auch nicht enttäuscht. Mit Parolen, wie *„Haltet durch!"* wurde auch vom Pfarrer der *„richtige"* Tonfall gefunden.[269]

265) Wiener Zeitung vom 20. Jänner 1984.
266) AZ vom 18. Mai 1984.
267) Kurier vom 21. Dezember 1984.
268) Kurier vom 15. Dezember 1984.
269) Kurier vom 17. Dezember 1984.

Benya und Hesoun verurteilen Kampagne gegen Hainburg

Die Mehrheit schweigt nicht immer

VON RAINER MAYERHOFER (TEXT) UND RUDOLF SEMOTAN (PHOTOS)

WIEN (AZ). „Die Menschen, die die Kraftwerke Ybbs-Persenbeug und Kaprun errichtet haben, wurden als Helden gefeiert. Wir wollen in der Öffentlichkeit den Stellenwert haben, den wir verdienen." Der Zentralbetriebsratsobmann der Universale, Josef Kerschbaum, sprach gestern [illegible] tag den 50.000, die zu der großen [illegible] Hainburg auf den [illegible]

Bauarbeiter wollen Regierung den Rücken stärken ● Dank von

Gewerkschaft mobilisiert

Wien. – Das war die Antwort der Gewerkschaften auf das seit Anfang der Woche laufende, unabhängige Konrad-Lorenz-Volks- [illegible] gegen den Bau von Hainburg: Sozialistische Gewerk- [illegible] beiter nicht auf immer schweigend bleibt". Benya dann kämpferisch: „Das Versteckspiel mit der Arbe- [illegible]

Sinowatz über Demonstration: „Erfreuliche Manifestation“

WIEN (AZ). Eine „erfreuliche Manifestation ernsthafter ...nschen“ nannte SP-Vorsitzender Bundeskanzler Sinowatz ...nerstag nach dem SP-Parteivorstand die Pro-Hainburg-...onstration.

...züglich der Errichtung eines ...werkes Dorfertal (Umbalfälle), ... Sinowatz vor dem Vorliegen ... Gutachten keine Stellung-... abgeben.

● FP-Sekretär Grabher-Maye... Das Volksbegehren würde ökon... misch und ökologisch eine Fe... entwicklung einleiten, weil Kle... beträchtliche Eing... mit sich bringen. ... FPÖ eher...

Pfiffe für Mock, der sich wieder vor verbindlicher Zusage drückte

50.000 demonstrierten für Bau von Hainburg

● **Sinowatz: Gute Gründe für das Kraftwerk**

● **Benya: Kein Versteckspiel mit Arbeitern**

WIEN (AZ). Vor 50.000 Men- ... ünde für d... ...ließend z...

EXPERTENGESPRÄCH
NUTZUNG
DER

„Aus Gründen der Ökonomie und der Ökologie":

Experten raten: Kraftwerk Hainburg raschest beginnen!

HAINBURG (AZ). Nahezu einhellig für den Bau des Kraftwerks Hainburg sprachen sich fünf Wissenschafter bei einem Hearing von Experten aus, an dem auch Vertreter des Bautenministeriums, der Landesregierung und der Ufergemein-

möglichst rasch errichtet

EYDER

Bauindustrie: Jobs gefährdet Kraftwerk Hainburg notwendig

NIEDERÖSTERREICH, WIEN (AZ). Für einen unverzüglichen Baubeginn des Kraftwerkes Hainburg trat in Telegram-

Arbeitsplätze sichere und d
umweltfreundlich sei, heißt
in einer Aussendung der B
Industrie

Sozialpartner einig: Hainburg muß komme

„Keine Verfahrensbeeinflussung"

„Das Kraftwerk in
muß gebaut werden
derten gestern, Don

Arbeiter-, Handels- und Bauernkammer an einem Strang.

Hearing zu Donaukraftwerksprojekt:

Experten zu Hainburg: Mit Bau nicht zuwarten

EXP

Zügig an Kraftwerken weiterbauen

WIEN (AZ). Ein Novum war Montag jene P nferenz, bei der der Zweiter

im Interesse der Wirtschaftlichkeit kontinuierlich erfolgen. Handelskammerpräsid

Hainburg einberufen werde, um an Ort und Stelle Aufschluß über die strittige Frage der Errichtung des Kraftwerkes zu geben.

Arbeitnehmer, Wirtschaft einig: Donaukraftwerk muß gebaut werden

Hainburg unverzüglich entscheiden

HAINBURG, WIEN (apa, SK, AZ). Die Entscheidung

das Kraftwerk Hainburg solle — mit den notwe
schutzauflagen — unverzüglich

Arbeiter-, Handels- und Bauernkammer an einem Tisch

Gemeinsame Aktion für Nö-Energie

NIEDERÖSTERREICH. WIE
(AZ). Während das politische Klim
nunmehr in Österreich offen
endgültig auf eine „E
steuert, funktion

ot zu erreichen.
sich zu

die Öffentlichkeit. Rund 500 Ge-
werkschafter, Betriebsräte und
mmerfunktionäre werden sich
des DDSG-Schiffes
um auf

Stille Mehrheit" für Kraftwerke

AK demonstriert für Energie

NON. – Zu einer „stillen Demonstra-
tion der schweigenden Mehrheit" für
weitere Errichtungen von Kraft

notwendigen Nutzung der Energie-Quel-
len." Technische und energiepolitische Er-
fordernisse müßten immer rechtzeitig un-
auch

Kampfs und der Yobs. Auf dem
schen Sektor sind derzeit geplant:
b-erbaum und Mitte der 90er Jah
gern bei Melk.

AK-Präs

3. 5. Die politischen Aktivitäten während und nach der Aubesetzung

Aufgrund der am 26. November 1984 vom Land Niederösterreich und am 5. Dezember 1984 vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erteilten Bewilligungen beabsichtigte die Donaukraftwerke AG, am 10. Dezember 1984 mit den Rodungsarbeiten in der Stopfenreuther-Au zu beginnen. Bereits am 6. Dezember 1984 wurde von den Bezirkshauptmannschaften Bruck/Leitha und Gänserndorf durch Verordnungen Unbefugten der Aufenthalt auf der Baustelle untersagt.[270)]

Unter dem Titel *„Advent in der Au"* fand am Samstag, dem 8. Dezember 1984, eine Sternwanderung nach Stopfenreuth statt, an der rund 4.000 Personen teilnahmen.[271)]

In den Morgenstunden des 10. Dezember 1984 befanden sich rund 100 Kraftwerksgegner in der Au, deren Zahl im Laufe des Tages auf rund 300 anstieg. Nach mehrstündigen Gesprächen sahen sich die Behördenvertreter und die Gendarmerie außerstande, dem sie begleitenden Arbeitstrupp die Aufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Um 13.30 Uhr trafen zusätzlich rund 200 Gendarmeriebeamte in der Au ein und ermöglichten die Rodung eines etwa 700 m langen Streifens zur Errichtung eines Wildzaunes.

Am 11. Dezember 1984 befanden sich rund 3.000 Demonstranten in der Au und vereitelten durch die Errichtung von Barrikaden jede weitere Rodungstätigkeit und die Exekutivorgane sowie die Arbeiter wurden zeitweilig von Demonstrantengruppen eingeschlossen.

Am selben Tag berichtete Innenminister Karl Blecha im Nationalrat, und es wurde ein Entschließungsantrag angenommen, *„alles zur Wahrung der rechtsstaatlichen Grundsätze der Verfassung zu unternehmen, die Streitigkeiten über den bewilligten Bau friedlich beizulegen, jedenfalls aber die behördlich genehmigten Arbeiten zu ermöglichen".*[272)]

Tags darauf informierten die Betriebsräte der am Bau beteiligten Firmen über ihre Absicht, eine Großdemonstration im Augebiet von Hainburg durchzuführen, wie sie bereits von SP-Klubobmann Wille im Parlament angekündigt worden war.[273)]

Am 12. Dezember 1984 wurden Gespräche zwischen Regierungsmitgliedern und Vertretern der Kraftwerksgegner aufgenommen und nach mehrstündiger Sitzung ein Stillhalteabkommen vereinbart, in dem die Räumung und die Rodung der Au bis Sonntag, den 16. Dezember 1984, ausgesetzt wurde. Gleichzeitig erklärten die Vertreter der Kraftwerksgegner, von sich aus einen Zuzug in die Au weder zu veranlassen noch zu fördern.

Dennoch setzte ein starker, organisierter Zustrom von Demonstranten ein. Am 13. Dezember 1984 wurde die Errichtung der sogenannten Lager 1 bis 5 im wesentlichen abgeschlossen, am 15. Dezember 1984 ein 6. Lager errichtet.[274)]

Am 13. und 14. Dezember 1984 kam es zu weiteren Verhandlungen zwischen Regierung und Kraftwerksgegnern und auch am 16.Dezember bemühte sich Innenminister Blecha um eine friedliche Beilegung des Konfliktes, ohne daß die Kraftwerksgegner zu

270) Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat vom 23. Jänner 1984.
271) Flugblatt der Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg
272) Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat vom 23. Jänner 1984.
273) Wiener Zeitung vom 13. Dezember 1984.
274) Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat vom 23. 1. 1985.

Arbeiter-Zeitung Gegr. 1889 S 6.– Mittwoch, 19. 12. 1984
TAGBLATT FÜR NIEDERÖSTERREICH

Nach Verhandlungen Benya-Sinowatz

ÖGB besonnen: Statt Demonstration Aktionen für Arbeiter

WIEN, HA... terdemonstra... sprache mit B...

... keine Arbei- Aus-

Blau-Gelb durchleuchtet

Alles spricht von Hainburg – nur die Niederösterreichische Landesregierung nicht. Das Schweigen in der Wiener Herrengasse ist Berechnung. Denn natürlich ist Landeschef Siegfried Ludwig froh, daß andere politisch den

Schweigen in der Herrengasse

„schwarzen Peter" haben. Landesrat Ernest Brezovsky hat seine Schuldigkeit getan: Er hat das Gesetz mit Füßen getreten. Von ihm ist ohnehin nichts mehr zu erwarten ... dem Wiener VP-

● Rodung der Au vorerst gestoppt

● DOKW holte Gendarmerie

Sinowatz: Weihnachtsfrieden für Aubesetzer bis in das neue Jahr

Allseits Positionen überdenken — Ministerrat am 3. Jänner — Breite Zustimmung

Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz sagte der Bundeska... kündigte bei einer Pressekonferenz ... an, daß er sich nach ...

KURIER CHRONIK

Demonstranten hängen sich Arbeitern an Arme, Beine!

Pfarrer riet Au-Besetzern: „Haltet durch!"

● 4000 Kraftwerksgegner kamen zur Au-Messe
● Erste Krankheitsfälle unter den De...

Etwa 4000 Kraft... ner nah...

ÖGB-Präsidium: Hainburg umweltschonend bauen

Das ÖGB-Präsidium sprach

Au: Kein Platz mehr für Kinder

Wie man Naturschützern hilft

Poli... sechs Stun-

Sinowatz: Gemeinsam mit Umweltschützern „österreichisches Klima" erhalten

Elf Punkte: So will Regierung Hainburg-Frage friedlich lösen

● Festhalten an Donaukraftwerk

● Varianten für Standort prüfen

● Kontrollor für E-Gesellschaften

Bericht des Bundeskanzlers
an den
Nationalrat
zum
Kraftwerksbau Hainburg

23. Jänner 1985

einer Befolgung der Anordnungen der Exekutive bereit waren.

Im Gegensatz zu den kompromißlosen Verhalten der Kraftwerksgegner reagierte der ÖGB im Interesse des sozialen Friedens und der demokratischen Verhandlungsbereitschaft besonnen.

> **Im Interesse des sozialen Friedens und demokratischer Verhandlungsbereitschaft haben bisher Gewerkschaft, Betriebsräte und Arbeitnehmer der vom verzögerten Baubeginn des Kraftwerkes Hainburg betroffenen Firmen große Geduld und Besonnenheit an den Tag gelegt, „die Geduld dieser Menschen ist aber auf Dauer nicht belastbar", erklärte Samstag ÖGB-Präsident Anton Benya.**

Statt einer Au-Demonstration wurde vorerst eine Betriebsrätekonferenz nach Hainburg eingeladen. Zur Situation der Betriebsräte und Arbeitnehmer stellte ÖGB-Präsident Benya fest: *„Die Geduld dieser Menschen ist aber auf Dauer nicht belastbar."*[275]

Eine Au-Messe am 16. Dezember 1984 förderte erneut den Zuzug von Demonstranten. Rund 4.000 Kraftwerksgegner nahmen daran teil. Während des Tages befanden sich an die 10.000 *„Spaziergänger"* in der Au.[276]

Am Montag, dem 17. Dezember 1984, verhinderten rund 3.000 bis 4.500 Demonstranten trotz verstärktem Polizeieinsatz (900 Beamte) eine weitere Rodung. Innenminister Blecha erklärte in einer Pressekonferenz, daß die Aubesetzer von passivem gewaltfreiem Widerstand zum aktiven übergegangen sind. Eine Fortsetzung der Arbeiten wäre nur unter Anwendung von Waffengewalt möglich gewesen, da die Aubesetzer große Lebensmittelvorräte angelegt, Laufgräben ausgehoben und ein Stellungssystem errichtet hätten.[277]

Montag vormittag fand in Hainburg eine Betriebsrätekonferenz statt, an der 1.000 Personen teilnahmen. Eine Resolution, die die volle Unterstützung des Bundeskanzlers für den Baubeginn, die Aufforderung an alle Minister und Mitglieder der Landesregierung, ein Bekenntnis für Hainburg abzulegen, die Solidarität mit Innenminister Blecha und der Exekutive sowie das Ersuchen an den ORF und die Printmedien um eine objektive Berichterstattung beinhaltete, wurde einstimmig angenommen.[278] Das Aktionskomitee für den Kraftwerksbau Hainburg, das ursprünglich im Anschluß an die Kundgebung einen Demonstrationszug zur Baustelle in der Stopfenreuther Au bei den Behörden angezeigt hatte, nahm aber über Ersuchen der Bundesregierung, jede weitere Eskalation zu vermeiden, von der geplanten Demonstration Abstand.

Nach einer Aussprache mit Bundeskanzler Sinowatz beschlossen am Dienstag, dem 18. Dezember 1984, Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter, *„vorerst keine Demonstration von Arbeitern und Angestellten für das Recht auf Arbeit in der Hainburger Au durchzuführen."*[279]

Am selben Tag erließen die Bezirkshauptmannschaften eine Verordnung, nach der am 19. Dezember 1984, 0.00 Uhr, das Betreten und der Aufenthalt im gesamten Gebiet der Stopfenreuther Au für Unbefugte untersagt wurde.[280]

275) Wiener Zeitung vom 16. Dezember 1984.
276) Kurier vom 17. Dezember 1984.
277) Wiener Zeitung vom 18. Dezember 1984.
278) Wiener Zeitung vom 18. Dezember 1984.
279) AZ vom 19. Dezember 1984.
280) Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat vom 23. Jänner 1985.

Sinowatz gegen Eskalation der Konfrontationen um Hainburg

Ein Gendarm verletzt — Belagerung hält an — Besetzung der Au ungesetzlich — Heute Gespräch zwischen Kanzler und Proponenten des Volksbegehren — Kontrolle der Auflagen

...Hainburg-Gegner

Aufruf zu Österreich-Boykott ist skandalös

NIEDERÖSTERREICH, WIEN (AZ). Der Aufruf des Schweizer Journalisten Franz Weber, den österreichischen Fremdenverkehr wegen Hainburg zu boykottieren

Rodungsbeginn in Hainburg

Demonstranten sperrten Zufahrt — Gendarmerie griff ein

Gestern nachmittag haben in der Stopfenreuther Au Rodungsarbeiten für das Kraftwerk Hainburg trotz friedlichen Widerstandes von ... geführt werden. Wenn die Winterperiode versäumt würde, könnte die Rodung erst mit Jahreswechsel ...

Rodungsarbeiten begannen mit Zusammenstößen — Drei Verhaftungen, eine Verletzte

Demonstranten verschanzten sich in der Hainburger Au

Nach Gipfel Sinowatz-Benya die Gegendemonstration abgesagt

Die Arbeiter marschieren nicht in Hainburger Au!

Auch Haiden gab jetzt grünes Licht für Hainburg — 326 Auflagen erteilt

Garantie für das Wiener Trinkwasser — Noch heuer Rodungsbeginn

Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Günter Haiden gab gestern in einer Pressekonferenz bekannt, daß er mit Bescheid vom 5. Dezember 1984 der Österreichischen Donaukraftwerke AG die wasserrechtliche Bewilligung für das Donaukraftwerk Hainburg erteilt habe. Voraussetzung dafür sei die naturschutzbehördliche Genehmigung durch die niederösterreichischen Landesbehörden gewesen, die am 26. November erfolgt ist. Haiden betonte, daß noch nie zuvor eine Standortfrage so sorgfältig geprüft worden sei, wie in diesem Ermittlungsverfahren während der letzten eineinhalb Jahre. Es werden mehr als 300 Auflagen erteilt, die überwiegend Umweltschutzzweck...

...mann scharf gegen Hainburg

Kampf um die Au wird härter

- Viele Verletzte bei Rangeleien
- 350 Gendarmen gegen 3000 Naturschützer

Bereits 3000 Naturschützer demonstrierten Dienstag ge... wünschte „Guten Morgen — und bitte bleiben Sie ruhig“. Zwei Barrieren wurden kurzerhand gestürmt“. Demon...

KREJCI: Wir müssen erstens rasch wegkommen von dem Hainburg-Syndrom, und anderen ... drängen, die mit der Zukunft unseres ...

„Biedermeier-Idylle“

Mit dem Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Herbert Krejci, sprach Matthäus Kattinger über die Konsequenzen aus dem Fall Hainburg.

Gmoser: Falsche Hainburg-Debatte

...lament am Mittwoch der ... wieder

Über die Ereignisse am 19. Dezember 1984 berichtete im Jänner 1985 Bundeskanzler Sinowatz an den Nationalrat:[281] *„Am folgenden Tag, dem 19. Dezember, wurde unter Exekutivschutz (ca. 1.100 Beamte) um 7.00 Uhr mit Schlägerungsarbeiten begonnen, die nach Rodung von ca. 4 ha um 13.30 Uhr beendet wurden. Für die Rodung war ein Gebiet ausgesucht worden, welches von den Demonstranten nicht besetzt war, um Zusammenstöße zu vermeiden. Nachdem die Demonstranten das Arbeitsgebiet ausfindig gemacht hatten, stürmten sie dorthin, um die Einstellung der Arbeiten zu erzwingen."*

Gegen den wasserrechtlichen Bewilligungsbescheid vom Landwirtschaftsministerium erhoben mehrere Grundeigentümer aus Stopfenreuth am 21. Dezember 1984 Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof und verbanden damit den Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung. Am selben Tag hat die Bundesregierung eine zunächst bis Anfang Jänner 1985 befristete Aussetzung der Rodungs- und Bauarbeiten bekanntgegeben. Am 29. Dezember 1984 wurde auch auf weitere Rodungsarbeiten nach dem 4. Jänner 1985 verzichtet.

Am 2. Jänner 1985 gab der zuständige Richter des Verwaltungsgerichtshofes dem Begehren auf aufschiebende Wirkung statt.

Mit dem Beschluß des 11-Punkte-Programmes am 4. Jänner 1985 durch den Ministerat wurde durch Bundeskanzler Sinowatz an alle Beteiligten und Betroffenen das Ersuchen gerichtet, die durch den vorläufigen Aufschub des Projektes gewonnene Zeit zu einer Überprüfung zu nützen, aber auch neue in die Zukunft weisende Lösungen zu finden – österreichische Lösungen.[282] Diese *„Nachdenkpause"* führte zu einer Reihe von Kommentaren und Stellungnahmen, die auszugsweise wiedergegeben werden sollen.

Unter dem Hinweis auf eine Meinungsumfrage – 29 % der Befragten befürworteten die Aubesetzung, 47 % waren dagegen – stellte Mag. Josef Bauer in den NÖN die provokante Frage:

„Stützt die Mehrheit der Österreicher ein Unrechtsystem? Müssen Arbeitslose auf ihr Recht auf Arbeit, sozial Schwache auf angemessenen Lebensstandard verzichten, weil eine Minderheit einen *‚Feuchtraum' schützen will, der ohnehin zum Austrocknen verurteilt ist?"*

> ***Auch die Nachdenkpause ist gut und nützlich, aber sie muß dazu benützt werden, um zu einer klaren und deutlichen Analyse der Situation zu kommen.***

Kurt Horak von der *„Welt der Arbeit"* kommentierte: *„Auch die Nachdenkpause ist gut und nützlich, aber sie muß dazu benützt werden, um zu einer klaren und deutlichen Analyse der Situation zu kommen. Der Analyse müssen dann solche Handlungen folgen, die den verärgerten Kernschichten der sozialistischen Bewegung wieder Mut und Optimismus geben. Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen und Bewegungen, wie sie uns unter Kreisky die absolute Mehrheit im Parlament brachten, werden nur dann sinnvoll und nützlich sein, wenn diese Gruppierungen von wichtigen Elementen unserer Politik überzeugt werden können, nicht aber dann, wenn wir ihr Anhängsel werden."*

281) Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat vom 23. Jänner 1985.

282) Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat vom 23. Jänner 1985.

In einem Gastkommentar unter dem Titel *„Der österreichische Weg nach Hainburg"* stellte Andreas Wörgötter fest:

„Nach Hainburg stellt sich die Frage, ob dieser österreichische Weg weiter gangbar bleibt. Von den Gewerkschaften wurde und wird erwartet, daß sie durch Lohnzurückhaltung und Kooperation bei der Einführung neuer Technologien die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland und die Investitionen für neue Arbeitsplätze ermöglichen. Wird dieses Potential aber zur Befriedigung eines kollektiven Luxuskonsums einer kleinen Minderheit mißbraucht, so wird beides mißlingen."[283]

Josef Cap meinte in einem *„Profil"*-Artikel *„Meine Partei und Hainburg":*
„Der SPÖ und dem ÖGB muß klar sein, daß – wichtiger als das Hainburg-Kraftwerk – immer noch ein funktionierender Generationenvertrag, eine glaubwürdige Integrationsfähigkeit für neue soziale Bewegungen und Ideen und die Erhaltung der politischen Führungsfähigkeit durch die Absicherung der relativen Mehrheit ist."[284]

„Die Flucht in die Au ist die Flucht vor der Zukunft" merkte Fritz Klenner nach den Hainburg-Ereignissen an und weiter *„Wenn Recht und Gesetz in unserem Land nicht mehr gelten sollen, weil es die Stimmen irre geleiteter junger Menschen zu gewinnen gilt, dann kann eine Entwicklung eingeleitet werden, von der man nicht weiß, wie sie einmal endet. Man muß den Anfängen widerstehen. Es gibt Situationen, die erfordern, daß man das Gemeinsame über das Trennende stellt und Parteiinteressen zugunsten des Staatsinteresses zurückstellt."*[285]

Nach Meinung von Wissenschaftsminister Fischer soll die Nachdenkpause dafür genützt werden, *„umzusteigen von der zweifellos erfolgreichen traditionellen Art, wie füher Kraftwerke gebaut wurden, zu einer Vorgangsweise, die so stark begründet, so eindeutig legitimiert und so gut abgesichert ist, daß sie eben mit Gegenargumenten und Einwendungen auch dann, wenn diese von einer Massenzeitung kampagneartig vorgetragen werden, fertig werden kann".*[286]

Skeptisch kommentierte P. M. Lingens die möglichen Alternativen zum Standort Hainburg, *„Denn Hainburg ist zum Symbol geworden. Die Au-Besetzer wollen ein Signal setzen, daß sie grundsätzlich nicht mehr bereit sind, um irgendeines ökonomischen Vorteilswillen Natur verschandeln zu lassen. Und wo es um Signale und Symbole geht, sind – leider – selten Kompromisse möglich".*[287]

Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Professor Krecji, antwortete auf die Frage *„Was muß also jetzt geschehen?"* in Stichworten:

„Zwentendorf in Betrieb nehmen, weil es die sauberste Energie liefert, dann bei allen zukünftigen Projekten die ökologische Seite rechtzeitig beachten, drittens, man muß sich überlegen, wo Wasserkraftwerke noch zu bauen sind."[288]

283) AZ vom 16. Jänner 1985.
284) Profil Nr. 53 vom 22. Dezember 1984.
285) AZ vom 22. Dezember 1984.
286) AZ vom 12. Jänner 1985.
287) Profil Nr. 5 vom 28. Jänner 1985.
288) Wochen-Presse Nr. 2 vom 8. Jänner 1985.

Bundesminister Blecha auf seine Lehren aus Hainburg befragt, stellte zur SPÖ fest: *„. . . daß wir zu den traditionellen Worten der Arbeiterbewegung auch eine Reihe von neuen Worten – die Ökologie – hinzufügen müssen."* und zum ÖGB: *„. . . dieser hat die große Aufgabe und Verantwortung, in einer Zeit der Komplettierung dieser Wertskala zu schauen, daß die von ihm Vertretenen nicht unter die Räder kommen".*[289]

Und Umweltminister Steyrer meinte, *„Man müsse Kompromisse mit, nicht gegen die Leute schließen. Das sind neue Strömungen, denen eine Regierung – wenn sie G'spür hat – wo es geht, folgen sollte".*

Kritik an der E-Wirtschaft übte Herbert Lackner in der „Arbeiter-Zeitung"[290]: *„Die Energiewirtschaft hat der Politik nicht jene Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung gestellt, die für einen reibungslosen Ablauf des Bauvorhabens notwendig gewesen wären. Sie hat nicht alle Kompromißmöglichkeiten ausreichend erwogen und ihren Rat keineswegs nach den Kategorien der Politik, sondern nach jenen von Kilowattstunden gegeben."*

Für den SP-Abgeordneten Rupert Gmoser waren es komplexe Fragen, die zur Diskussion gestellt werden sollen: *„Geht es bei Hainburg nicht um eine Systemkrise? Inwieweit ist die repräsentative Demokratie in der Lage, das aufzunehmen? Geht es nicht darum, wie man die repräsentative Demokratie in eine partizipatorische ummodeln kann?"*[291]

289) Kurier vom 8. Jänner 1985.
290) AZ vom 12. Jänner 1985.
291) Kurier vom 28. Jänner 1985.

Am 8. Jänner 1985 sprach sich das ÖGB-Präsidium für einen umweltschonenden Bau eines Donaukraftwerkes bei Hainburg aus, weil nach Prüfung verschiedener Varianten dieser Standort die geringsten Schlägerungen des Auwaldes und die wenigsten Erdbewegungen erfordere. Das 11-Punkte-Programm der Bundesregierung bezeichnete der ÖGB als einen *„annehmbaren Kompromiß zwischen ökonomischer und ökologischer Vernunft".*[292]

Daher bedeutet die Entscheidung für Wasserkraft, ob wir Unabhängigkeit in der Energieversorgung vom Ausland wollen. Ob wir preiswerte, ständig sich erneuernde Energie aus Wasserkraft wollen.

Es bedeutet auch eine Abstimmung über die Einkommenssituation der Schwächsten in der Gesellschaft, für die – ungeachtet aller Staatszuschüsse – die Energiekosten eine schwere Belastung des Haushaltsbudgets darstellen.

Im *"Kurier"* stellte Erwin Frasl Grundsätzliches fest: *„Daher bedeutet die Entscheidung für Wasserkraft, ob wir Unabhängigkeit in der Energieversorgung vom Ausland wollen. Ob wir preiswerte, ständig sich erneuernde Energie aus Wasserkraft wollen. Es bedeutet auch die Abstimmung über die Einkommenssituation der Schwächsten in der Gesellschaft, für die – ungeachtet aller Staatszuschüsse – die Energiekosten eine schwere Belastung des Haushaltsbudgets darstellen."*[293]

292) Wiener Zeitung vom 9. Jänner 1985.
293) Kurier vom 12. Jänner 1985.

4. ANHANG

4. 1 Chronologische Darstellung

11. Mai 1981

Resolution der Präsidenten der Arbeiter-, Handels- und Landwirtschaftskammer in Niederösterreich zum vorrangigen Ausbau der Wasserkraft

12. Mai 1981

Informationsfahrt von AK und ÖGB auf der Donau unter dem Motto *„Wirtschaft-Energie-Vollbeschäftigung"*

19. Mai 1983

Einreichung der Projektunterlagen und Antrag auf Erklärung zum bevorzugten Wasserbau beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

31. Mai 1983

Regierungserklärung

13. Juli 1983

Betriebsrätekonferenz in der NÖ. Arbeiterkammer betreffend Donaukraftwerk Hainburg

24. November 1983

Antrag um wasserrechtliche Bewilligung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

2. Dezember 1983

Ansuchen um naturschutzrechtliche Bewilligung bei den Bezirkshauptmannschaften Wien-Umgebung, Bruck/L. und Gänserndorf

22. Dezember 1983

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft befürwortet das Ansuchen auf Erklärung zum bevorzugten Wasserbau

19. Jänner 1984

Gemeinsame Konferenz der Interessenvertretungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der NÖ. Arbeiterkammer zum Thema Hainburg

17. Mai 1984

„Hainburg-Kundgebung" am Heldenplatz, 50.000 Arbeitnehmer demonstrieren für den Bau des Kraftwerkes Hainburg

5. Juni 1984

Die Sozialpartner veranstalten ein *„Expertengespräch zum Donaukraftwerk Hainburg und zum Ausbau der Wasserkraft"* in den Sofiensälen

20. Juni 1984

Ablehnung der naturschutzbehördlichen Genehmigung in I. Instanz

5. Juli 1984

Berufung gegen den naturschutzrechtlichen Bescheid durch die DOKW

26. November 1984

Erteilung der naturschutzbehördlichen Genehmigung in II. Instanz

5. Dezember 1984

Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

6. Dezember 1984

Verordnung der Bezirkshauptmannschaften Bruck/Leitha und Gänserndorf, die Unbefugten den Aufenthalt auf der Baustelle des Donaukraftwerkes Hainburg untersagt

10. Dezember 1984

Beginn bzw. Verhinderung der Rodungsarbeiten

12. Dezember 1984

Beschluß über ein Stillhalteabkommen bis Sonntag, dem 16. Dezember 1984 (4-Punkte-Abkommen zwischen der Bundesregierung und Vertretern des *„Konrad-Lorenz-Volks-Begehrens"*)

17. Dezember 1984

Weiterer Versuch, Rodungsarbeiten durchzuführen
Betriebsrätekonferenz in der Amtsstelle Hainburg der NÖ. Arbeiterkammer

18. Dezember 1984

Verordnung der Bezirkshauptmannschaften Bruck/Leitha, Gänserndorf, nach der ab 19. Dezember 1984, 0.00 Uhr, das Betreten und der Aufenthalt der Stopfenreuther-Au für Unbefugte untersagt wird

19. Dezember 1984

Während der Rodungsarbeiten kommt es zu einer Konfrontation zwischen Exekutive und Demonstranten

21. Dezember 1984

Einspruch des wasserrechtlichen Bescheides beim Verwaltungsgerichtshof
Die Bundesregierung setzt die Rodungs- und Bauarbeiten bis Anfang Jänner 1985 aus

29. Dezember 1984

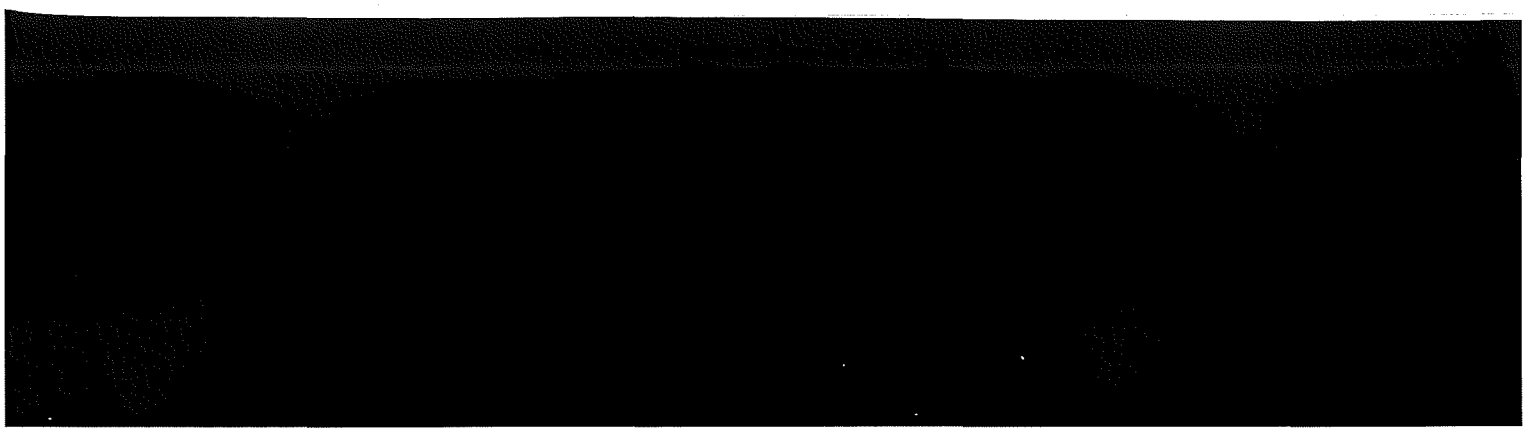
Verzicht der Bundesregierung auf weitere Rodungsarbeiten auch nach dem 4. Jänner 1985

2. Jänner 1985

Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung der wasserrechtlichen Bewilligung (Rodungsstopp) durch Verwaltungsgerichtshof

4. Jänner 1985

Ministerrat beschließt 11-Punkte-Programm und Beginn der *„Nachdenkpause"*



4. 2 Meinungsumfragen – Hainburg

Die Haltung der Österreicher zu Hainburg hat auch die Meinungsforschungsinstitute beschäftigt. Nachstehend eine Übersicht der veröffentlichten Umfrageergebnisse, wobei sich zum Teil deutliche Aussageunterschiede aus der Art der Untersuchung wie auch durch die Beauftragung unterschiedlicher Umfrageinstitute ergeben haben.

August 1983:

Im Auftrag des „Kuriers" führte das Gallup-Institut eine Umfrage durch, wobei sich eine klare Mehrheit von 54 % der Österreicher für den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg aussprachen, 37 % waren dagegen, 9 % haben sich keine Meinung gebildet. Bei den Befragten unter 30 Jahren standen 47 % dem Bau positiv gegenüber, 47 % waren dagegen.[294)]

Oktober 1983:

Auch die sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft befaßte sich in einer Umfrage mit dem Bau des Kraftwerkes Hainburg:
44 % der Befragten waren für den Bau, 38 % antworteten mit *„nein"* und 17 % waren unentschieden. Einzig in Wien wurde der Bau (58 % dagegen, 29 % dafür) mehrheitlich abgelehnt.[295)]

April 1984:

Das Meinungsforschungsinstitut IMAS stellte im Auftrag des *„Kuriers"* die Frage: *„Soll das Kraftwerk Hainburg gebaut werden oder nicht?" 38 % waren für, 33 % gegen den Bau, 29 %* gaben keine Meinung ab. Auch bei dieser Umfrage zeigte sich, daß die Niederösterreicher das Projekt deutlich befürworten, wogegen es in Wien auf ebenso deutliche Ablehnung stößt.

Mai 1984:

Eine Meinungsumfrage des Fessel-Institutes zu Hainburg zeigte folgendes Ergebnis: Im Vergleich zu einer Umfrage vom Februar 1984 sank die Zahl der Befürworter des Kraftwerksbaues von 39 % (Februar 1984) auf 31 % (Mai 1984), für einen anderen Standort sprachen sich 22 % (Februar 1984), im Mai 1984 30 % aus. Überhaupt wollten jetzt (Mai 1984) auf Hainburg 33 %, im Februar 1984 27 % der Befragten verzichten.[296)]

Juni 1984:

Aufgrund einer IMAS-Umfrage konnte festgestellt werden, daß sich 47 % für, 30 % gegen den Bau von Hainburg aussprachen, 23 % waren unentschieden.[297)]

Juli 1984:

Eine Hainburg-Umfrage des Institutes für empirische Sozialforschung (IFES) kam zu dem Ergebnis, daß 44 % der befragten Österreicher sich für den Bau des Kraftwerkes in der geplanten Form, 10 % für den Bau, aber in einer anderen Variante, 19 % gegen den Bau entscheiden, 4 % hatten keine Meinung dazu. Interessant der Vergleich Wien - Niederösterreich, in Wien waren 37 % dafür, 17 % für eine andere Variante, 28 % dagegen und 13 % waren unentschieden; in

294) Kurier vom 20. August 1983.
295) AZ vom 3./4. Dezember 1983.
296) Kronen-Zeitung vom 19. Mai 1984.
297) Wiener Zeitung vom 11. Juli 1984.

Niederösterreich waren 53 % dafür, 12 % für eine andere Variante, 13 % dagegen und 18 % unentschieden.[298)]

Oktober 1984:

Im Auftrag der *„Wochenpresse"* führte im Oktober das Gallup-Institut erneut eine Umfrage durch. Zu diesem Zeitpunkt meinten 52 % der Befragten, daß das Kraftwerk Hainburg nicht gebaut werden sollte, 42 % waren für den Bau und 6 % antworteten mit *„ich weiß nicht"*. Besonders kraß war die Ablehnung in Wien mit 72 %.[299)]

November 1984:

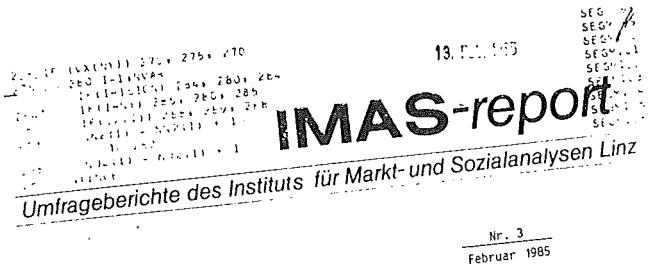
In einer Blitzumfrage des Meinungsforschungsinstitutes OGM waren 39 % für Hainburg, 38 % gegen den Bau, der Rest der befragten Österreicher war unentschieden.[300)]

Dezember 1984:

In einer Blitzumfrage vom IFES kurz nach den Hainburg-Entscheidungen haben 50 % der Befragten die Entscheidung für den Kraftwerksbau begrüßt, 28 % bedauerten sie und 22 % war die Frage gleichgültig.

Jänner 1985:

Nach den Ereignissen in Hainburg führte das IMAS Institut in Linz eine Umfrage durch. Die Ergebnisse: 47 % haben sich gegen die Aubesetzer in Hainburg ausgesprochen. Nur 29 % stimmten für die Aubesetzer, 24 % zeigten sich unentschieden. 50 % sprachen sich für die Notwendigkeit für den Bau weiterer Kraftwerke aus, 24 % verneinten diese Frage, 26 % zeigten sich unentschieden.



13. [illegible] 1985

IMAS-report

Umfrageberichte des Instituts für Markt- und Sozialanalysen Linz

Nr. 3
Februar 1985

HAINBURG IM RÜCKSPIEGEL

Die Mehrheit der österreicher lehnte die Aubesetzung ab - 50 Prozent betrachten zusätzliches Kraftwerk grundsätzlich als notwendig - Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Jänner

298) IFES, im Juli 1984.
299) Wochen-Presse Nr 46, 13. November 1984.
300) Kurier vom 2. Dezember 1984.

IMAS-Institut, Linz/Donau, Bürgerstraße 13, Telefon 66 30 11
Verein für wirtschaftliche und gesellschaftliche Studien

LIEBER 50 MILLIARDEN FÜR UNSERE PENSIONEN
FÜR HAINBURG, WEIL BILLIGER STROM
DIE ARBEITSPLÄTZE
MÜSSEN VORRANG HABEN!